D 2442 F

6

DISKUS

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. SEPT./OKT.

Preis 80 Pf, Studenten 20 Pf

Martin Walser

Engagement als Pflichtfach

Jeder Redakteur jeder Schülerzeitschrift stellt die Frage, wie halten Sie's mit dem Engagement. Diese Redakteure haben die Frage nicht erfunden, sie sind bloß das unschuldige und unerbittlichste Echo des neuen Gesellschaftsspiels. Die Gesellschaft unterhält sich unter anderem auch mit ihrem Interesse für Schriftstellerisches. Da aber nach 45 die Elfenbeintürme nicht wieder aufgebaut wurden, mußte dem Schriftsteller ein zeitgemäßer Aufenthalt angewiesen werden. Unter herzlicher Mitarbeit der Schriftsteller fand man schließlich das Engagement.

Das Engagement wurde ein gesellschaftlicher Standort, der sich an Deutlichkeit mit dem Elfenbeinturm messen kann. Jeder weiß, wo ein engagierter Schriftsteller heute steht, beziehungsweise zu stehen hat. Und der Engagierte weiß es auch. Die nie erlassene, aber deutlich spürbare Anweisung lautet: in Passau muß man dich für einen Knecht Ulbrichts halten, aber Ulbricht darf sich über dich auch nicht freuen können. So hat sich der Engagierte einzupendeln zwischen Passau und Pankow. Die Presse freut sich über jeden aggressiven Jux des engagierten Schriftstellers, weil sie den als Vehikel benützen kann für ein Tändeln mit Tabus, das in den sachlicheren Spalten des Blatts nicht statthaft wäre.

Die Leitartikler und der Staatssekretär dürfen die DDR und die Oder-Neiße-Linie nicht anerkennen, der engagierte Intellektuelle darf es. Ob Kardinal Frings, Globke, 17. Juni, Landsmannschaften, KPD-Verbot oder Lübke-Pannen, der Engagierte liefert den Reizlärm, durch ihn wird deutlich die Kluft zwischen der offiziell behaupteten Fassade und dem wirklichen Bewußtsein der Zeitgenossen.

Wichtig aber ist, daß das Gebell des Engagierten nichts bewirkt. Lediglich das Klima wird erträglicher; das Viktorianische in der Bundesrepublik wird sichtbar, die Komik seines Herrschaftsanspruchs erkennbar. So entsteht Betrieb. Weil sich in Wirklichkeit nichts ändert, darf man sagen, so entsteht Spiel. Der engagierte Intellektuelle ist natürlich nur ein Element dieses Spiel-Betriebes. Er gehört dazu wie die Gammler, Frankenstein, Jugendstildosen, Living Theatre, Leserbriefe im SPIEGEL, Karajan-Nachrichten, Lübke-Blüten, Moosröschen, Gunter Sachs, Gruppe 47, die Prinzen Aurel oder Berthold oder Barzel, Lach- und Schießgesellschaft, Volkswartbund, Kokoschka, die jeweilige Leuwerik und das jeweilige Alka-selzer.

Keine Sorge, der Engagierte wird weiterhin liefern, was von ihm erwartet werden kann. Wir sind gar nicht imstande, jedes Mal, wenn wir willkürlich oder unwillkürlich Laut geben, gleich zu durchschauen, daß wir gerade wieder einen Beitrag zu einem **notwendigen Gesellschaftsspiel** liefern. Gerade unser Ernst macht ja den erwünschten Effekt. Diese reine Aufführung von scheinbar ganz Unangepassten kommt einem Bedürfnis vieler entgegen, die sich für allzu angepaßt halten. Sie sehen gern dieses gepflegte Außenseiterische des Schriftstellers, diese kultivierte Unkämmbarkeit, das gewissermaßen Rücksichtslose.

Und je weniger wir unsere Reiz-Rolle durchschauen, desto besser werden wir dieser gesellschaftlichen Erwartung entsprechen.

Wüßte der Engagierte bei jeder Aktion, daß er den Viktorianismus, den er abschaffen will, durch seine Aktion nur erträglicher macht, dann litte wohl die Spontaneität.

Eine schon anspruchsvollere Form des Engagements wird sichtbar an jenen Schriftstellern, die so bekannt sind, daß ihnen repräsentative Gesten möglich werden.

Es scheint ihnen recht zu sein, daß ihre Handlungen oder Wörter zeremoniellen Charakter annehmen. Es ist wie bei der Brückeneinweihung. Der Brückeneinweihungs-Gestus ist die eine Seite dieses Engagements, die positive. Beispiele: Günter Grass im Starfighter, Peter Handke beleidigt Polizisten, bis sie zugreifen. Beides bekommt seinen ganzen Sinn nicht an Ort und Stelle, sondern erst wenn es in der Zeitung steht, ob das die Agierenden wollen oder nicht.

Oder ein anderes Beispiel: eine Zeitungsmeldung besagt, Hans Werner Richter bespricht mit MdB Martin kulturpolitische Fragen in Berlin, das ist eine positive Geste; die negative Geste: Hans Magnus Enzensberger stellt die 6000 Mark des Nürnberger Kulturpreises denen zur Verfügung, die wegen ihrer politischen Gesinnung bei uns vor Gericht gestellt werden. Auf jeden Fall kommt in diesen Gesten Engagement zum Ausdruck. Zum Glück haben die Gestiker des Engagements auch Bücher geschrieben, von denen die Gesten erst ihre Ladung beziehen. Ohne diese Bücher hätten die Gesten weniger Sinn als die bandzerschneidende Hand des Verkehrsministers bei der Brücken-Einweihung. Und trotz dieser Bücher sind, glaube ich, die Gesten des Engagierten in Gefahr, in die Nähe der Zeremonie zu geraten. Auch das Happening ist ja eine Zeremonie; es wirkt nur deshalb unschuldiger, weil es sich für negativ hält. Um die nächste und wieder subtilere Form des Engagements zu benennen, kommt man ohne das Wort links nicht mehr aus. Linksintellektuelle, Gruppe 47, solche Synonyme braucht man da. Auch SPD. Ja, vor allem SPD. Das Engagement für diese diese Partei ist fast zu einer Pflicht geworden, seit im Wahljahr 65 ein „Wahlkontor deutscher Schriftsteller" für die SPD gegründet wurde. Als dann die Große Koalition der beiden Parteien auch in der Regierungsbildung zum Ausdruck kam, zuckten manche unserer Engagierten zusammen, offenbar waren sie noch zu überraschen. Ich gestehe, ich war fast befriedigt, als diese Koalition zustande kam. Weil ich immer befriedigt bin, wenn eine Sache den

(Fortsetzung nächste Seite)

Buntstiftzeichnung: H. B. Baerenz

Engagement als Pflichtfach

(Fortsetzung von Seite 1)

ihr entsprechenden Ausdruck findet. Es ist doch ein bißchen komisch und der demokratischen Sache eher abträglich, wenn zwei Parteien, deren Politik immer schwerer unterscheidbar wird, einander gegenüberstehen wie Gegner. Das sieht doch aus, als handle es sich nur noch um die Kämpfe von Personen, die an die Macht wollen.

Die Tarnung durch scheinbare Programm-Unterschiede gelingt längst nicht mehr. Wenn wir die gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Grundsätze unserer beiden Parteien vergleichen, sehen wir, daß wir fast in einem Einparteien-Staat wohnen.

Das Engagement für die SPD ist im Wahljahr 1965 zu einer Selbstverständlichkeit erhoben worden. Die Vorwürfe sind ausgestattet mit einer einfachen Denkweise; etwa so: der deutsche Intellektuelle oder Schriftsteller ist vorwiegend weltfremd, hat politische Utopien im Kopf, schwärmt für was schön Unerreichbares, gackert lieber abstrakt marxistisch und protestiert lieber gegen die USA in Vietnam als daß er sich zuhause einsetzt für die SPD, praktisch, pragmatisch, konkret, nüchtern, mit beiden Beinen auf dem Boden usw. Da zeigt es sich also, wie weit es her ist mit dem Engagement! Jetzt, wo es endlich praktisch werden kann, jetzt kneifen welche, schaut sie an! Die sind sich zu gut, braven SPD-Rednern die Wahlrede zu verbessern,das Verbum zu schleifen, das Adjektiv betörend zu machen und in Trauchtelfingen für die liebenswürdig-irdische SPD zu singen, für diese so herzlich unvollkommene und eben dadurch so hinreißende Partei aller Geistestätigen.

Schade, daß man das Politische eines Schriftstellers weniger nach seinen literarischen Hervorbringungen beurteilt als nach seinem aktuellen Auftritt. Was soll mir ein Unterschriftenleister oder einer, den alle vier Jahre einmal das Wahlfieber packt, und in der übrigen Zeit konjugiert er eine eher weltlose Lyrik, eine Prosa, in der nichts mehr zu finden ist von den schneidenden Himmelsrichtungen unserer Welt. Ich frage mich, ob so einer im saisonalen Engagement nicht ein bißchen überanstrengt wirkt.

Es kommt mir schon grotesk vor, Engagement zu verlangen wie einen Arier-Ausweis. Und noch grotesker, dieses Engagement zu binden an die jeweilige Wahl-Equipe der SPD.

Was kann denn der deutsche Schriftsteller heute noch tun für die SPD?

Er kann den Rednern die Syntax verbessern, daß die, von Wehner ohnehin in ihrer Spontaneität schon arg geschädigt, auch noch einen fremden Satzbau nachplappern müssen. Dann kann der Schriftsteller auch selber auftreten und reden. Worüber? Er weiß es: er muß einfach werben für die SPD, werben für die Persönlichkeiten der SPD.

Ich finde, das ist eine schöne und bewunderungswürdige artistische Anwendung der Talente eines Schriftstellers. Er wirbt für eine Persönlichkeit, von der er sich Gutes verspricht. Er selber versteht seinen Einsatz aber als politisches Engagement.

Ich kann mir nicht helfen, aber ich halte alle Empfehlungskampagnen heutiger Wahlkämpfe für Kosmetik. **Politische Kosmetik,** von mir aus, aber doch viel mehr Kosmetik als Politik. Die Parteien gründen ihre Wahlkampfführung nicht umsonst auf die Beratung und Mitarbeit von Werbe-Agenturen. Beide, der Werbe-Fachmann und der Schriftsteller arbeiten kosmetisch. Sie haben ein Image zu empfehlen, einen durch und durch wählbaren Mann. Auch die Schriftsteller des Jahres 65 waren sich dessen bewußt. Hans Werner Richter selbst hat es formuliert, daß es nicht um politische Programme geht, sondern um die Empfehlung neuer Persönlichkeiten. Tatsächlich ist etwa Professor Schiller, dessen wirtschaftspolitische Anschauungen im CDU-Programm ohne Anstoß Platz haben, vielleicht ein viel besserer CDU-Wirtschaftsminister als irgend eine Persönlichkeit aus dem momentanen Angebot der CDU. Der Schriftsteller, der sein Engagement darin sieht, Schiller zu empfehlen, für Schiller zu werben, muß vom Partei-Politischen eher absehen, er muß dem Kosmetischen den Vorzug geben wie der Werbe-Fachmann. Wird man aber den Werbe-Fachmann „engagiert" nennen? Oder wird man ihn nur deshalb nicht „engagiert" nennen, weil der seine Empfehlung für viel Geld ausarbeitet, während der Schriftsteller damit nichts verdienen will?

Ich setze voraus, daß man die politische Einstellung eines Autors ohnehin vertrauenswürdiger kennenlernt in seinen literarischen Produktionen. Wenn er sich aber ganz direkt einmischt in einen aktuell politischen Prozess, dann doch nur, weil er provoziert ist durch einen besonderen Umstand.

Ein Schriftsteller kann, zum Beispiel, durch Lektüre amerikanischer Zeitungen zur Ansicht kommen, daß wir hierzulande schlecht unterrichtet werden über den Krieg in Vietnam, er kann feststellen, daß wir diesen Krieg mehr unterstützen als jedes andere westeuropäische Land; kann Aufklärung befördern, mit dem Ziel, eine sachlichere Beurteilung dieses Krieges zu ermöglichen, mit dem Ziel auch, die materielle und moralische Unterstützung dieses Krieges zum allererstenMal einer öffentlichen Kritik auszusetzen. Wer unsere **und** ausländische Zeitungen liest, der weiß, daß wir, wahrscheinlich aus falsch verstandener Bündnistreue, unvollkommen und falsch informiert werden. Dieser Sachverhalt provoziert. Dadurch wird man aufmerksam. Oder engagiert. Man möchte die Bindung an Amerika aus krassem Anlaß einer Diskussion ausgesetzt sehen. Ich persönlich glaube, Amerika ist empfindlich für alle Beurteilungen dieses Krieges, besonders wenn sie aus dem Ausland kommen, ganz besonders, wenn sie aus Europa kommen. Wie auch immer: ein solcher Krieg kann einen provozieren, man kann Aufklärung für nötig halten. **Und Aufklärung, scheint mir, ist traditionell der Inhalt dessen, was man Engagement nennt.**

Zu der Zeit, als die SPD noch ein roter Schreck war für viele, da war Aufklärung im Dienst dieser Partei noch nötig und möglich.

Heute wird man sich fragen dürfen, ob das Wort Engagement nicht darunter leidet, wenn es von jetzt an reklamiert und abhängig gemacht wird von der Beteiligung an den Kosmetik-Kampagnen in Wahljahren.

Sollte es in Zukunft ganz zu einem Wort für solche Kosmetik-Prozeduren werden, dann wird es viel leichter fallen, Fragen nach dem Engagement zu beantworten. Dann kann man leichten Herzens und ohne persönlie Verbrämung einfach Nein sagen. Nein, danke, ich bin nicht engagiert.

Mir schwebt vor — und das ist nun wirklich Schwärmerei und Utopie —: ein Schriftsteller läßt sich provozieren nur noch zum Schreiben, nur noch zu seiner eigenen Arbeit und weigert sich, den Reizlärm zu verursachen, den man von ihm erwartet als einen Beitrag zum Betrieb. Ob er ein Zeitgenosse war oder nicht, ob die Gesellschaft etwas hat von ihm oder nicht, wäre an seinen Werken festzustellen.

Wie soll hier zur Zeit der Rückzug auf die allein angemessene Arbeit gelingen? Wo kauft man das dicke Fell dafür? Man weiß ja schon, daß es der Zeitgeschichte gleichgültig ist, ob man ihr mit Plakaten oder mit Gedichten kommt. Aber es nützt nichts, das zu wissen.

Die uns zugemuteten Ereignisse geben den Ausschlag! Sie sind schuld am Engagement des Protestierenden, das man auffassen kann als eine Folge unfreiwilliger Bewegungen.

Trotzdem sehe ich mir bei diesem Engagiertsein nicht mit Freude zu. Auch ohne Belehrung steht mir jenes bessere Wissen zur Verfügung und predigt mir großherzig die Aussichtslosigkeit dieser unfreiwilligen Handlung. Denn ausrechnen und beobachten läßt sich da keine Wirkung. Andererseits fühle ich mich einem solchen Krieg gegenüber einfach nicht frei. Mag sein daß ich mich nur beruhigen will durch Bewegung. Mag sein, dieses Engagement ist überhaupt nicht zu begründen und zu rechtfertigen vor einem, der nicht dieser Notwendigkeit unterliegt. Ich bin bereit, dem besseren Wissen recht zu geben, jede Vorhaltung zu bestätigen, trotzdem muß ich mich der Notwendigkeit fügen, muß die Unterschrift schreiben und den Artikel gegen unsere Komplicenschaft im Vietnam-Krieg oder auch nur den Artikel über das Engagement als Pflichtfach für Schriftsteller.

Am wenigsten wird Engagement gewünscht, wenn es seinen Eifer richtet gegen den Eifer der Rüstenden und gegen die neuesten Rechtfertiger des Krieges.

Ich möchte so humorlos sein und diese Engagement für das wichtigste halten. Weit draußen, am wenigsten besuchten, kaum beliebten und nur von Verfassungsschützern belichteten Rand des freundlichen Betriebs, sammeln sich Leute zu Ostermärschen, Protestkundgebungen, Aufklärungsaktionen. Das sind Leute, die man schwer unterbringen kann in den herrschenden Gruppierungen. Sie haben gemeinsam ein Interesse an gesellschaftlicher Veränderung und die Machtlosigkeit. Ich will diese Leute nicht verklären. Aber es muß etwas passiert sein, sonst wären sie nicht zusammengekommen. Ich habe mich so lange als möglich bemüht, denen fernzubleiben. Je mehr passierte, desto schwerer fiel das. Mir kommt vor, in diesen Gruppen ohne feste Überschrift ist eine Fähigkeit zur Teilnahme lebendig, die in der übrigen Gesellschaft zwischen Revers und Kolumne verloren ging! Soll von mir aus der Werbe-Einsatz für eine Person Engagement heißen, soll Engagement weiterhin auch heißen jene gesellschaftliche Parade-Rolle des Schriftstellers, in der er den von ihm erwarteten prickelnden Reizlärm liefert, ich persönlich möchte das Fremdwort lieber verwenden für Handlungen jener Außenseiter, die provoziert sind von der Teilnahmslosigkeit unserer Gesellschaft. Dort an der Peripherie nämlich gibt es nicht diese kulinarische Einteilung in engagierte Schriftsteller und ein Publikum, das sich durch solche unterhalten läßt. Dort nehmen alle nach ihren Möglichkeiten teil an den Aktionen gegen die Lethargie, an den Aktionen des Protests oder der Aufklärung. Dort sind wenig Schriftsteller zu finden. Dafür aber Studenten, evangelische Pfarrer, Gewerkschaftler, Grafiker, Maler, Rechtsanwälte, Volkshochschul-Beauftragte, Schauspieler, homöopathische Ärzte, Lokalredakteure, Dozenten, Volksschullehrer usw. Diese engagierten Demokraten haben sich am Rande verbittert und optimistisch zusammengetan, um in wenig begrüßtenAktionen Aufklärung zu befördern, Protest zu verbreiten; ob mit Wirkung oder ohne Wirkung, sie haben keine andere Möglichkeit, sie sind engagiert: das ist das Gegenteil von freiwillig, und das Gegenteil von teilnahmslos.

(Aus einer Sendung des Hessischen Rundfunks, gekürzt)

Planung für wen?

Die Novitäten der Wirtschafts- und Finanzpolitik (konzertierte Aktion, mittelfristige Finanzplanung), die durchzusetzen die Große Koalition angetreten ist, versehen die deutsche Exekutive mit Instrumenten, die den Regierungen in den Konkurrenzländern (z. B. Frankreich, England) bereits zur Verfügung stehen. Diese Modernisierung unseres Gemeinwesens für die anbrechende zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft ist erforderlich, da sonst das „deutsche Wunder" unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen in der EWG und auf dem Weltmarkt verblassen könnte.

Schiller und Strauß haben uns im Rahmen ihrer neuen Politik schon zwei „Wochen der Wahrheit" zugemutet, in denen „allen Bevölkerungsschichten" Opfer abverlangt wurden. Diese waren unabdingbar geworden, da die Staatsfinanzen saniert und so umstruktuiert werden mußten, daß sie die Leistungskraft „unserer Wirtschaft" nicht mehr beeinträchtigen, sondern stärken.

Es scheint ihr offenbar abträglich zu sein, wenn man versuchen würde, durch Steuersenkung und erhöhte Sozialausgaben die Massenkaufkraft zu stärken, um die Konjunktur von der konsumtiven Nachfrage her anzuregen; hingegen scheint es diese Leistungskraft nicht zu beeinträchtigen, wenn im Laufe eines Jahres etwa eine Million Arbeitskräfte freigesetzt werden und gegenwärtig die sichtbare Arbeitslosigkeit immer noch 350 000 beträgt. Ja es ist darüberhinaus notwendig, die Einkommen derjeningen, die noch Arbeit haben, in diesem Jahr zu stoppen — worum sich Staat und Tarifpartner gemeinsam bemühen — und, wenn möglich, abzubauen — was vorerst nur Staat und Unternehmer besorgen. Die unter der Drohung der Arbeitslosigkeit gestiegene Arbeitslosigkeit rechtfertigt diesmal keine Lohnerhöhungen; Produktivitätssteigerungen werden am runden Tisch der konzertierten Aktion erst dann wieder bei der Lohnfindung eine Rolle spielen, wenn Vollbeschäftigung herrscht.

Bei den Beratungen der konzertierten Aktion ist offen gesagt worden, was die neue Politik bezweckt: es geht um die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Großunternehmen, deren Gewinne und Absatzchancen im Export in Gefahr geraten, wenn die Gewerkschaften ihre Verhandlungsposition während der Vollbeschäftigung ausnützen und Parlament und Exekutive um der Wählergunst willen die Sozialausgaben ständig steigern, 1967 wird die bedrohte Ertragskraft erst einmal dadurch gefördert, daß — mit Zustimmung der Gewerkschaften — die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um sechs Prozent steigen werden.

Es ist klar, daß nur solche Unternehmen aus den stagnierenden Lohnkosten, den sinkenden industriellen Erzeugerpreisen und den billigen Krediten Nutzen ziehen und die ihnen zugestandenen Profitsteigerungen erwirtschaften können, die nicht unter mangelnder Kapazitätsauslastung und strukturell bedingten Absatzschwierigkeiten leiden. Die eigentlichen Nutznießer sind also die Großunternehmen in den Wachstumsindustrien und die Unternehmen, die sich durch Konzentration und Rationalisierungen an das rauhere Klima auf den internationalen Märkten anpassen (z. B. Stahlindustrie).

Im Staatshaushalt der mittelfristigen Finanzplanung sind die Mittel für öffentliche Investitionen bereitgestellt worden, die die genannten förderungswürdigen Unternehmen auch in Zukunft rentabel wirtschaften lassen. Die kräftig steigenden Ausgaben für das Bildungswesen sollen das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften vergrößern; Verkehrsinvestitionen, Investitionen im Fernmeldewesen usf. verbessern die Versorgung mit diesen Dienstleistungen und senken die Kosten der Unternehmen. Die Rüstungsausgaben werden weiterhin etwa ein Viertel des Etats ausmachen, so daß die Rüstungsforschung dazu beitragen kann, die rückständige deutsche Luftfahrt-, Raumfahrt- und elektronische Industrie an den internationalen Standard anzupassen; und es besteht die Möglichkeit, daß Rüstungsaufträge mehr als bisher notleidenden deutschen Branchen zugutekommen. Sollen die öffentlichen Haushalte nicht länger eine Quelle der Inflation bleiben, so versteht es sich, daß die Steigerung der öffentlichen Investitionen nur auf Kosten des Sozialkonsums und durch Belastung der Arbeitnehmer finanziert werden können. Denn die Unternehmen zu belasten, würde der Zielsetzung der neuen Politik widersprechen. Die Kürzung der Kilometerpauschale und die Erhöhung von Verbrauchssteuern (Mineralöl- und Tabaksteuer) zu Beginn des Jahres bildeten den Auftakt.

Durch die Einführung der Mehrwertsteuer, die (wie bereits von der französischen Wirtschaft beklagt wurde) die deutschen Exporte bis zu fünf Prozent verbilligen wird, bietet sich Gelegenheit zu mannigfaltigen Preiserhöhungen; die weitere Anhebung des Steuersatzes auf 11 (1. Juli 1968) und mehr Prozent (in der Wirtschaftspresse weiß man bereits von der Zielmarke 15 Prozent zu berichten) wird unser Steuersystem an die EWG-Norm angleichen, die direkten Steuern abbauen helfen und die Bezieher niedriger Einkommen noch mehr als bisher belasten. Die schrittweise Steigerung der Beiträge zur Sozialversicherung von 14 auf 17 (und am besten auf 20) Prozent des Bruttoverdienstes bürdet den Arbeitnehmern die Kosten unseres Systems der sozialen Sicherheit vollends auf, während die Unternehmen die Arbeitgeberanteile auf die Preise schlagen dürften. Diese Maßnahme wird sinnvoll ergänzt, wenn die Rentner vier Prozent ihres Einkommens an die Krankenversicherung abführen sollen, während die Bezieher hoher Einkommen nur durch eine dreiprozentige Ergänzungsabgabe belastet werden, wenn die Mietbeihilfen gekürzt und die Mieten der Sozialwohnungen um 25 Prozent gesteigert werden. Daß die zu erwartenden Preissteigerungen auch wirklich zu Einkommenseinbußen und Konsumbeschränkungen führen werden, ist Aufgabe der konzertierten Aktion, die sich ja, nach Schiller, erst noch bewähren muß, wenn die Löhne ohne Rücksicht auf etwaige Preissteigerungen nur noch an den Produktivitätsentwicklung sich zu orientieren haben. Der Öffentlichkeit ist weitgehend entgangen, zu wessen Nutz und Frommen die kapitalistische Planung etabliert wurde. Bei der Beratung und Verabschiedung des „Stabilitätsgesetzes", das diese Planung legalisiert, und bei der Beratung der mittelfristigen Finanzplanung zeigte sich nicht nur endgültig die Ohnmacht des Parlaments, sondern auch eine nicht weniger ohnmächtige Naivität der „Kritiker". Planung an sich, ohne daß gefragt würde, in wessen Interesse hier geplant wird, gilt als etwas durchaus Fortschrittliches; und daß es darum gehe, Wachstum und Vollbeschäftigung in dieser bestehenden privatkapitalistischen Wirtschaft, und sei's bei Vergesellschaftung der Risiken und der Kosten, zu garantieren, und daß just dies dem Gemeinwohl gleichzusetzen sei, darüber bestehen kaum noch Zweifel.

Nach allem, was bekannt gewordenn ist, plant die Große Koalition die Ausplünderung der Arbeitnehmer und die Mehrung der privaten Gewinne. Daran und an der Tatsache, daß wir in Deutschland in den dreißiger Jahren bereits eine besondere Variante der Vollbeschäftigung kennengelernt haben, sollten sich die Gewerkschaften erinnern, solange sie noch einige Handlungsfreiheit besitzen.

Ulrich Rödel

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: Ursula Rühle, Ulrich Erckenbrecht, Hartmut Holzapfel, Andreas Schröder, David H. Wittenberg.
Redaktion: C. Rainer Roth (Politik), Rudolph Bauer (Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (Lokales), Detlev Claussen und Hans-Peter Riese (Feuilleton), Antonia Grunenberg.
Redaktionsgeschäftsführer: David H. Wittenberg
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Roland Scholten
Vertrieb: Eckhard Sachse
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26—28, Telefon (06 11) 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Ffm. 240/9647, Dresdner Bank Ffm. 280 385, Postscheck Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. September 1967.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Leserbriefe

Zu 5/1967

Sehr geehrte Herren,

der Aufsatz „Tiere an Ketten" von Fräulein Monika Steffen schreibt mir zu, ich hätte mich darauf berufen, ein prominenter Politiker habe doch gesagt, man müsse die Innen- von der Außenpolitik ableiten. Es handelt sich fraglos um einen Hörfehler: ich hatte auf das Umgekehrte verwiesen, auf die Notwendigkeit einer Ableitung von Außenpolitik aus der Innenpolitik. Und dies Theorem stammt keineswegs von einem „prominenten Politiker" der Gegenwart. Mit dieser Berichtigung entfallen selbstverständlich auch die Folgerungen, die Fräulein Steffen ableitet: daß ich nämlich durch jene These von Horkheimer mich inhaltlich distanziert hätte. Er wird ihr ohne Frage gänzlich zustimmen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Brief veröffentlichen wollten. Mit bestem Dank

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr T. W. Adorno

Es wäre ein arger Zufall, wenn auch Redaktionsmitglieder und andere Zuhörer einem Hörfehler zum Opfer gefallen wären. Einen Versprecher wollen wir jedenfalls nicht annehmen. Die politische Redaktion

Sie sind Demokrat. Sie wollen, daß demokratisch regiert wird. Sie bejahen das Grundgesetz und sehen voller Sorge, wohin unser Land treibt. Sie möchten die Hintergründe erfahren. Den Dingen auf den Grund gehen. Sich ein eigenes Urteil bilden. Lesen Sie

die tat

Die Wochenzeitung der engagierten Demokraten. Unabhängig Konsequent Gegen Neonazismus und Militarismus Für Freiheit und Grundgesetz

Es schreiben und kommentieren:

Alma Kettig, langjährige Bundestagsabgeordnete

Dr. Arno Klönne, Dozent an der Universität in Münster

Dr. Herbert Mochalski, Mitherausgeber der evangelischen Wochenschrift „Stimme der Gemeinde"

Max Oppenheimer, Mitglied des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes

Gösta von Uexküll, Publizist

In jeder Woche
Die satirische Kolumne von Schmiere-Chef Rudolf Rolfs
Die politische Karikatur von Arno Ploog

Verlangen Sie Probeexemplare

BESTELLSCHEIN

Ich/wir bestelle/n hiermit ab die Wochenzeitung „die tat":
Studenten- und Schüler-Abonnement: DM 4,95 (Streifband 3 Monate, Bezugspreis DM 3,— + Porto DM 1,95)

Name

Postleitzahl Ort

Straße

Datum

Unterschrift

Als Drucksache (20 Pf) an Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt a. M., Schumannstraße 56, senden.

NEU

aus dem Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt/Main, Schumannstraße 56

Rudolf Rolfs

Ich, Buhmann

180 Seiten, kart. **DM 5,40**

Mit Karikaturen von Kurt Halbritter
Eine Sammlung satirischer Kolumnen des Schriftstellers und Chefs des Frankfurter Kabaretts „Die Schmiere".

Rudolf Rolfs

Schlag nach bei Rolfs

180 Seiten, kart. **DM 5,40**

Ein Nachschlagwerk eigener Art. Rudolf Rolfs über: Atomwaffen, Politik, Moral, Liebe, Sex, Wirtschaft etc. Die prägnantesten Aphorismen, Pointen und Aussagen aus 18 Büchern von Rudolf Rolfs.

Beachten Sie bitte!

Wir liefern auch Literatur aus der DDR.

Fachliteratur über:

Technik — Physik — Kybernetik — Chemie
Mathematik — Kunst — Medizin
Gesellschaftswissenschaft — Philosophie

Belletristik Kinder- und Jugendbücher

Fordern Sie Prospektmaterial an!

Besuchen Sie unseren „tat"-Buch- und Schallplattenvertrieb in Frankfurt, Schumannstr. 56

Literatur politisch?

Eine sanfte Polemik

Fortsetzung aus Nr. 6/1967

„Mit poetischer Publizistik bewirkt man heute mehr als mit aktiver Politik."
H. W. Richter, 1962

Das normale Desinteresse von Literatur und Literaturwissenschaft an Politik bequemt sich harmlos dem offen autoritären Rechtsstaatsfragment an. Stärkere Sprachbarrieren und objektive Informationswiderstände lassen Ästhetisierung und Literarisierung angelegen sein. Merkwürdig genug war die höflich lobende Distanzierung oder einfache Denunziation — im Namen unpolitisch rationaler Kritik — von artikulierten Protesten und neuen Demonstrationen dieses Jahres. Einige Schriftsteller und Wissenschaftler solidarisierten sich aktiv, die meisten schwiegen, andere riefen zu Mäßigung (Grass und W. Jens zum Beispiel). Literatur ist und bleibt für die meisten ein Individuationsmodell, die persönliche Integrität bleibt auf der Strecke gesellschaftlicher Desintegration, im angepaßten Betrieb von Meinung und Meinungsmache. Protest, der praktische Absichten verrät, wird als ästhetisch-vitalistisch denunziert (Jugend, Generation, happening). Vielleicht hat man in der Fülle der Meinungen überlesen, daß eine diskutierende oder lesende Masse von Literaten als Masse laut Polizeipsychologie einen kriminellen Kern enthält? Literaten sind Rädelsführer obendrein: Individuen, deren formvollendeter Artikulation längst der Meinungsprozeß gemacht werden müßte.

Dankbares Aufatmen im Unterhaltungsapparat als der redliche Hochhuth der ästhetischen Linken idealistisch die Schau stahl (in manchen Theatern unter Polizeischutz). Die Romantik vom Sand im Getriebe registriert der Unterhaltungsapparat. Politische Literatur, politisches Theater hat nur Anerkennungserfolg bei einem radikal entpolitisierten Publikum. Ein Hochhuth-Stück wie die meiste politische Literatur müßte von Anfang bis Ende mit Beifall überschüttet werden, ausgeklatscht werden. Von solchen Konjunktiven lebt die Ästhetisierung; **die Literatur ist nicht politisch.** Sie liefert seit eh und je der Literaturwissenschaft, ihrem Präferenzpublikum, von Cysarz bis Killy, höchstens Weltanschauung in die Stille moderner Glasarchitektur. Es schreibt exemplarisch ein gesellschaftlicher Haus- und Hofhalter der Literatur:

„Die Poesie spricht in Bildern. Sie nennt die Dinge der Welt, welche ein inneres Auge durch die Kraft des Wortes aufs Neue wahrnehmen kann. Die poetischen Bilder sind nicht nur Natur. Die Seele ist in ihnen aufgegangen. Sie sind nicht nur Anschauung, sie vermitteln Erkenntnis. Sie tun das von jeher auf eine Weise, die ebenso verständlich als unergründlich . . ."
(man beachte die verständige wie unergründliche quantifizierende Gleichsetzung mit „als")
„Die Sonne kommt; — sie scheucht
Den Traum hinweg im Nu . . .
Ihr unaufhaltsamer Hervorgang stellt die Ordnung der Zeit wieder her.
Die Seele erwacht und fühlt die kühlen Schauer des ungewissen Tages."

Trotzdem sollen einige Studenten ergründet haben, es gebe alte lesbare Gedichte, die naturhafter Erkenntnisordnung einer unergründlichen Literaturwissenschaft und Meinungspatina entgegen zu verstehen sind. Trotz der „Ordnung der Zeit". Die Entpolitisierung von Literatur und Literaturwissenschaft (die hier immer optimistisch zusammen genannt werden) — hat einen überlegen sanften Tonfall produziert, eine ausgleichende Verdummung, eine grausame Ignoranz von „Ordnung der Zeit", eine unerträgliche, täglich ertragene Form von gelehrter Blödheit an unseren Bildungsanstalten, in Feuilletons.

Wie kann man nur so schimpfen? Eben, wie kann man nur. „Die Seele ist in ihnen aufgegangen." Sonst ist nichts aufgegangen. Aus erkennender Verzweiflung darüber könnte sogar die Literatur politisch werden. Immerhin geht sie schon manchmal von den Konjunktiven zu den Inveltiven über.

Suggestion, Evokation, Assoziation, absolute Metapher, Kraft des bloßen Namens, Chiffre, Zeichen: so rettet man die literarische Moderne über die Zeilen und Zeiten hinweg, in denen „bürgerliche Sicherheit, Tradition und Friede" nicht mehr fraglos erscheinen. Gegen die wissenschaftlichen Clichés, in denen nach Bildern gerungen wird oder „fern von aller Sprachnot" die Poesie „blüht". (W. Killy, Wandlungen des lyrischen Bildes, Göttingen, 3. A. inzwischen). Bei lächerlichsten Protestsongs wäre mit mehr Recht von Poesie zu reden. Die Hilflosigkeit und „Sprachnot" geht nicht auf das Konto derer, die nicht mehr poetisch mitblühen wollen, sie geht ein System an, in dem die Sprachlosigkeit politisch sich preiswürdig und wissenschaftlich als Herrschaftselement etablierte. An dieser Reduktion, der öffentlichen und privaten, lenken die höheren „Seelen" und wissenschaftlichen „Gemüter" vorbei; sie unterstützen sie mit Klassifikation, mit salbadernden Sprachformeln, Etiketten, mit Vereinfachung auf journalistische Aussagesätze, deren deskriptiven topoi Zusammenhänge, Ursachen-jegliche Komplexität redselig unterschlagen.

Aber die Emanzipation in der Literatur auf dem Hintergrund einer versagten realen Befreiung und Emanzipation förderte gegen den allseitigen Unternehmerschwung das Elend des Engagement und der Politik wieder zutage. Denn nicht der schwächliche Ersatz von Information, politischer Verständigung und Anklage legitimiert noch Muße zu Poesie, sondern radikaler Wunsch nach Befreiung von manipulierten Bedürfnissen, Eingedenken individueller Freiheit, die einen Alltag transzendiert, der Ordnung, Sauberkeit, Vorschrift, Verwaltung, repressive Arbeitsorganisationen feiert; Literatur von Banalitäten und Trivialitäten. Hier und jetzt redet sie Dreck, Unordnung, Pornographie, Phantasie, Spontaneität, Muße, Vergnügung, Unterhaltung das Wort. Verrückte, Kinder und Deformierte werden schon zu Cliché-Figuren. Auch sie nähern sich schon zu sehr gesellschaftlichem Realismus: Verbrecher und Verrückte sind die Helden der bürgerlichen Gesellschaft. Der Literatur gilt das Lob des Schmutzkinds und des bucklichten Männleins, sie stört den Betrieb, da man jeden Morgen auf den Markt geht, Lügen zu verkaufen. Die Hochkonjunktur in „Literatur und Politik" ist hochverdächtig. Als der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Helden der Nachruf zu schreiben gewesen wäre, wurde das in einer Unzahl von Gedichten, Romanen, Theaterstücken als heimlichem Epitaph ihrer Verfasser gesagt. In Deutschland sind sie vergessen. Heute erinnern nur noch Literaten an den Faschismus: großzügig vergaben die Innerlichen von Hausmann bis Jünger denen, die vorm höheren Käfertum geflohen waren. Deutschland vergesse — und es vergaß radikal, daß ein politisches Exil und eine Literatur der Formierung von Verordnung, Vernehmung und Ansprache entflohen war. Die Unmenschen gaben nach dem politischen Faschismus viel als Menschen für die Literatur her. Den Figurationen einer Menge politischer Literatur, einer politisch stummen, ohnmächtigen, wie nie zuvor folgten Figurationen des Alltagsfaschismus. In den zahllosen Monologen der Exilierten herrschte politische Sprachlosigkeit, die Stille wurde thematisch.

„. . . Es hat wohl keinen unter uns gegeben, der nicht eines Tages an irgendeiner Ecke stehengeblieben wäre, um festzustellen, daß die Rufe und Geräusche der Welt plötzlich so klangen, als wären sie nur für die anderen gemeint — kurz, der nicht die Erfahrung gemacht hätte, daß er nicht mehr da war."
(G. Anders)

Ein banales Beispiel, sicher. Unauffälligkeit, dezent, auf daß kein Nazi, kein Schweiger und Käfer, keine Bewußtlosigkeit im guten Geschmack gestört werde, etablierte das Rechtsstaatsfragment das Exil als offiziellen Zustand; im DDR-Fragment wurde progressiv geschwiegen. Beredt trug die Literatur der Lautlosigkeit Rechnung, Seite um Seite notierten Wenige gewandt die Stille, die Lasten und die Verzweiflung, während es dem guten Ton entsprach in dieser Gesellschaft Grauen anzusetzen wie Hasen Fett. Wir haben gelernt, wie stumm ein Unterdrückungskrieg in Asien geführt werden kann, er wird geführt, wie stumm Despoten gefeiert werden sollen. Wir haben gelernt, daß Politik und Demokratie nur aus schweigender Notstandsplanung bestehen kann. Es wird geführt, geplant, lärmvoll wird über alles wegdiskutiert. Deutsch wurde eine Sprache von Rentnern, Bürokraten, Journalisten. Im Exil hatte man Worte verloren, das Publikum hat sich inzwischen bestätigen können. Wann wagt die Literatur den Hausfriedensbruch? Mit der Ohnmacht der Belletristik ist kein Staat mehr zu machen in einer Gesellschaft von Voyeuren und tauben Zuhörern. Die materielle Kultur widerspricht schon längst der Literatur-Mythologie. Der Verfall von Sprache, die Destruktion von Bildern tendiert radikal zu anderer Kultur hin. Künstler und Kunst emanzipieren sich in der Aufnahme der Reduktion ihrer individuellen Interessen zum Warenwert; nicht der Ausdruck, das Papier ist ein künstlerisches Problem bei einem Gespräch über Bäume. Politische Literatur, Agitation mit dem Sinn für besseres Leben, ist ein Widerspruch in sich selbst, der angesichts gigantischer Manipulation nicht nur radikal neue Techniken erfordert gegen die Reproduktion von Protest, Misere und Kultur.

David H. Wittenberg

GEDANKENAUSTAUSCH mit Niveau

für geistig, kulturell, künstlerisch und wissenschaftlich Interessierte jeden Alters. Interessen, Wünsche und einmaligen Unkostenbeitrag (DM 20,— auf Postscheckkonto Karlsruhe 43936) einsenden.

ETHOS-VERLAG
7890 Waldsrut, Postfach 66

montanus empfiehlt:

„Hanser Klassiker Volksausgaben"

Die Hanser Klassiker Volksausgaben gehen in ihrer Textgestalt auf die großen Hanser Klassiker zurück, stellen jedoch selbständig gestaltete Editionen dar. Ausführliche Anmerkungen mit Angaben zu Entstehungsgeschichte und Quellen sowie allen nötigen Wort- und Sacherklärungen, genaue Lebens- und Werkchroniken und interpretierende Nachworte bieten wertvolle Verständnishilfen. Trotz des auffallend niedrigen Preises heißt Volksausgabe hier nicht: nur das Bekannte, und das vielleicht noch gekürzt, sondern es heißt: eine sorgfältige und im Vergleich mit den Originalen gesicherte Edition in vorzüglicher Buchausstattung.

Bis jetzt liegen vor:

Heinrich v. Kleist
Werke in einem Band
Herausgegeben von Helmut Semdner.
888 Seiten, Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber 13,80 DM.
„Billiger geht's nicht: 888 Seiten Kleist für 13,80 DM . . . Hier ist die gültige Volksausgabe im besten Sinn, hier ist der Kleist für alle"
(Frankfurter Allgemeine).

Friedrich Schiller
Werke in drei Bänden
Herausgegeben von Herbert G. Göpfert.
2428 Seiten, Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber, 30,— DM.
„Nichts fehlt in dieser schönen Ausgabe, um all die Leser, die voreilig Schiller zu kennen glauben, zu neuer Lektüre zu verlocken" (Wissenschaftlicher Literaturanzeiger).

Friedrich Nietzsche
Werke in zwei Bänden
Herausgegeben von Ivo Frenzel. 1553 Seiten Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber, 30,— DM.
„So geleitet, wird auch der unvorbelastete Leser den richtigen Weg zu Nietzsche finden" (Frankfurter Allgemeine).

Die deutsche und internationale Presse beschaffen Sie sich am besten und universitäts-nah bei montanus in der Leipziger Straße 25. Wir führen über 800 Titel. Jede Zeitung oder Zeitschrift ist sofort greifbar.

Beim Verlag bereits vergriffen — bei montanus noch zu haben:

Brecht, Werke in 20 Bänden

aus der Erstauflage zum Vorzugspreis von nur DM 96,—. (Späterer Neuauflagenpreis: DM 120,—.)

montanus-buchhandlungen in Frankfurt:
montanus im Hauptbahnhof
montanus in der Leipziger Straße 25
montanus am Eschenheimer Turm
auffarth in der Großen Bockenheimer Str. 30
pflug (modernes antiquariat) Kaiserstraße 81

politische bücher

Substanzerhaltung

Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied, Luchterhand 1967 32,— DM

„Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen." (Marx)

Auch Abendroth legt jetzt einen soliden Band gesammelter Aufsätze vor, mit der Bemerkung, der Leser solle nun entscheiden, ob ein kritisch erneuerter Marxismus „die Probleme der politischen Entwicklung der Bundesrepublik . . . und des Kampfes um die Verwirklichung der Rechtsgrundsätze des Grundgesetzes" p. 12) verständlich machen könne.

Nun, sein sozialistischer Internationalismus, der es vermag, die Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung zu skizzieren, ist, wie auch die vollständige Bibliographie im Anhang des Bandes zeigt, auf Europa beschränkt. Kein einziger Aufsatz über die sozialistischen Revolutionen in China und Kuba, allenfalls noch sporadische Gedanken über den Stalinismus in der Sowjetunion, dagegen einige Aufsätze über die hiesige Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Nicht nur hier zeigt sich seine Bindung an die deutsche Arbeiterbewegung, der er genau jenen „bloßen Provinzialismus (p. 388) verdankt, den er selbst ihr vorwirft.

Die Analyse politischer Entwicklungen geht sehr eng mit den Erfordernissen der Kampfes um die Verwirklichung der Verfassungsnormen zusammen, die Abendroth sich von der „Arbeitnehmerklasse" (p. 409) erhofft, sobald sie zu sozialem Selbstbewußtsein gelangt ist.

Das Politische, das er so sehr betont, umfaßt alle Praxis, die auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist. Wissenschaftliche Theorie unterliegt so einer praktischen Beschränkung, die der Praxis am Ende selber gefährlich wird. Sie gerät in Gefahr, nur die momentanen Chancen der Herrschaftsaufhebung, also die Machtverhältnisse, deskriptiv darzustellen, und wird deshalb bei Abendroth leicht zur Bestandsaufnahme, deren bürokratische Intentionen selbst durch sein historisches Bewußtsein nicht überspielt werden können. So zieht er u. a. eine „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland" (p. 429 - 463) und macht für zwei sozialdemokratische Wahlkämpfe Inventur.

Für dieses Denken, das, indem es Machtverhältnisse darstellt, politische Chancen bestimmen will, ist auch sein Aufsatz „Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen" (p. 17 - 48) charakteristisch. Darin bestimmt er das demokratische Potential des Bewußtseins der abhängig arbeitenden Schichten, also der Beamten, Angestellten, Arbeiter und der Bauern und leitet ihre Sozialpsychologie gesellschaftlich ab. Demokratisches Potential bedeutet vor allem geistige Widerstandskraft gegen einen neuen Faschismus, wie sich auch das alte demokratische Potential im Widerstand gegen den wilhelminischen Imperialismus und die Barbarei des Dritten Reiches gezeigt habe (zwei Aufsätze gelten der Tradition des antifaschistischen Widerstandes). Die praktische Schlußfolgerung, die Abendroth aus seiner negativen Bilanz zieht, zeigt, wie wenig noch die politische Theorie der politischen Praxis dienen kann, wenn von dieser nur noch die „Hoffnung" auf „demokratische Aktivierung" übrig blieb. Die Theorie unterstützt diese Hoffnung noch und ihren **Traditionalismus** (auf den wir später noch zurückkommen), indem sie mit Recht einen sozialhistorischen Mechanismus leugnet, gegen den das kritische Bewußtsein sich nicht stemmen könne. „Die Demokratie und ihr Rechtsnormen-System können sich nur durch lebendiges kritisches Bewußtsein der Bürger erhalten, die frei um ihre Meinungsverschiedenheiten ringen und dadurch die Machtapparate jeder Art kontrollieren und ihre Tendenz, sich zu befestigen, zurückdrängen." (p. 201) Die teufliche Dialektik, die Abendroth gefangenhält, ist aber, wie er selbst wohl zugeben würde, daß dieses demokratische Bewußtsein sich nicht abstrakt bilden läßt, sondern nur in der praktischen Opposition gegen die Repression dieser Gesellschaft. Die Theorie hätte nun zu entwickeln, warum bislang die Organisationen der fremdbestimmt Arbeitenden, also die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, es versäumt haben, durch eine praktische Revolution jede Möglichkeit eines neuen Faschismus zu zerstören. Gerade darauf läßt sich unser Autor nur unzulänglich ein, wie es an seinen Büchern „Aufstieg und Krise der duetschen Sozialdemokratie" Frankfurt 1964 und „Die deutschen Gewerkschaften", Heidelberg 1955 zu belegen wäre. Die Theorie dient der politischen Praxis deswegen schlecht, weil sie genau auf das ihre Hoffnung setzt, was sie, wenn auch unzureichend, eben angegriffen hat, auf die Sozialdemokratie (vgl. p. 90, p. 411). Das Subjekt sozialistischer Veränderung soll die nicht-integrierte traditionelle Sozialdemokratie, nicht aber die integrierte gegenwärtige Sozialdemokratie sein. Die Integration der Organisationen der „Arbeitnehmerklasse", die er wieder rückgängig machen will, erklärt er „durch die allen menschlichen Institutionen eigene Tendenz . . . sich an schlechte Realitäten anzupassen (und sich diesen zu unterwerfen), statt an sie anzuknüpfen (und sie zu verändern). „(Aufstieg und Krise . . . p. 77). Die Parteibürokratie deren Entstehen für A. „unvermeidlich" ist, ist der Träger des integrativen Reformismus, weil sie die Legalität der Organisation nicht durch den „Willen zur Aktion" (a. a. O. p. 40) gefährden wolle d. h. ihren eigenen Arbeitsplatz. Die Arbeitnehmer dagegen sind nicht wirklich integriert, sondern nur durch Manipulation in ihrer Sozialpsychologie. Vorbedingung für die Transformation der Gesellschaft, die nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne, sei deren Klassenbewußtsein, das „im Marxschen Sinne" stets das Ergebnis langen geistigen Eingens" (p. 33) sei. Die Unmöglichkeit des praktischen Kampfes unterstellt. A.s idealistische Bewußtseinsbildung, ohne ihn nicht doch für möglich zu halten — die Hoffnung ist ein Moment des Idealismus. Warum aber sollen denn nicht die Arbeiter genau wie die Bürokraten ein Interesse an ihrem Arbeitsplatz haben und an legalem Fortschritt? Die Trennung von Bürokratie und Massen, die Behauptung der Verschiedenheit ihrer Integrationsweisen verschleiert ihr identisches Interesse an der Erhaltung des status quo: die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes und des damit verbundenen sozialen Besitzstandes. Zudem erklärt A. die Notwendigkeit der oligarchischen Bürokratisierung nicht, die er genau wie Michels für ein Naturgesetz der Organisation hält. Der Reformismusbegriff, der den Reformismus für eine Angelegenheit der Apparate hält, basiert auf der Verdrängung theoretischer Anstrengung. Weder kann also aus der theoretischen Analyse der politischen Entwicklung von Abendroth Praxis abgeleitet werden, weil illusionäre Hoffnung dazwischen tritt, noch gestattet seine Orientierung an der Vergangenheit der Arbeiterklasse eine volle Entfaltung der theoretischen Produktivkräfte.

Daß die Theorie nicht, wie A. es vom Marxismus verlangt, „die Totalität in der gesellschaftlich-geschichtlichen Bewegung" (p. 351) in den Griff bekommen kann, zeigt schon ihr Name: politische Soziologie. In der Einführung zu seinem Aufsatzband bestimmt er als ihre Aufgabe: „Die politische Wissenschaft will die Bedingung der Entstehung politischer Macht, ihrer Institutionen, ihrer Wirksamkeit und ihres Zerfalls analysieren. Sie muß deshalb die Probleme der politischen Willensbildung überprüfen. Da die Menschen Wesen sind, die das Resultat ihres Handelns im Kopf vorwegnehmen, steht diese Willensbildung in engem Zusammenhang mit den politischen Theorien, in denen sie sich jeweils des politischen Willensbildungsprozesses bewußt werden und ihm Ziele zu setzen versuchen, gleichgültig ob und inwieweit sie die Realität treffen und gestalten können oder sie als bloße Ideologie verfehlen." (p. 9).

Von diesem Ansatz her analysiert er die innerparteiliche Willensbildung der Exekutive, den Einfluß der Gewerkschaften auf die parlamentarische Willensbildung und vor allem die Schranken einer sozialistischen Willensbildung d. h. eines sozialistischen Bewußtseins. In dem Maße jedoch, wie er die politische Praxis verschiedener politischer Willensträger diskutiert, vernachlässigt er die Analyse der objektiven Bewegungsgesetze des Kapitalismus, die seine praktisch funktionslos gewordene marxistische Orthodoxie immer noch fordert.

Weniger über die Funktion der Reklame, der Rüstung, über die Aufteilung der Produktivkräfte, ökonomische Krisen und ihre Steuerung, die Unterdrückung technischen Fortschritts durch die Monopole usf. räsonniert er als über das falsche Bewußtsein der Arbeitnehmerklasse und ihrer bürokratischen Organisationen, mit dem man weder die politische Krise erhalten, noch vor der Krise in eine soziale Demokratie transformieren könne.

Auf die Konstituierung des Bewußtseins von der Notwendigkeit sozialistischer Veränderung kommt es ihm an; er dringt in seiner Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft nur selten weiter vor als bis zu einer Kritik an der Klassengesellschaft, in der die Masse derer, die von der Verfügung über Produktionsmittel ausgeschlossen seien, nur durch deren Vergesellschaftung aus ihrer Entfremdung befreit werden könnten. Demokratie wird so als die Möglichkeit aller verstanden, sich in den politischen Willensbildungsprozeß einzuschalten (p. 272), als Negation der Klassengesellschaft durch eine klassenlose Gesellschaft. Seine Kritik an der Klassengesellschaft ist weitgehend Kritik der undemokratischen Praxis der herrschenden Klassen und der noch nicht demokratischen der beherrschenden Klassen, Kritik gesellschaftlicher Subjekte und ihrer Politk. **Politische Soziologie ist an die Stelle der politischen Ökonomie getreten.**

So wenig wie der Revisionismus als Resultat auch der Arbeitsverhältnisse selbst begriffen wird, so wenig stellt sich auch die Eroberung der politischen Macht, dem Ziel des Sozialismus, als politische Arbeit dar. Deutlich zeigen sich in dem Aufsatz „Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie — Programmentwurf 1959" revisionistischer Implikationen des Abendrothschen Denkens. Er unterstellt die eroberte Macht und die „Möglichkeit friedlicher Umwandlung (415) und übersieht, daß es reine Politik nicht gibt. In „ständigem zähen Ringen" (p. 415) soll der Bereich der demokratischen Selbstverwaltung auch auf die Wirtschaft ausgedehnt werden, „vergrößert" und „erweitert", die Diskussionsbereitschaft der Parteimitglieder soll gegen den Apparat „gestärkt" werden usf. Die Stetigkeit der Entwicklung verwandelt den Unterdrückungsapparat des Staates beharrlich in Luft. Der idealistischen und revisionistischen reinen Politik entspricht die Priorität des Klassenbewußtseins. Indem A. die Einheit von Theorie und Praxis selbst wieder als ein Gebot der Theorie begreift (p. 364), hat er die Sphäre der materiellen Auseinandersetzung verdrängt und die Einheit von Theorie und Praxis, die nur praktisch hergestellt werden kann, in den Olymp der marxistischen Orthodoxie in Sicherheit gebracht. An die Stellle des praktischen Kampfes und seiner Analyse ist das geistige Ringen um die Bewahrung von „marxistischen Denktraditionen" (p. 386) getreten. War dem pragmatischen klassischen Revisionismus der Weg alles, das Ziel aber nichts, dem auf den Kopf gestellten Revisionismus der marxistischen Orthodoxie ist das theoretisch festgehaltene Ziel alles und der Weg nichts. Der rückwärts gewandte Traditionalismus vergräbt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung und untersucht das Ausmaß, indem die marxistische Terminologie noch „aufrechterhalten" wird. Ohne die Bewahrung des traditionellen marxistischen Denkens seien die Organisationen der abhängig arbeitenden Schichten in eine bloße Objektrolle hineingedrängt, grad so, als sei der Marxismus der Sozialdemokratie jemals etwas anderes als die „Integrationsideologie" gewesen, als die Abendroth selbst ihn durchschaut. Auch sei „dieser Verzicht auf die eigene Tradition objektiv zur Schranke des Ausbaus der Positionen dieser Organisationswelt in der gegenwärtigen Gesellschaft während der Konjunkturperiode und zur unmittelbaren Bedrohung der Existenz dieser Organisationen und ihrer bürokratischen Führungsschichten im Augenblick einer krisenhaften Entwicklung geworden . . ." (p. 388-9)

Da A. kein relevantes gesellschaftliches Subjekt mehr findet, das an der Notwendigkeit sozialistischer Veränderung noch festhält, reduziert er seine marxistische Orthodoxie ohne Mühe aus politischen Rücksichten auf eine **liberale Orthodoxie,** macht er das Grundgesetz das diese Veränderung wenigstens rechtlich noch zulassen soll, zum kompensatorischen Subjekt dieser Veränderung.

„Dem Verlust des Zieles der demokratisch-sozialistischen Umstrukturierung der Gesellschaft droht nun der Verlust der durch die Verfassung garantierten Rechtspositionen zu zu folgen. Die Verteidigung des Grundgesetzes . . . ist deshalb die Voraussetzung dafür, seine Rechtsgrundsätze aus bloßer Theorie in Praxis zu verwandeln. („Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik" Ffm. 1965 p. 30).

Durch diese Schwerpunktverlagerung erscheint auch eine **konkurrierende gesellschaftliche Konzeption** auf dem Plan, die das Ziel des traditionellen Marxismus, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterbewegung still liquidiert: nämlich die des Gleichgewichts der Klassen, das allein noch den Faschismus verhindern könne. An die Stelle des traditionellen Klassenantagonismus tritt ein neuer zentraler gesellschaftlicher Widerspruch: der zwischen dem demokratischen Normensystem der Verfassung und den Herrrschaftstendenzen des Staatsapparates mit seinen vordemokratischen Traditionen. Damit das Gleichgewicht erhalten bleibt, auf dem „die gesellschaftliche Wirklichkeit des demokratischen Staates beruht" (p. 201) müssen die „demokratischen Gegengewichte" (p. 194) groß genug sein. Es muß eine große Oppositionspartei geben, die SPD. „Verliert sie die Fähigkeit, als politisches Gegengewicht gegenüber der CDU zu wirken so ist . . . der Weg zum autoritären, bei der geringsten Erschütterung zum totalitären Staat erneut beschritten." (p. 81)

Dieser Verhütung eines neuen autoritären Staates durch das politische Konzept der Erhaltung des Grundgesetzes ordnet sich auch die substanzerhaltende Museumspflegege der marxistischen Orthodoxie unter, die in der Pflege des Grundgesetzes neuen Halt finden. Da nun das Grundgesetz zur Partei der Sozialisten wird, stellt es auch die Aufgaben, die einst noch die SPD gestellt hatte: Umwandlung der politischen Demokratie in eine soziale (p. 47). Die politische Theorie geht jetzt in der Interpretation des grundgesetzlichen Willens auf, die mit juristischen Mitteln betrieben werden muß, ohne daß die politische Theorie noch lange „den Grad (seiner) . . . jeweiligen Geltungskraft" (p. 285 Anm. 42) feststellen würde. Die verstärkte Notwendigkeit, das Grundgesetz aufrechtzuerhalten, verhilft jedoch der juristischen Interpretation zu einem Übergewicht in der strengen Arbeitsteilung mit der politischen Soziologie. In Abendroths letzter Broschüre „Das Grundgesetz", Pfullingen 1966 wird das Grundgesetz zur materialisierten Hoffnung auf eine Wiederbelebung einer sozialistischen Alternative. „Die Chancen zur Wiederbelebung lebendiger demokratischer Kräfte und zur Umgestaltung der Gesellschaftsordnung durch friedliche und gesetzliche Maßnahmen des sein eigenes Geschick bestimmenden Volkes hält das Grundgesetz nach wie vor aufrecht." (p. 102-3) In den fixierten Normen der Verfassung hat der verdinglichte Traditionalismus der marxistischen Orthodoxie seinen bürgerlichen Meister gefunden. Zum „zentralen Ausgangspunkt" (p. 352) des Abendrothschen Denkens wird nicht der kapitalistische Produktionsprozess oder in der politisch-soziologischen Reduktion: die politische Tendenz, sondern das Grundgesetz. Auf diese Weise geraten zwei verschiedene gesellschaftliche Konzepte und zwei verschiedene Begriffswelten in eine Konkurrenz, die Abendroth nicht zu vermitteln in der Lage ist.

C. Rainer Roth

100 Jahre

Folgen einer Theorie, Essays über „Das Kapital" von Karl Marx, Frankfurt, Suhrkamp 1967 3,— DM

Die Arbeiten zu Marxens Kritik der politischen Ökonomie bewegen sich nicht immer auf „steilen Pfaden" (Marx). E. Th. Mohl deutet in seinen „Anmerkungen zur Marx-Rezeption" geradezu ein Schreckenskabinett an.

W. Hofmann, Ordinarius für Soziologie an der Universität Marburg, veröffentlicht einen beachtenswerten Aufsatz, sehr gut mit Zitaten belegt, über „Verelendung". Wie bei anderen Beiträgen des Bandes macht auch hier einen guten Teil der Argumentation eine Kritik der Kritik aus. Sehr wichtige Lektüre dabei sind die Passagen zur Gewerkschaftstheorie und die Sätze zur zentralen These der „Verelendung durch Verbrauch".

Ernest Mandels Arbeit „Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt" nimmt sich als eine der aktuellsten nicht nur, sondern gedanken- und problemreichsten neben den anderen gut aus. Mandel kann einen deutlichen, nicht nur pur ökonomischen erhellenden Hinweis geben, weniger (wenn auch nötige) „akademische" Ansätze für den Gedanken, der „zur Praxis treibende Gestalt annimmt" zu finden. Nicht oft genug kann heute auf den „Beitrag, den diese Länder (die dritte Welt) unfreiwillig bei der „ursprünglichen Akkumulation" des europäischen Industriekapitals geleistet haben . . ." aufmerksam gemacht werden. Und nur „eine Untersuchung der sozialökonomischen Bedingungen, die wohl ursprüngliche Akkumulation von Geldkapital, nicht aber ursprüngliche Akkumulation von Industriekapital begünstigen, vermag das Ausbleiben einer gründlichen Industrialisierung der Dritten Welt verständlich zu machen."

Die Passagen, die Kosik beitrug, sind schon aus seiner Buchveröffentlichung bekannt. Kosik steht phänomenologischen Philosophieren näher. Wie mit veränderter Praxis in der CSSR und Jugoslawien auch eine revidierende Restitution von Philosophie einhergehen kann, zeigen die Texte von Kosik, Markovic, spezifischer Banfi. Philosophisch, als Ergänzung zu den Bemerkungen Mohls über einige Aspekte der ökonomischen Interpretation, legt sich Banfi ins Rüstzeug gegen die angebliche marxistische Philosophie. Mit Recht. Aber der von ihm aufgestellte Nenner verschiedener marxistischer Philosophien und Ökonomien entbehrt nicht „philosophischer" Fixierung, da in der „Nützlichkeit" der sozusagen ontologische Aspekt der Ware ganz unmittelbar gesehen wird.

In der Schrift von Alfred Schmidt geht es um ein zentrales, präzis gefaßtes Problem der Geschichtsphilosophie. Der Verfasser kann zu einem der gründlichsten Kenner neuerer marxistischer Quellentexte gerechnet werden. Mit der Kritik am sozialwissenschaftlichen und realen Abtrennen von Geschichte und Geschichtsbewußtsein trifft der Autor auch die Geschichte des Marxismus. In der Wahrnehmung des Gedankens, daß „die gesellschaftliche Geschichte . . . stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung sei" auf Grund — sehr grob gesagt — der einfachen Weitergabe von Produktivkräften, wird ebenfalls dabei im Sinne einer Kritik der Kritik die „erkenntnistheoretische Relevanz einer konkret-historischen Betrachtungsweise" hervorgehoben.

Leider etwas kurz geriet der sehr wichtige Schluß über geschichtstheoretische Kategorien im „Kapital". Aus Lefèbvres Buch Sociologie de Marx wird ein Abschnitt abgedruckt, der von Ideologie handelt. Dieses geradezu verdinglichten Begriffes bedienten sich begeistert bis zum geisttötenden Jargon die Kritiker an Marx. Lefèbvre spricht berufen: „Die Ideologien kennen . . . ihr genaues Verhältnis zur Praxis nicht: einerseits vernachlässigen sie die Voraussetzungen ihrer Theorien, das, wovon sie Wirkungen sind, andererseits wissen sie nicht, wovon und wie sie der Grund und Ursache sein werden. Zugleich können sie sich nicht von der Praxis trennen . . ." Der kurze Text kann sicher zu Mißverständnissen führen, braucht eine gründlichere Diskussion.

„Die revolutionäre Praxis und der Marxismus als Erkenntnis zerstören die Ideologie". Ist das nur eine kritische poiesis, wie sie in der Metaphilosophie anklingt?

Die Marx-Forschung, so bleibt der Eindruck, steht erst an einem Neuanfang und der ist keine einfache Renaissance, sondern eher Teil dessen, was Wissenschaft sein könnte.

d. h. wittenberg

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

bü cher re port

Recht auf Demonstrationen

Sieghart Ott: Das Recht auf freie Demonstration. Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag 1967 (= Schriftenreihe Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik). 108 Seiten, kartoniert, DM 10,80.

Der Autor untersucht aufgrund der verfassungsrechtlichen Lage und der bestehenden Gesetze das Verhältnis zwischen dem Recht auf freie Demonstration einerseits und den Interessen der Staatsgewalt auf Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung andererseits. Obgleich die Studie damit eine Hypostasierung des liberalen Modells von der Gegensätzlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates zugrundelegt (die historisch, nicht empirisch relevant ist), zeigt sie einige Grundtendenzen der Verwaltungs- und Polizeipraxis auf, die sich in einer Reihe von Fällen nachweisen lassen, und sie konfrontiert sie mit den bestehenden Rechtsvorschriften, die am Grundgesetz gemessen werden. Dabei erweist sich die Eignung der Versammlungsgesetze, ähnlich die der Wahlgesetze, als Instrument zum Schutze bestehender gesellschaftlicher und politischer Konstellationen. Die Tendenz, „politische Demonstrationen einer möglichst weitgehenden staatlichen Kontrolle zu unterwerfen", zeigen sowohl die bisherigen deutschen Versammlungsgesetze als auch das heute geltende: „Obrigkeitsstaatliche Gesichtspunkte stehen im Vordergrund." Für Ott ergibt sich die Verfassungswidrigkeit der §§ 14–17 des Versammlungsgesetzes aus der unzulässigen Differenzierung zwischen den in § 17 Versammlungsgesetz genannten politischen und den übrigen Versammlungen (Gottesdienste, Prozessionen, Karnevalszüge) sowie aus der Tatsache, daß den unteren Verwaltungsbehörden rechtswidrig eine weitreichende Ermächtigung zur Ausfüllung des Inhalts und zur Festlegung der Begrenzung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit eingeräumt wurde. Da allerdings „eine befriedigende Lösung nur durch eine Änderung des Versammlungsgesetzes erreicht werden kann, ist vom gegenwärtig geltenden Wortlaut des Versammlungsgesetzes auszugehen" – wobei Ott trotz des autoritären Charakters des Versammlungsgesetzes zu einer weitaus weniger autoritären Auslegung gelangt als sie bei seiner tatsächlichen Handhabung angewendet wird. Ott kommt zu dem Schluß, das „verfassungswirkliche" Verhalten der Polizei bestätige, „daß die Demonstration nicht als ordentliche demokratische Verhaltensweise gewertet wird, daß sie als suspekt und überflüssig angesehen wird, lediglich Quelle störender Unruhe. Eine derartige Einstellung aber ist mit dem Geist des Grundgesetzes und mit einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Sie entspricht obrigkeitsstaatlichem Denken, wie es für die Kaiserzeit oder für die Diktatur des Dritten Reiches charakteristisch war", und geblieben ist für westdeutsche Verhältnisse. Nach wie vor muß das Recht auf freie Demonstration teuer bezahlt werden: mit dem Leben oder, kartoniert, DM 10,80. R. B.

Deutsches Recht: die Pflicht

Alois Schardt und Manfred Brauneiser (Herausgeber): „Zwischenbilanz der Bildungspolitik". Schule und Universität in der Bundesrepublik. Mit Dokumenten zur Landschulreform und den Universitätsneugründungen. München: Ehrenwirth Verlag 1967 (= Band 11 der Reihe „thema", herausgegeben von Gunthar Lehner). 320 Seiten, Paperback, DM 14,80.

Gedacht („als notwendige Ergänzung des Buches ‚Kulturpolitik in Europa'"), getan: „Eine Zwischenbilanz kann eine Situation immer nur bis zu einem bestimmten Augenblick festhalten." Dieser „bestimmte Augenblick" läßt nach Schardt/Brauneisen „auch alle künftigen Maßnahmen und Vorschläge, die gerade für die nächste Zeit zu erwarten sind, in ihrem Nutzen für eine fortschrittliche Kulturpolitik erkennbar" erscheinen. „Fortschrittlich" aber heißt: „Um es in der Sprache der Ökonomie auszudrücken: der Staat befriedigt nicht nur die Nachfrage nach Bildung, sondern er vermehrt das Angebot und belebt dadurch den ‚Markt'; d. h. er schafft Bildungsbedürfnisse in neuen Schichten und befriedigt sie." Das heißt mit kruder Offenheit: „Die Bildung ist zu einem nationalökonomischen Faktor geworden, der bereits höheres Gewicht besitzt als Bodenschätze, Arbeitskapazität und Landwirtschaft. So gesehen, ergibt sich die vom Staat zu berücksichtigende Bedarfslage für eine Bildungspolitik nicht aus der Bildung selbst, sondern aus den ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft. Bildungspolitik erweist sich also – falls sie keine anderen Argumente gelten läßt – weder als Philantropie, noch als Humanität einer Regierung, sondern als das Ergebnis ökonomischer Überlegungen. Der humanitäre Effekt ist erst eine Folgeerscheinung der ökonomischen Überlegungen." Deutlicher ist kaum jemals die kapitalistische Katze aus dem Sack der kulturpolitischen Phrasen entsprungen. Ohne Absicht bestätigt die Publikation die Notwendigkeit politischer Invektiven der Studentenschaft gegen die Formierungsabsichten im Rahmen der Studienreform. Schardt plädiert ohnedies für ein Verständnis von Bildung, „das Bildung vor allem als Dienstbereitschaft erkennt", er proklamiert „Bildung als Bürgerpflicht". Schon etabliert sich also das Bürgerrecht, um das wir trotz Dahrendorf betrogen bleiben, als heilige, deutsche Pflicht. Oh bildungspolitisch zwischenbilanziertes Täuschland! R. B.

Freiheit für Teufel

Nackte Diener der Kunst

Schilling-Seipp: Jugendgefährdende Schriften. Ergänzbares Gesamtverzeichnis und Arbeitshilfen. Berlin und Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag. DM 19,80.
Potrykus: Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Kommentar. München und Berlin: C. H. Beck Verlag. Loseblattausgabe, DM 27,50.

Das Gesamtverzeichnis der jugendgefährdenden Schriften, von ihren Verfassern Schundliste genannt, ist kein Bestseller. Das Sortiment enthält „Aka" = „Aktbild- und Striptease-Veröffentlichungen (Ausland)", „Aki" = „dto. (Inland)", „Mg" = „Magazine (herkömmlich)", „Pm" = „Sex-betonte Pin-up-Magazine" und vieles andere mehr, was nach den Gefühlen der Buchhalter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg den Unterleib erfreuen könnte. Insgesamt mehr als 2000 Titel, gesammelt seit Mai 1954 in berufsmäßig freudloser Arbeit.
Am Anfang ihrer Tätigkeit griff die Bundesprüfstelle auf den klassischen Bestand an nach ihrer Ansicht pornographischer Literatur zurück. Franz Blei's Blätter für Kunst und Literatur, *Opale*, 3 Bände, aus dem Jahre 1907 wurden am 20. 8. 1954 indiziert. Ein Klassiker echter pornographischer Literatur dagegen, die *Memoiren der Josephine Mutzenbacher*, von dem Wiener Bambi-Verfasser Felix Salten in den zwanziger Jahren anonym veröffentlicht und seitdem in unzähligen Nachdrucken verbreitet, ist den Godesbergern bis heute nicht in die Fänge geraten. Dafür wurde John Cleland's harmlose *Fanny Hill* 1965 gleich in drei Fassungen ans Messer geliefert.
Offensichtlich bemüht sich die Prüfstelle, die Bestimmung des § 1 Abs. 2 Ziffer 2 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (im Jargon der Jugendschützer: SchmSchuG) einzuhalten, nach der eine Publikation dann nicht in die Liste aufgenommen werden darf, wenn sie der Kunst „dient". Henry Miller „dient" und ist daher nicht indiziert. Keinen künstlerischen Eindruck hinterließen dagegen die Beschreibungen der Praktiken der Schüler in Ulrich Schamonis *Dein Sohn läßt grüßen*, die sich an Henry Miller aufgeilen.

„Dem Autor Schamoni", so heißt es in der Indizierungsbegründung vom 5. 10. 1962, „ist es nicht gelungen, den Gegenstand seiner Darstellung zu einem Kunstwerk zu verdichten." Das Verdichten gelang auch nicht William Borroughs in *The Naked Lunch*, jedenfalls nicht in der Originalausgabe der Olympia Press Paris. Die deutsche Übersetzung bei Limes ist dagegen jugendfrei. Entweder hat der Übersetzer ganze Arbeit geleistet und den „Gegenstand seiner Darstellung zu einem Kunstwerk verdichtet" oder Borroughs hat sich in den Augen der Prüfer zu einem Diener der Kunst entwickelt. Ein derartiges Prädikat wird unbekannten Erstlingen, über die sich noch keine herrschende Meinung gebildet hat, nur selten verliehen. Da verfährt man nach dem Grundsatz des Volkswartbundes: „Echte Kunst ist niemals unmoralisch; mithin kann ein unmoralisches Werk nicht Kunst sein."
Bei ihrem Ritt *Quer durch Europas Betten* (indiziert) rufen die reinen Männer aus Godesberg nicht nur: *Benehmen Sie sich anständig* (indiziert). Die Zensoren (Verstoß gegen Art. 5 des Grundgesetzes) geben sich obendrein noch als Wahrer der grundgesetzlichen Ordnung aus. Wolfgang Baranowsky, Verfasser von *Die Sünde ist unheilbar*, bekam zu hören: „Bei dieser Schrift handelt es sich um den skandalösesten Versuch, die Grundpfeiler unserer grundgesetzlich geschützten Sittenordnung zu untergraben, der je der Bundesprüfstelle vorgelegt worden ist" (Entscheid vom 5. 2. 1965). Und in der Indizierungsbegründung von Ulrich Schamonis Erstling ist zu lesen: „Es gibt unter den Erwachsenen, auch unter Prominenten, wie sie in der Schrift repräsentiert werden durch einen ehemaligen Stadtrat und Bauunternehmer, einen Intendanten, einen Großgrundbesitzer, einen Kulturdezernenten usw., Heuchler, Scheinheilige, Opportunisten, Korrupte, moralisch Desinteressierte und gelegentlich auch Kriminelle. Aber sind diese repräsentativ für ‚die' Welt der Erwachsenen, für ‚die' elterliche Welt? Bestünden die führenden und tragenden Persönlichkeiten unserer Erwachsenenwelt aus solchen Typen, dann würde unser Grundgesetz auf einem grandiosen Irrtum beruhen, denn es setzt Bürger voraus, die sich ihrer Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber bewußt sind und Charakter haben." Gegen eine derartige gefährliche Dummheit läßt sich nicht mehr argumentieren. *Ein dicker Hund* (indiziert). Die sind *Vom Affen gebissen* (indiziert). Gebt ihnen *Eins auf die Antenne* (indiziert).

Im allgemeinen gibt man sich weniger staatserhaltend. Man fällt über die Aufklärungsliteratur und die Ehebücher her. *Der Umgang mit dem anderen Geschlecht* ist gefährlich und daher indiziert. Man ist gegen die *Liebe als Kunst und Wissenschaft*, gegen die *Kunst erotischer Lustvollendung*, natürlich gegen *Liebe ohne Ehe*, aber auch gegen das *Wagnis Ehe*.

Was bleibt? Jene Literatur, deren pornographischer Inhalt sich im Titel erschöpft: *Vom Freudenhaus ins Ehebett, Sündige Nächte, Goldig und geil, Geil und pervers*. Bei ihnen ergeht's dem Leser wie dem Polizeibeamten, der als Ergebnis seiner Suche nach einem erregenden Akt (sc. des öffentlichen Ärgernisses) zu Protokoll gab: „Ich kam gerade dazu, wie das Paar sich auf der Bank umarmte. Ich kam leider zu früh und kann darum keinen Unzuchtsakt melden."
Nur vereinzelt aufgenommen ist die wirklich pornographische Literatur, sind die Privatdrucke, bei denen die Anzahl der Geschlechtsakte nur von der Zahl der Druckfehler übertroffen wird. Die Titel dieses Genres sind so lückenhaft aufgeführt, daß die Hersteller dieser Literatur verpflichtet werden sollten, je ein Exemplar ihrer Produkte an die Bundesprüfstelle zu schicken.
Insgesamt: Vor der Bundesprüfstelle muß gewarnt werden. Auf ihre Arbeit ist kein Verlaß. Die Liste enthält hauptsächlich Titel, die bestenfalls Klosterschwestern auf gute Gedanken bringen. Gute Pornographie, die Spaß macht, kennt sie kaum. Man halte sich an skandinavische und amerikanische Lieferanten.

Dieter Schoner

Onkel Aloys im Studio

Bertrand Girod de L'Ain, David C. Thomas, Toni Kienlechner, Bernhard von Mutius: „Kulturpolitik in Europa". Bildungswesen und Schulreform in Frankreich, England, Italien und den Niederlanden. Mit den Dokumenten über die einzelnen Reformen. Eingeleitet und herausgegeben von Alois Schardt und Manfred Brauneiser. München: Ehrenwirth Verlag 1966 (= Band 8 der Reihe „Thema", herausgegeben von Gunthar Lehner). 190 Seiten, Paperback, DM 9,80.

Ein kulturpolitischer Redakteur des Bayerischen Rundfunks ist „immer wieder gefragt worden, ob unsere miserable Placierung im europäischen Rennen um die beste Bildungspolitik denn wirklich richtig sei". Der Redakteur, namens Alois Schardt, hatte keine Antwort parat (wie hätte er auch, als Kulturreferent der CDU-Bundesgeschäftsstelle und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken). Aber Schardt hatte das Thema einer Sendereihe: „Kulturpolitik in Europa". Und er hat „dafür sachkundige Autoren gewinnen können": einen französischen Journalisten mit lockerer feuilletonistischer Feder, einen englischen Experten, der zuviel Wissen über das Schulsystem seines Landes voraussetzt, eine deutsche Allroundkorrespondentin aus Rom, einen Beamten der westdeutschen Kultusministerkonferenz – sachlich korrekt, aber strohtrocken. Außerdem wußte Schardt, daß „eine Information über die Kulturpolitik unserer europäischen Nachbarn" heute „mit einem breiten Interesse rechnen darf". Das wußte vermutlich auch sein Chef Gunthar Lehner, Leiter der Hauptabteilung Kultur und Erziehung beim Bayerischen Rundfunk und Herausgeber just der Reihe „thema" beim Ehrenwirth Verlag. So hat bajuwarische Vetternwirtschaft uns ein Buch beschert, das jeglichen Bezug zur westdeutschen Situation und jede Schlußfolgerung beinahe ängstlich vermeidet. Eine vollständige und kritische Beschreibung der bildungspolitischen Entwicklung in allen Staaten Europas (West und Ost) steht immer noch aus. Onkel Alois, der Bayerische Rundfunk und die „thema"-Reihe des Ehrenwirth-Verlages werden uns diese Darstellung nicht offerieren wollen, sie müßten denn konstatieren, daß „unsere miserable Placierung im europäischen Rennen um die beste Bildungspolitik ... wirklich richtig" ist. R. B.

Luise Pollinger
Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77
Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Die Buchhandlung für den Mediziner
JOHANNES ALT seit 1868
BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN
In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21
Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134
Telefon 61 29 93

Vom Risiko Pläne zu machen oder über das wissenschaftspolitische Dilemma

Hinweis auf Hajo Rieses Hochschulabsolventen-Analyse / Von Rudolph Bauer

Ein höchst ungewöhnlicher Vorgang, wenn der Auftraggeber eine wissenschaftliche Untersuchung derart ‚herunterspielt', um nicht zu sagen: abwertet", monierte der CDU-nahe *Akademische Dienst (akd)* die Herabwürdigung der Studie eines SPD-Parteibucheigners durch den Wissenschaftsrat (WR). Nebst Vorgeschichte offenbart die trotz erheblichen Widerstandes veröffentlichte Untersuchung Einzelheiten über Interna und die Widersprüche der westdeutschen Bildungs- und Wissenschaftspolitik (vgl. DISKUS 5/1967 S. 5: Uni formiert). Dem Big-Science-Kartell mißfielen Ergebnis und kritischer Impetus der Untersuchung:

Hajo Riese: Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland. Unter Mitarbeit von Thomas Kempf, Alexander Krafft und Helmut Schweikert. Mit einem Geleitwort des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. H. Leussink, und einer Einleitung von Prof. Dr. G. Bombach, Universität Basel. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH 1967. 155 Seiten, broschiert, DM 22,–.

Anregung und Auftrag, eine Modellstudie der mittel- und langfristigen Entwicklungstendenzen des Ausbildungswesens in der Bundesrepublik auszuarbeiten, resultierten aus Gesprächen in der Arbeitsgruppe Statistik des Wissenschaftsrates. Nachdem man sich auf der rechtlichen Grundlage des Bund-Länder-Verwaltungsabkommens von 1957 ursprünglich nur mit dem Problem befaßt hatte, wie groß künftig die Nachfrage der Studenten nach wissenschaftlichen Ausbildungsmöglichkeiten sein wird, „konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Frage nach dem Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Personen gestellt wurde, so erschreckend auch eine solche Frage in manchen Ohren klingen mag" (Leussink).

Der Wissenschaftsrat beauftragte den im österreichischen Linz lehrenden Ökonomie-Professor Hajo Riese, „die Bedarfsfrage für den Kreis der Personen mit abgeschlossener Hochschulausbildung in der Bundesrepublik zu untersuchen". Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierte das Unternehmen.

Rieses Lehrer ist der Schweizer Ökonom Gottfried Bombach, an dessen Baseler Institut für angewandte Wirtschaftsforschung die Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Rechenzentrum Darmstadt durchgeführt wurde. Das Modell, das Riese für die statistische Analyse entwickelt hat, geht in seinen Grundzügen auf eine Arbeit von Bombach zurück, die 1963 von der OECD veröffentlicht worden ist (*G. Bombach, The Assessment of the Long-Term-Requirements and Demand for Qualified Personnel in Relation to Economic Growth for the Purpose of Educational Policy. Directorate of Scientific Affairs, OECD. Paris 1963).*

Nachdem nun jedoch die ersten Ergebnisse der Untersuchung den Gremien des Wissenschaftsrates und der DFG vorlagen und dort diskutiert werden konnten, regte sich bei den Auftrag- und Geldgebern das Mißfallen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, obschon sie ihre Mäzenatenrolle nicht verleugnen konnte, mochte „sich allerdings nicht gleichzeitig mit den Ergebnissen identifiziert wissen". Und im Wissenschaftsrat ist verständlicherweise „die Frage aufgetaucht . . ., ob die Veröffentlichung der Ergebnisse zweckmäßig sei" (Leussink).

Riese schockte die Zweckmäßigkeits-Disputanten im Wissenschaftsrat schließlich mit Berufung auf das „selbstverständliche Recht" eines jeden Wissenschaftlers, seine Arbeitsergebnisse ungeachtet des Placets der WR-Honoratioren zu publizieren. Um sein von Heinrich Lübkes Gnaden selbstgestricktes Ansehen nicht durch einen Eklat zu blessieren, mußte der Wissenschaftsrat die Veröffentlichung nicht nur konzedieren, sondern auch seinen Präsidenten zu einem „Geleitwort" bewegen. So sollten die Meinungsverschiedenheiten über die unter Leussinks Vorgänger Raiser vereinbarte Studie fadenscheinig verschleiert werden.

Aus Leussinks Feder geriet die eingeklagte Konzession zum Lobpreis auf den Wissenschaftsrat und zur Versöhnungsgeste Riese gegenüber: „Es würde dem Wissenschaftsrat als wissenschaftspolitischem Gremium auch wahrhaft schlecht anstehen, wenn er versuchen wollte, nachträglich sich von einer wissenschaftlichen Arbeit, die er angeregt hat und die so wertvolle Erkenntnisse erbracht hat, zu distanzieren."

Folgt das Verdikt, Rieses Studie sei „so als Versuch und Anregung" zu verstehen: „Weder die Autoren noch der Wissenschaftsrat sehen in der vorliegenden Arbeit Ergebnisse, die sich in quantitativer Hinsicht für Planungen und politische Entscheidungen unmittelbar anwenden lassen". Konterte *akd*: „Abgesehen davon, daß es – worauf auch schon von anderer Seite aufmerksam gemacht worden ist – gar nicht stimmt, daß die Autoren keine bildungspolitischen Konsequenzen aus ihrer Arbeit erwarten (dem Text kann man genau diese Erwartung entnehmen) – der Wissenschaftsrat selbst hat allen Grund, die Riese-Studien zu überprüfen."

Die von Riese und seinen Mitarbeitern erstellte Untersuchung läßt sich in der Tat nicht vereinbaren mit den Voraussetzungen, von denen der Wissenschaftsrat zum Beispiel in seinen *Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen (Tübingen: I. C. B. Mohr-Verlag / Siebeck 1966)* ausgegangen ist. Deshalb die akademisch-spirituelle Distanzierung im Geleitwort des WR-Vorsitzenden, deshalb auch die Weigerung des Wissenschaftsrates, die von ihm in Auftrag gegebene Untersuchung in der Publikationsreihe seiner Veröffentlichungen bei I. C. B. Mohr / Siebeck erscheinen zu lassen; Rieses *Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen* wurde bei Franz Steiner in Wiesbaden verlegt.

Im „Geleitwort" beruft Leussink sich lediglich auf das mit jeder Art von wissenschaftlichem Arbeitsergebnis verbundene „Risiko", „in gewisse Konzepte nicht hineinzupassen", als ob es nicht vielmehr das „Risiko" gewisser Konzepte ist, sich wissenschaftlich als fragwürdig zu erweisen. Genau das aber ist dem Konzept des Wissenschaftsrates, sofern von einem solchen strenggenommen überhaupt die Rede sein kann, widerfahren: mit den Kategorien der traditionellen Ökonomie hat Riese die westdeutsche Bildungs- und Wissenschaftspolitik auf ihre immanenten Widersprüche verwiesen.

Davon ausgehend, daß die Autonomie von Angebot und Nachfrage unabhängig ist von der generellen ökonomischen Situation, schildert Riese die Konsequenzen: „Besteht ein ausgesprochener Mangel an Abiturienten, wird sich langfristig das wirtschaftspolitische Ziel einer Gütervermehrung nicht verwirklichen lassen." Wirtschaftliche Krisen sind die Folge. „Besteht dagegen ein Überschuß an Abiturienten, so können die ausgebildeten Akademiker nur zum Teil die erstrebten Berufe ergreifen." Soziale Konflikte sind die Folge.

Zur gewaltsamen Unterdrückung wirtschaftlicher Krisen und sozialer Konflikte schafft der Staat im Interesse der Herrschenden Machtinstrumentarien (Notstandsgesetze). Zum anderen wird das System nach ‚unten' in der Weise reglementiert, daß offene Krisensituationen möglichst vermieden werden. Um beispielsweise ein Zuviel oder Zuwenig an akademisch qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern, wollen die bildungspolitischen Gremien der Bundesrepublik das gesamte Schul- und Hochschulwesen zu einem gesellschaftlichen und ökonomischen Regulativ umfunktionieren.

Die bildungspolitischen Gremien der Bundesrepublik befürworten einerseits eine sukzessiv wachsende Zahl von Abiturienten und Hochschulabsolventen. Andererseits dringen sie, insbesondere der Wissenschaftsrat, auf repressive Regelmechanismen an der Hochschule im Sinn einer Institution zur Verteilung (lies: Regulierung) von Sozial (= Berufs-)chancen à la Schelsky. Dem System immanente gesamtgesellschaftliche Konflikte, die sich von den Herrschenden nur noch mit offener Gewalt unterdrücken ließen, werden auf den Bereich des Bildungswesens verlagert, wo ein heimlicher Repressionsmechanismus das Angebot von Hochschulabsolventen im Sinne der Bedarfsnachfrage regeln und dem offenen Konflikt vorbeugen soll.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die beabsichtigte totale Umfunktionierung des gesamten Bildungswesens allerdings verunmöglicht durch Widersprüche, die sich ökonomisch und gesellschaftlich bestimmen lassen. Ökonomisch bestimmt ist der Widerspruch zwischen der marktwirtschaftlichen Ideologie und dem Erfordernis zu wirtschaftlicher Planung unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus. Gesellschaftlich bestimmt ist der Widerspruch zwischen dem demokratischen Grundrecht der Gleichheit und den Kriterien der Klassengesellschaft.

Der Klassencharakter des Bildungswesens zeigt sich am deutlichsten darin, daß sich in der Bundesrepublik nur fünf Prozent der Studenten aus Arbeiterfamilien rekrutieren. Zum anderen wird 'Bildung als Bürgerrecht' propagiert, wonach unter dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit jedem, den Angehörigen aller Klassen, gleiche Bildungschancen zustehen sollen. Riese hat den Widerspruch in seiner Untersuchung aktualisiert: „Das Bürgerrecht auf Abitur (Dahrendorf) kann solange nicht verwirklicht werden, als es zu einer starken Konkurrenz um nur beschränkt verfügbare, durch die Ausbildung angestrebte Arbeitsplätze führt. Andererseits kann eine Bildungspolitik, die die Zahl derAbiturienten ausschließlich an ökonomischen Notwendigkeiten mißt, in ihrem Grundton nur konservativ sein."

Das Bildungsmonopol der Ober- und Mittelschichten ist Ausdruck der Klassengesellschaft. Soweit als Ergebnis der gegenwärtigen Bemühungen um die ‚Bildungsreserven' eine geringfügige Umstrukturierung des sozialen Gefüges an den Hochschulen überhaupt erreicht werden kann, wird damit die ausschließlich ideologische Funktion des Gleichheitsgrundsatzes zum integrierenden Moment der Gesamtgesellschaft. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Klassengesellschaft statt um die Gleichheit aller darum geht, „eine Methode zu entwickeln, Köpfe und Talente aus den unteren Klassen auszusondern, sie sich zunutze zu machen und in die Oberklasse zu integrieren" *(Baran/Sweezy: Monopolkapital. Frankfurt 1967).*

Riese: „Die Chancengleichheit der Ausbildung besteht zwar formal, faktisch aber ist sie nicht verwirklicht." Die Folge ist, daß die objektiven Klassengegensätze perpetuiert werden und zu sozialen Konflikten führen, die gerade zu vermeiden das Bildungswesen umfunktioniert werden soll. An den Hochschulen scheitern wiederum die repressiven Tendenzen der Studienreform daran, daß die Studentenschaft sich überwiegend aus Klassen rekrutiert, für die ein „rigider Funktionalismus" (Lothar Hack) nicht mehr als fragloses Verhaltensprinzip von allgemeiner Verbindlichkeit gilt.

Die Angehörigen der Mittelschichten, die an den Universitäten ein Hauptkontingent der Studenten bilden, insistieren – obschon und gerade weil für sie das Studium auch heute nicht ohne persönliche Entbehrungen möglich ist – auf das Bildungsrecht im Sinne einer freien Entwicklung der Persönlichkeit. Das Gleichheitsrecht auf Bildung, propagiert im Hinblick auf die Mobilisierung von ‚Reserven' aus der arbeitenden Bevölkerung, kommt für diese in der Klassengesellschaft nicht zur Geltung, bildet aber für die Studenten aus den Mittel- und Oberschichten das entscheidende Moment in ihrer primär radikaldemokratischen Argumentation gegen die autoritären Tendenzen zur Umfunktionierung der Universität.

Entscheidend ist, daß der Klassencharakter der Gesellschaft nach wie vor das Bildungswesen in der Weise bestimmt, daß das Angebot an Hochschulabsolventen nicht leichthin reguliert werden kann: weder ist eine uneingeschränkte Bildungsmobilität der unteren Klassen gewährleistet, noch sind die den Mittel- und Oberschichten entstammenden Studenten insgesamt willig, sich dem Reglement unterzuordnen.

Der andere Widerspruch, der die totale Umfunktionierung der Universität verunmöglicht, ist ökonomisch bestimmbar. Er beruht in der Ideologie der liberalen Marktwirtschaft einerseits und den wirtschaftlichen Bedingungen des organisierten Kapitalismus andererseits. Zugleich bildet er den Hintergrund zu den Auseinandersetzungen zwischen den Vorstellungen des Wissenschaftsrates, dessen Prognosen über die Entwicklung des Bildungswesens angebotsorientiert der marktwirtschaftlichen Ideologie folgen, und denen Rieses, dessen nachfrageorientierten Prognosen die Bedingungen im Kapitalismus zugrundeliegen (freilich nicht ohne sie kritisch zu reflektieren).

Rieses bedarfsorientierte Prognose der *Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen* bemißt sich an der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere an den zu erwartenden Änderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur als Folge der technischen Neuerungen, der Verschiebungen in der Nachfragestruktur und an Variationen verschiedener Dichteziffern im Zuge der allgemeinen Mehrung des ökonomischen Überschusses. Sie geht also aus von den mutmaßlichen Anforderungen, die zu einem künftigen Zeitpunkt in Anbetracht des dann erreichten ökonomischen Status und der prospektiven Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur an das Bildungssystem gestellt werden, und sie soll zeigen, welche Entwicklung das System nehmen muß, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Demgegenüber projizieren die angebotsorientierten Prognosen, auf die sich der Wissenschaftsrat stützt, die heute zu beobachtenden Trends in die Zukunft. Sie gehen aus von der Bevölkerungsentwicklung (Gesamtbevölkerung und Altersaufbau), knüpfen an die Entscheidungen des einzelnen zugunsten bestimmter Schulen und Laufbahnen an und leiten aus der Extrapolation der Übergangsquote von der Pflichtschule zu den weiterführenden Schulen, der Ausfallsquote auf den verschiedenen Stufen und gegebenenfalls unter Berücksichtigung bestimmter bildungspolitischer Ziele (Erreichung bestimmter Abiturientenquoten) das künftig zu erwartende Angebot an qualifizierten Arbeitskräften ab.

Kurz: die Angebotsprognose verabsolutiert ‚blind' einen bestehenden Trend und gelangt von daher zu Aussagen darüber, wieviele Hochschulabsolventen die Universiät ‚produzieren' wird (entsprechend werden dann Empfehlungen für den Ausbau der Hochschulen oder für die Studienreform ausgesprochen); die Bedarfsprognose stellt die Zahl derjenigen Hochschulabsolventen fest, die nach Abschluß ihres Studiums auch Berufschancen erwarten können. Aus der Gegenüberstellung des Angebots und des Bedarfs läßt sich die sogenannte Bildungsbilanz erstellen, aus der auf einen künftigen Überschuß oder Mangel an akademisch qualifizierten Berufsanwärtern zu schließen ist. Es ist darum einsichtig, daß „eine noch so genaue Angebotsprognose . . . niemals eine Bedarfsvorausschätzung ersetzen (kann), eben weil beide etwas ganz anderes wollen" (Bombach).

Das hindert jedoch die meisten Mitglieder des Wissenschaftsrates nicht, sich ausschließlich auf die angebotsorientierten Prognosen zu berufen und gegen die Bedarfsprognosen zu polemisieren, daß sich mit der Bereitstellung strukturell tief gegliederter Bedarfsvoraussschätzungen und Bildungsbilanzen eine Form der Bildungspolitik und -planung durchsetzen könnte, bei der die fraglos vorausgesetzte Freiheit der Wahl der Studienrichtung verlorenzugehen droht. Die Angebotsprognostiker folgen darin der marktwirtschaftlichen Ideologie, daß die Koordination von Angebot und Nachfrage reibungslos auch ohne irgendwelche Vorausplanung und im alleinigen Vertrauen auf die Überlegenheit des Marktmechanismus funktioniert, wobei individuelle Entscheidungen aus der Sphäre der persönlichen Freiheit heraus gewährleistet würden.

Der am Modell der liberalen Marktwirtschaft sich legitimierende Angebotsaspekt bestimmt die Empfehlungen und Vorschläge sowohl des Wissenschaftsrates wie auch der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Ihnen ist entgegenzuhalten, „daß globale Prognosen der Entwicklung der Studentenzahl keinen ausreichenden Anhalt für eine vernünftige Bildungspolitik bieten. Zum zweiten lassen sich die Ergebnisse meist schon dadurch ad absurdum führen, daß man die Trends in die ferne Zukunft verlängert. Sie enden . . . ‚im Himmel' " (Bombach).

Indem der Wissenschaftsrat auf angebotsorientierte Prognosen eingeschworen ist, entbehren seine Pläne zur totalen Umfunktionierung der Universität letzten Endes gerade jenes Datenmaterials, das zur frühzeitigen Regulierung einer ‚Überproduktion' von Akademikern notwendig ist. Riese ist in diesem Zusammenhang kritisch genug, als daß er die an den Bedingungen des organisierten Kapitalismus orientierte Bedarfsprognose anempfehlen wollte. Er warnt vielmehr, daß „eine allein auf ökonomische Notwendigkeiten bezogene Bildungspolitik zwangsläufig konservativ (wird) und . . . dazu tendieren (muß), neue, jetzt ökonomisch orientierte Bildungsmonopole zu schaffen".

Die Berufung des Wissenschaftsrates auf die marktwirtschaftliche Ideologie verschärft die Spannungen auf dem Bildungs- und Wissenschaftssektor, statt zur Klärung der bildungspolitischen Situation beizutragen. Bedarfsorientierte Planung kann überhaupt solange nicht realisiert werden und einen richtig proportionierten Ausbau der Hochschulen gewährleisten, als das Erfordernis ökonomischer Planung im Widerspruch steht zur liberalen Ideologie. Eine dezisionistische Entscheidung aber, die marktwirtschaftliche Ideologie aufzugeben und strikt nachfrageorientiert zu planen, würde eine derartige Umstrukturierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse zur Folge haben, daß zunächst alle Daten fragwürdig sind, die in die einer solchen Planung vorausgehende Prognose aufzunehmen wären.

Rieses Studie ist selbst (gerade auch in ihren statistischen Unzulänglichkeiten) eine Bestätigung des Widerspruches zwischen der marktwirtschaftlichen Ideologie und den Bedingungen des organisierten Kapitalismus. Nachweislich verunmöglichen dieser ökonomisch und der gesellschaftlich bestimmte Widerspruch die beabsichtigte totale Umfunktionierung der Universität zur von ‚oben' regulierbaren Verteilerstelle für Berufschancen.

Mit den Kategorien der traditionellen Ökonomie die westdeutsche Bildungs- und Wissenschaftspolitik auf ihre immanenten Widersprüche verwiesen zu haben, ist ein Verdienst der Riese-Untersuchung. Ein zweites ist nicht weniger relevant: die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtigen, vom Wissenschaftsrat betriebenen Reformbemühungen völlig die Problematik der Universität verfehlen.

Zunächst widerspricht Riese den Vorstellungen des Wissenschaftsrates, wonach die Studienreform ein straff gegliedertes Acht-Semester-Studium mit einem berufsspezifischen Abschluß bringen soll. Dieses Konzept entspreche zwar der im deutschen Bildungswesen ausgeprägten „Synonymität von akademischer Fachrichtung und Berufsausübung": „Ausbildungsweg und spätere Berufstätigkeit sind eng verbunden." Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen aber ist „das traditionelle Ausbildungsziel unserer Hochschulen . . . unvereinbar mit dem Grundrecht auf Bildung".

Die reine, nicht auf den späteren Beruf zielende Bildungstradition (die sich neben der ausgeprägten Ausbildungstradition rudimentär noch erhalten hat) werde an den westdeutschen Universitäten „heute eigentlich nur von denjenigen, die ihr Studium vorzeitig abbrechen, verkörpert". Ziel einer Reform müsse es sein, daß „neue Formen der Allgemeinbildung und der Ausbildung entwickelt werden". Rieses Vorstellungen für eine Reform des Studiums tendieren dahin, daß nicht-fachspezifische Studiengänge geboten werden, deren Abschluß nicht für einen bestimmten Beruf prädestiniert, sondern die Qualifikation für verschiedene Berufe ausspricht.

Rieses Kritik gilt deshalb vorab der „jetzigen Form", der „jetzigen Struktur" der Hochschulen und Universitäten. Er stellt in Abrede, „daß unsere Hochschulen in ihrer heutigen Form eine adäquate Ausbildung vermitteln". Seine Schlußfolgerung: „Man kann der bildungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik nicht den Vorwurf ersparen, daß sie, soweit es den Hochschulbereich betrifft, häufig qualitative und quantitative Gesichtspunkte nicht klar genug trennt. . . . (Qualitative) Hochschulreform und (quantitative) Expansion der Studentenzahlen sind jedoch zweierlei. . . .Eine Hochschulreform ist unabhängig von einer weiteren Expansion der Studentenzahlen notwendig." Nichts anderes aber als die quantitative Expansion der Studentenzahlen und ihre ‚Bewältigung' ist das einzige Motiv der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Wer dagegen eine Reform der Hochschulstruktur selbst und der Ausbildungsformen an den Universitäten fordert, macht sich mißliebig – ob Studenten oder Professor Hajo Riese.

news
NACHRICHTEN KOMMENTARE

Proteste

Studentengewerkschaft Bochum

Die Studentenzeitschrift „Wir — Studentenspiegel" an der Bochumer Ruhr-Universität ruft in ihrer neuen Ausgabe zur Gründung einer Studentengewerkschaft auf. Bisher fehle eine Vertretung der Studentenschaft, die schlagkräftig und der Universitätsbürokratie gewachsen sei. Es gebe auch keine Vertretung, die das Vertrauen einer breiten Mehrheit der Studentenschaft besitze. (Die Welt, 8. 10. 1967)

Feudal unterm Vatikan

Ähnliche Probleme wie ihre westdeutschen und Westberliner Kommilitonen haben die chilenischen Studenten. An den beiden katholischen Universitäten des Landes kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rektor und Studentenschaft über die Frage der Mitbeteiligung von Studenten an der Verwaltung der Universität. Sowohl an der Universität von Santiago, die dem Vatikan untersteht, als auch der Universität von Valparaiso, die dem dortigen Bischof untersteht (aber einen Laien als Rektor hat), forderten die Studenten eine 25prozentige Beteiligung an dem Rektorwahlausschuß. Dies sollte ein erster Schritt zur Demokratisierung der Universitäten werden. Eine Anzahl von Professoren hatte sich der Forderung der Studenten angeschlossen. Unterstützung erhielten die Studenten auch von einer kirchlichen Fraktion, den Jesuiten. Eine von Jesuiten herausgegebene Zeitschrift stellte fest, daß die Universitäten Chiles samt und sonders feudalen Charakter hätten. Dennoch weigerten sich die Professoren an beiden Universitäten, auf die Forderung der Studenten einzugehen. Sie fanden Rückendeckung beim Unterrichtsminister, der deutlich aussprach, was die Rektoren dachten: ein Mitbestimmungsrecht der Studenten an den Universitäten sei unannehmbar. Eine Entscheidung zugunsten der Studenten ist nicht gefallen, obwohl diese die beiden Universitäten mehrere Wochen lang besetzt hielten. Immerhin aber trat der Rektor von Santiago wenige Tage nach Beendigung des Streiks zurück. Sein Kollege wird sich 1968 ablösen lassen müssen. Außerdem wurden Kommissionen gebildet, in denen ein Universitätsreformprogramm ausgearbeitet werden soll. (Die Welt, 9. 7. 1967 / gr)

Reformen

Zwang zum Kurzstudium

In Baden-Württemberg ist die Studienreform schon in vollem Gange. Ende Juli legte Ralf Dahrendorf, Soziologieprofessor in Konstanz, einen „Hochschulgesamtplan" vor, den er im Auftrag Kultusminister Hahns mit Kollegen erarbeitet hatte. Darin wird unter anderem der Plan für ein Kurzstudium vorgelegt: „Der größere Teil aller Studierenden soll künftig nach einem Kurzstudium von drei Jahren zu einem ‚ersten Abschluß' (Bakkalaureat) geführt werden. Dieser Abschluß soll berufsqualifizierenden Charakter haben." Das Kurzstudium soll dazu beitragen, die im Forschungsbericht II der Bundesregierung geforderte Reduzierung der Studentenzahlen zu realisieren.
Das Problem, wie Studienanfänger davon zu überzeugen seien, daß ein Kurzstudium besser für sie ist als ein „Langstudium" (Studiendauer: 4–5 Jahre, Studienabschluß: Magister) weiß der Hochschulgesamtplan perfekt zu lösen. „Durch intensive Bildungsberatung an den Gymnasien, durch Vorkurse an den Hochschulen und durch Beratungen an den Hochschulen selbst soll ‚Lenkung durch Information' betrieben werden. Wenn sich diese Maßnahme als unzulänglich erweisen sollte, könne für die Lenkung auch der relative Numerus clausus verwendet werden, außerdem solle dann in allen Studiengängen das erste Studienjahr zu besonders intensiver Betreuung benutzt werden.
Die Interpretation dieser Maßnahme liefert sich von selbst: „Lenkung durch Information" bedeutet permanente Beeinflussung der Studienanwärter im letzten Schuljahr und im ersten Studienjahr in Richtung eines Kurzstudiums, wobei das Interesse des Studenten an einer ausgedehnten wissenschaftlichen Ausbildung möglichst zerstört werden soll. Gelingt dies nicht, ist der Student trotz Information noch nicht „gelenkt" und weiterhin daran interessiert, in erster Linie eine wissenschaftliche, nicht eine streng berufsorientierte Ausbildung zu bekommen — so bleibt als letztes „Lenkungsmittel" noch die manifeste Drohung des Numerus clausus.
Baden-Württemberg liefert den Beweis dafür, daß Studienreform gleichbedeutend ist mit Reglementierung, Disziplinierung, Verschulung, wenn die Hochschule dem marktwirtschaftlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage (der übrigens nie reibunglos funktioniert) unterstellt wird und die „Akademikerproduktion" auf die Haushaltslage abgestimmt wird. (akd 33 / gr)

Zuviel Studenten?

Als *eine* Maßnahme zur Rationalisierung der Hochschulstruktur wird in dem Bundesbericht Forschung II die Senkung der Studentenzahl um ein Fünftel gefordert. Dies könne, so heißt es, „durch eine Reduzierung der überlangen Studienzeiten auf ein normales Maß" erreicht werden. (Die Frage ist nur, was ist normal?) (akd 32 / gr)

Affären

Wie weit reicht die Diktatur?

Die griechischen Militärdiktatoren sind dabei, mit amtlicher deutscher Unterstützung in der Bundesrepublik ein Spitzelnetz zu organisieren. Schaltstationen dieses widerrechtlichen Treibens sind die sogenannten Arbeitskommissionen, die im Zuge der Anwerbeverträge griechischer Arbeitnehmer bei der deutschen Arbeitsverwaltung eingerichtet werden. Griechenlands Militärdiktatoren haben in der Bundesrepublik 25 Aufsichtsstellen, die etwa hundert Regierungsbeamte und -angestellte beschäftigen. Seit dem Umsturz in Griechenland wurden von den 100 Personen etwa 60 ausgewechselt. Ihre Aufgabe sollte es eigentlich sein, im sozialpolitischen und im Arbeitsmarktbereich tätig zu werden. Doch der griechische Sozialrat Flokos teilte in einem vertraulichen Schreiben an die Instruktionsbüros und alle Komittees der griechischen Kommissionen des Arbeitsministeriums in der BRD mit, daß sie ab sofort die politische Tätigkeit ihrer Landsleute zu überwachen und zu registrieren hätten. Beinahe überflüssig, hinzuzufügen, daß die griechischen Studenten in der Bundesrepublik ebenfalls überwacht werden. Für sie steht allerdings noch ein besonderer Spitzelapparat zur Verfügung. (Metall Nr. 18/gr)

Australien weist Studenten aus

Das australische Einwanderungsbüro führt eine Kampagne der Deportierung von asiatischen Studenten durch. Grund zur Deportation ist der Behörde eine nicht-bestandene Prüfung. Studenten, die „in ihrer akademischen Laufbahn nicht erfolgreich waren", werden in zunehmender Anzahl verhaftet, um dann deportiert zu werden. In der Vergangenheit ist das Büro „nur" gegen Studenten vorgegangen, die bei den Prüfungen durchfielen und ihre Studien nicht fortsetzten. Seit kurzem lehnt das Einwanderungsbüro es jedoch ab, die Visa von Studenten zu verlängern, die zwar die Examina nicht bestanden haben, von ihren Universitäten aber die Erlaubnis erhalten hatten, einen anderen Kurs zu belegen. Der Ausweisungsbefehl hat für den betroffenen Studenten weitreichende Auswirkungen: er wird praktisch rechtlos. Wenn er festgenommen wird, bleibt er in Haft, bis ein Flugzeug zur Verfügung steht, das ihn aus Australien abtransportiert. Dem deportierten Studenten wird es später kaum mehr möglich sein, ein Einreisevisum für irgend ein Land der Welt zu erhalten, da Auskünfte über ihn unbeschränkt weitergegeben werden. Ein durchgefallener Student ist deshalb auf dem Stand eines Kriminellen angelangt. Gegenwärtig gibt es etwa 12000 privat studierende Überseestudenten in Australien. Die Durchfallquote an Universitäten und technischen Colleges liegt bei über 50 %. Die Jahreskonferenz überseeischer Studenten (OSS) verurteilte die faschistischen Praktiken der australischen Behörde. (Honi soit, Sydney / Stud. Sp. / ag)

Chilenische Polizeiknüppel

Im vergangenen Monat konnte die chilenische Polizei erneut ihre „Ordnungsfunktion" wahrnehmen: in der südchilenischen Universitätsstadt Concepcion verprügelte sie Studenten, die trotz Verbotes vor dem United States Information Service demonstrierten. Die Zahl der verletzten Polizisten wird von der amerikanischen Presseagentur associated press mit 12 beziffert, die der Studenten mit „zahlreich"! (FAZ / SZ / gr)

Stipendien

Existenzminimum

Auch 1966 wird der Förderungsbetrag für Honnef-Stipendiaten nicht über das Existenzminimum hinausgehen. Aller Voraussicht nach. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine SPD-Anfrage hervor. Dort heißt es: „Da die Bundesregierung nicht einseitig entsprechende Grundlagen für Verbesserungen schaffen kann, ist sie auch erst nach Abstimmung mit den Ländern in der Lage, eine Konzeption vorzulegen, nach der Mittel für Verbesserungen im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung in die jeweiligen Haushalte eingestellt werden können." Auf den ersten Blick kann man den Eindruck haben, es sei nur eine Frage der Zeit, bis der Förderungsbetrag erhöht werde. Doch ist angesichts der Tatsache, daß schon für das Jahr 1967 der Förderungsmeßbetrag von DM 290 auf DM 350 erhöht werden sollte, was dann unter Verweis auf die „angespannte Haushaltslage" doch nicht geschah, mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß sich auch 1968 in Sachen Honnef nichts tun wird. Die Bundesregierung wird weiterhin auf die Querelen zwischen Bund und Ländern und auf die angespannte Haushaltslage hinweisen. Die SPD ist unbefriedigt. Von der Antwort der Regierung. Sie will deshalb eine neue Anfrage im Parlament einbringen. (akd. nr. 36/gr)

Urteile

Akademische Freiheit in Spanien

Die Madrider Universitätsprofessoren Dr. Aranguren und Dr. Tierno Galvan sind durch ein Urteil des Obersten Spanischen Gerichtshofes ohne Pension aus dem Staatsdienst ausgeschlossen worden. Die beiden Professoren hatten vor zwei Jahren an einer nicht genehmigten Studentenversammlung in der Universität Madrid teilgenommen. Zur Strafe für die Solidarisierung der Professoren mit den Studenten waren beide vom Universitätsdienst suspendiert worden. Studenten, Professoren und Rektor der Frankfurter Universität hatten gegen diese Maßnahme der spanischen Staatsbürokratie scharf protestiert und die Wiedereinsetzung der Professoren gefordert.
(stud. sp. / gr)

Kongresse

CIA-Makel

Auf seinem diesjährigen Kongreß in der University of Maryland versuchte die „United States National Student Association" (USNSA), der unlängst enge Beziehungen zum CIA hatten nachgewiesen werden können, mit Hilfe eines neuen Programms ihre Regenerationsphase einzuleiten. Unter anderem wurde eine Resolution angenommen, in der der Verband einen generellen Stopp der Einziehung von Studenten zum Militär fordert. In hochschulpolitischer Hinsicht betonte der Verband seine Absicht, enger mit den Universitätsverwaltungen zusammenzuarbeiten. Die USNSA erhofft sich davon eine Einflußnahme auf die Gestaltung von Lehrplänen, die Berufung von Professoren und Dozenten und die Änderung von Prüfungsordnungen. Um sich endgültig vom Makel der CIA-Zugehörigkeit zu befreien, wurde der Abbruch jeglicher Beziehungen zum ISC beschlossen. Gleichzeitig kündigte der Verband an, daß er nicht mit der International Union of Students (IUS) zusammenarbeiten werde. Wahrscheinlich befürchtet der Vorstand, daß er durch einen Ruck von der extremen Rechten zur Linken an Glaubwürdigkeit verliert. Entsprechend dieser Überlegung ist denn auch die verabschiedete Vietnam-Resolution nur so fortschrittlich wie die Stellungnahmen der französischen Regierung zum Vietnam-Krieg. (news features/gr)

Studentisches Gewerkschaftsmanifest

Die niederländische Studentengewerkschaft hat ihr demokratisches Manifest von 1963 überarbeitet und als Gewerkschaftsmanifest in einer Auflage von 40000 Exemplaren herausgebracht: In die neue Formulierung sind diesmal nicht nur das Hochschulwesen, sondern auch die Schulen einbezogen. Die Gewerkschaft ruft alle am Schulwesen beteiligten Organisationen zum Zusammenschluß auf, damit die staatliche Schulpolitik im Sinne des Manifestes in eine andere Richtung gelenkt werde. Die Investitionskürzungen im Hochschulwesen müßten sofort eingestellt und jährlich sollten mindestens 450 Millionen Gulden zusätzlich gewährt werden. (FAZ, 15. 10. 1967)

Basisstreit

MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK. Die International Union of Students (IUS, Prag-CSSR), Gegenpart zur westlich orientierten International Students Conference (ISC, Leiden-Holland), hatte ihren IX. Kongreß nach Ulan Bator in der Mongolischen Volksrepublik einberufen. Ihre Mitglieder, die nationalen Studentenverbände der sozialistischen Staaten Osteuropas, der Sowjetunion und aus der Dritten Welt, besonders Lateinamerika, tagten ohne die „chinesischen Dissidenten": die Vertreter der Volksrepublik China und Albaniens. Trotz deren Abwesenheit und ihrer äußeren Geschlossenheit zeigten sich in Debatten die IUS-Mitglieder gespalten bei der Frage, ob ihr Verband auf der schmalen Basis militant-revolutionärer Mitgliedsorganisationen aktiv sein oder sich zu einer breiteren „gemeinsamen Front" von vielen nationalen Studentengruppen verschiedener ideologischer Ausrichtung formieren soll mit der Absicht, sich als eine internationale Kraft mit der Möglichkeit zu massiven Aktionen etablieren zu können.
Während bei früheren IUS-Kongressen China den harten Kurs verfochten hatte, traten in Ulan Bator die kubanischen Delegierten und deren Verbündete in den Ländern Lateinamerikas als Anhänger des revolutionären Flügels auf. Die Diskussion spitzte sich zu, als kubanische und lateinamerikanische Sprecher den von der Christlich-Demokratischen Regierung in Chile kontrollierten Studentenverband UFUCH zum „Agenten des US-Imperialismus" deklarierten, während die prosowjetischen IUS-Vorsitzenden den chilenischen Verband als ein Beispiel der breiten Basis und der unterschiedlichen Herkunft der Union-Mitglieder hinstellten. Schließlich wurde zu dieser Frage eine Entschließung verabschiedet, deren Absicht es zufolge der in der CSSR erscheinenden Tageszeitung „Mladá fronta" war, die prokubanischen Delegierten als „sektiererisch" zu verurteilen. Kubas Nachrichtenagentur „Prensa Latina" konterte, der Standpunkt der lateinamerikanischen Delegierten sei „nicht gegen die Einheit gerichtet und nicht sektiererisch", die Resolution des IUS-Kongresses bedeute eine „Verletzung der IUS-Prinzipien".
Nach der drei Tage dauernden Grundsatzdiskussion wurden in fünf Kommissionen über 100 Resolutionen und Erklärungen erarbeitet und anschließend im Plenum verabschiedet. „Mladá fronta" berichtet, daß „konkrete Aktionen zur Demokratisierung der Hochschulen und zur solidarischen Unterstützung des vietnamesischen Volkes" beschlossen wurden. Der IUS-Kongreß wählte zum Schluß 23 Mitglieder des Sekretariats und 47 Mitglieder des Exekutivkommittees. Als Präsident wurde Zbynek Vokrouhlicky (CSSR) bestätigt, zum Generalsekretär Noori Abdul Razzak Hussein (Irak) ernannt.
B.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

FAHRSCHULE
FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 113, früher 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,–
Fahrstunde: DM 12,50

POHL
seit Jahren die Fahrschule der Studenten

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1
Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt

Flunkerei

Im September erschienen drei Mitarbeiter des DISKUS auf einer Magistratspressekonferenz. Sie interessierten sich, nachdem verzerrende Polizei- und Presseberichte erschienen waren, für eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters beziehungsweise der Polizei zu der Studentendemonstration anläßlich der versuchten Festnahme des Kommunarden Teufel.

Der Oberbürgermeister, nachdem er das plötzliche Interesse des Diskus für Kommunalpolitik zu ironisieren versucht hatte — sie kann die Studentenzeitung wirklich nur in geringem Umfang interessieren — baute die Magistratspressekonferenz mit falschen Behauptungen von Akkreditieren und notwendigen Anmeldungsformalitäten zu einer priesterlich-journalistischen Fachveranstaltung mit hoher Exklusivität aus. Die Pressevertreter nahmen befriedigt, offenbar zustimmend und ohne Widerrede, davon Kenntnis, daß Außenseitern und vor allem mal den Studenten wieder eine Tirade, wenn auch eine Lügentirade verpaßt werden konnte. Die Studenten hat diese Flunkerei nur amüsiert. Der DISKUS änderte nichts an seiner Bereitschaft, auf Brunderts Angebot einer öffentlichen Diskussion zu Fragen der Demonstration, der Studenten und der Demokratie einzugehen. **Red.**

kleine chronik

„Senckenberg" gekürzt

Das Hessische Kultusministerium in Wiesbaden hat nach der durch den Hessischen Landtag beschlossenen Streichung von 5% aller Haushaltsmittel verfügt, daß weitere 20% der für 1967 bewilligten Mittel für die Beschaffung der neuen wissenschaftlichen Literatur bei der Senckenbergischen Bibliothek, wie bei allen Instituten und Seminaren der Universität, gesperrt sind.

Die gleichzeitige Mittelbewilligung und Sperre in der Mitte des Haushaltsjahres bedeuten, daß in der zweiten Jahreshälfte keine neuen Bücher erworben werden können, da in einer medizinisch-naturwissenschaftlichen Bibliothek etwa Dreiviertel des Etats für die Fortsetzung der Zeitschriftenreihen und mehrbändigen Lieferwerke von vornherein festgelegt sind. Die bedeutendste Bibliothek für beschreibende Naturwissenschaften in der Bundesrepublik ist daher gezwungen zu prüfen, ob zahlreiche für die naturwissenschaftliche und medizinische Forschung in Deutschland wichtige Zeitschriften, die sie seit Jahrzehnten vollständig führt, abbestellt werden müssen.

Ring-Vorlesung

Die Indifferenz gängiger Diskussionen um die Hochschulreform gegenüber den Inhalten von Forschung und Lehre wird allemal nur dann durchbrochen, wenn, um den output qualifizierter Fachleute dem gesellschaftlichen Bedarf anzupassen, jene auch ihrer letzten kritischen Momente beraubt werden sollen. Wissenschaft, degeneriert zur reinen Lehre von der Herstellung ökonomisch-rationaler, technisch einwandfreier Zweck-Mittel-Relationen, soll sich der Reflektion auf ihre gesellschaftlichen Implikate umso mehr versagen, als sie damit ihre eigene Funktionalisierung im Sinne ihr äußerlicher und von ihr rational nicht mehr überprüfbarer Zwecke nachdrücklich selbst betreibt. — Zur Selbstkritik der akademischen Disziplinen veranstalten AStA und SHB Frankfurt im kommenden Wintersemester eine Ringvorlesung. Unter dem Thema „Wissenschaft und Gesellschaft" insistiert die Reihe auf den gesellschaftskritischen Potenzen von Wissenschaft, welche vor ihrer endgültigen Liquidierung nur eine demokratisch organisierte Hochschule wird bewahren können. Es sprechen unter anderen die Profesoren: Peter Szondi und Hans Mayer (Germanistik), Ossip K. Flechtheim und Wolfgang Abendroth (Politologie), Walter Bechert (Physik), Dietrich Goldschmidt (Ingenieurstudium) und Werner Hofmann (Nationalökonomie). Die Reihe wird am 23. 10. durch Prof. Max Horkheimer eröffnet. st.

Reisende

15 : 1 ist etwa die Auswahlrelation; bisher jährlich weit über 1 000 Bewerbern an allen Hochschulen der Bundesrepublik stehen 70 bis 80 Plätze gegenüber. Die wenigen Glücklichen, die eine schriftliche Vorklausur, ein gründliches Auswahlinterview und ein Vorbereitungsseminar überstanden haben, können dann ein Vierteljahr fern der Heimat verbringen: sei es in Indonesien, Kenya oder Chile.

Veranstalter des seit sieben Jahren durchgeführten ASA-Programms („Arbeits- u. Studienaufenthalte"), das aus studentischer Initiative in Frankfurt entstanden ist und die Nachfolge des ISSF angetreten hat, ist der *„Studentenkreis Kontinente und Kontakte,* Akademische Gesellschaft für internationale Begegnung und Auslandsstudien" in Wentorf bei Hamburg. Er hat sich das Ziel gesetzt, zur Heranbildung qualifizierter Fachleute für die Probleme der Länder der *Dritten Welt* beizutragen und gibt einer Anzahl Studenten Gelegenheit, sich — nach gründlicher Vorbereitung — in einem Entwicklungsland aus erster Hand zu informieren. Sechs Wochen ist für eine Rundreise und einen Universitätsbesuch im Gastland vorgesehen. Die Gruppe, meist um die sieben Teilnehmer umfassend, ist im einzelnen in der Gestaltung ihres Aufenthaltes recht frei und hat genug Gelegenheit, ihre Improvisationsfreude zu beweisen. Der Eigenbeitrag beträgt DM 850,— (besteht daneben aber auch aus gründlicher Mitarbeit und Engagement), ein Beweis der Attraktivität des Programms. Von 78 bisherigen ASA-Teilnehmern, die bis Ende 1966 ihr Studium abgeschlossen hatten, sind übrigens 71 in Auslandsaufgaben tätig.

Aus Frankfurt werden Anfang August voraussichtlich nur zwei Teilnehmer starten können. Das Programm soll nächstes Jahr erstmals einige osteuropäische Länder umfassen.

-VW-

Partnerschaft

Einen sogenannten Partnerschaftsvertrag hat die Frankfurter Universität mit der brasilianischen Universität Santa Maria in Rio Grande do Sul geschlossen. Beide Universitäten einigten sich mit diesem Vertrag auf eine Grundsatzerklärung, in der sie sich für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, der Lehre und des kulturellen Fortschritts verpflichten. Diese Grundsatzerklärung soll den Rahmen für die Zusammenarbeit abstecken. Es ist zu hoffen, daß man bald Inhaltliches über diese Partnerschaft erfährt, die bis jetzt anscheinend auf den Austausch von Höflichkeiten beschränkt ist. Inzwischen haben eine Gruppe brasilianischer Zahnmediziner und 19 Studentinnen und Studenten, die kurz vor dem Studienabschluß stehen, die Frankfurter Universität „besichtigt". gr

Die nächsten Wahlen zum Studentenparlament finden vom

13. bis 16. November 1967

statt.

Listenabgabeschluß: 30. 10. 1967 um 17 Uhr.

Der Wahlausschuß

personalien

Hans Jürgen Birkholz,
AStA-Vorsitzender seit Ende des SS 1967, Kreis- und Ortsvorstand der Jungsozialisten in Rüsselsheim, Mitglied der SPD, der IG Metall, der HU und der HSU, der sein Studium auf dem zweiten Bildungsweg aufbaut, nachdem er sieben Jahre als Gärtner in der DDR und BRD tätig war, sieht sein Amt — im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger — als politischen Auftrag und stützt sich dabei auf eine starke Hausmacht des links-bewußten Flügels im Parlament. Zu seinen Aufgaben und Zielen sagt er folgendes:

Dieser AStA faßt sein Amt als politisches Amt auf — nicht zuletzt deshalb, weil eine effektive Vertretung der studentischen Interessen ohne Einbeziehung der gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht möglich ist.

Es genügt nicht, mehr Geld für die Universitäten zu fordern, um möglichst vielen Studenten ein Studium zu ermöglichen, wenn wir gleichzeitig sehen, wohin dieses Geld heute fließt: in die Rüstung.

Wir können nicht die Freiheit von Forschung und Lehre täglich in Anspruch nehmen, ohne gegen deren ärgste Bedrohung zu protestieren: gegen die Notstandsgesetze.

Wenn wir sehen, daß Wissenschaft zur bloßen Ausbildung wird und ihre kritischen Potenzen unterdrückt werden, antworten wir darauf mit der Forderung nach mehr Mitsprache, nach einer Demokratisierung der Hochschulen. Eine Freiheit aber, die wir täglich in Anspruch nehmen, können wir anderen nicht verweigern: darum kämpfen wir an der Seite unserer ausländischen Kommilitonen gegen die Ausbeutung und Niederknüppelung der Völker der Dritten Welt. Weil wir gesehen haben, daß die herkömmlichen Methoden politischer Aktionen erfolglos bleiben, bedienen wir uns mehr und mehr gewerkschaftlicher Kampfmitel sowie der Methoden der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Den Informationsvorsprung, den wir aufgrund unserer wissenschaftlichen Tätigkeit und unserer relativen Freiheit gegenüber den in den Produktionsprozeß eingespannten Menschen haben, wollen wir für eine sichtbare gesellschaftliche Praxis ausnutzen mit dem Ziel, ihn durch kritische Aufklärung zu verkleinern. Nur so erreichen wir Ansätze zu einer Demokratisierung der Gesellschaft, welche erst rationale Diskussion und damit kritische Wissenschaft, deren Erkenntnisse auch für gesellschaftliche Praxis relevant wären, zu ermöglichen hätte.

BERUFUNGEN

Jürgen Habermas, Prof. Dr. phil.,
Philosophie und Soziologie, der kürzlich einen Ruf an die Universität Konstanz erhielt, hat eine Einladung der New School for Social Research in New York (USA) angenommen, im Wintersemester den von der Bundesregierung gestifteten „Theodor-Heuß-Lehrstuhl" zu übernehmen. Seit den Zeiten der Emigration deutscher Gelehrter sind an der New School europäische Traditionen stark vertreten. Deshalb ist diese Hochschule am Austausch mit deutschen Wissenschaftlern besonders interessiert.

Carl Mayer, Prof. Dr.,
übernimmt die Vertretung des Lehrstuhls für Philosophie und Soziologie II im Wintersemester. Er war bis zum vergangenen Jahr ordentlicher Professor für Soziologie an der New School for Social Research in New York. Seit seiner Emeritierung lebt er in der Schweiz.
Er wurde vor allem durch seine religionssoziologischen Arbeiten bekannt, u. a. durch verschiedene Aufsätze auch über historische Soziologie und durch seine Publikation „Sekte und Kirche" (Heidelberg 1933).

Dr. Kurt Shell,
der bisherige Associate Professor der Staatsuniversität New York, wurde zum ordentlichen Professor ernannt, auf den Lehrstuhl für Politische Bildung in der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M. berufen und zum Mitdirektor des dortigen Seminars für politische Bildung bestellt.

Dr. Hans Joachim Bochnik,
bisher Leitender Oberarzt der Universität Hamburg wurde zum ordentlichen Professor ernannt, auf den Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie in der Medizinischen Fakultät berufen und zum Direktor der Psychiatrischen und Neurologischen Universitätsklinik bestellt.

Dr. Karl Thoma,
bisher wissenschaftlicher Rat der Universität München, wurde zum a. o. Professor ernannt und auf den a. o. Lehrstuhl für Pharmazie in der Naturwissenschaftlichen Fakultät berufen.

EHRUNGEN

Rudolf Geißendörfer, Prof. Dr. med.
Chirurgie wurde vom Präsidenten der Bundesärztekammer die Ernst-von-Bergmann-Plakette für Verdienste um die ärztliche Fortbildung verliehen.

Alexander Mitscherlich, Prof. Dr. med.
(Psychologie, inbesondere Psychoanalyse und Sozialpsychologie) wurde von The Royal Medico-Psychological Association in London anläßlich ihres Jahrestreffens zu ihrem korrespondierenden Mitglied ernannt.

Hellmut Ritter, Prof. Dr. phil.
(Orientalist) erhielt von der Philosophischen Fakultät der Universität Istanbul anläßlich seines 75. Geburtstages den Dr. phil. h.c.

Carlo Schmidt, Prof. Dr. jur.
(Wissenschaft von der Politik), erhielt am 28. August 1967 als 28. Persönlichkeit den über 50 000,— DM dotierten Goethe-Preis der Stadt Frankfurt.

Powerful Germans . . .

Eine Leichtathletik-Mannschaft der Universität Frankfurt war zu Beginn der vorlesungsfreien Zeit am 18. Juli nach England gefahren, um in Southampton (20. 7.) und Weymouth (25. 7.) zwei Leichtathletik-Vergleichskämpfe durchzuführen. In den beiden vergangenen Jahren waren englische Studentenmannschaften Gäste und Wettkampfgegner der Frankfurter Studenten gewesen.
Unter der Leitung des Wiss. Ass. W. Joch nahmen 13 Studenten an der Fahrt teil:

H. W. Beckert,	5. Sem., phil	(TG Bad Homburg)
K. H. Engel,	9. Sem., phil	(TV Bieber)
Fr. Erdmann,	9. Sem., phil	(ohne Verein)
D. Hollmann,	5. Sem., WiSo	(SKG Frankfurt)
A. Kappatsch,	5. Sem., nat	(Eintracht Frankfurt)
D. Köhler,	11 Sem., phil	(ASC Darmstadt)
P. Löffler,	7. Sem., phil	(Eintracht Frankfurt)
P. Müller,	9. Sem., phil	(SV Breitenbach)
H. Riebel,	11. Sem., phil	(ASC Darmstadt)
H. Schmidt,	5. Sem., WiSo	(Eintracht Frankfurt)
D. Schneider,	9. Sem., phil	(VfL Bad Nauheim)
H. Wesp,	7. Sem., phil	(ASC Darmstadt)
G. Wientzeck,	3. Sem., phil	(Eintracht Wiesbaden)

Nach eintägigem Aufenthalt in London wurde das Frankfurter Team in der Hafenstadt Southampton von einer der stärksten englischen Vereinsmannschaften erwartet. Der Wettkampf — in 11 Disziplinen ausgetragen und nach der üblichen Punktwertung 5—3—2—1 gewertet — fand im Sports-Centre auf der zwar schön anzusehenden, aber doch ungewohnten Rasenbahn statt. Vor allem die Läufer hatten Schwierigkeiten (lediglich der Meilenlauf wurde von Wientzeck in 4:21,4 Minuten gewonnen). Selbst Kappatsch (100-m-Bestleistung 10,4 Sekunden) unterlag über 100 yd in 10,0 sec gegenüber 9,9 sec des Engländers.
Mit 68 : 54 Punkten gewannen die Engländer den Vergleichskampf eindrucksvoll.
Als ähnlich leistungsstark erwies sich der zweite Wettkampfgegner, eine County-Auswahl (Dorset), die sich zudem noch in einigen Disziplinen verstärkt hatte.
Auf gewohnter Aschenbahn und mit der notwendigen kämpferischen Einstellung gelang in Weymouth jedoch ein überzeugender 72 : 50-Punkte-Sieg der Frankfurter.
Herausragend waren die Leistungen von H. Schmidt, der im Hochsprung 6 ft 7 in (Bestleistung 2,00 m) erreichte, und A. Kappatsch (100 yd in 9,8 sec). Beide Leistungen fanden in der englischen Presse und bei den Zuschauern große Beachtung.
Ohne Niederlage in beiden Wettkämpfen blieben die Springer D. Schneider (Weitsprung) und H. Schmidt (Hochsprung). j

Studenten von heute Führungskräfte von morgen?

Für die erste Stelle nach dem Examen

Information — Beratung — Vermittlung

AA durch die **Arbeitsämter im Bundesgebiet** einschließlich Berlin (West)

die Landesstellen für Arbeitsvermittlung in

LAV
2 Hamburg 1, Kurt-Schumacher-Allee 16
3 Hannover, Alte Döhrener Straße 68
4 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 102
6 Frankfurt am Main, Feuerbachstraße 50
7 Stuttgart W, Dillmannstraße 7 B
85 Nürnberg, Rathenauplatz 2
8 München 34, Leopoldstraße 9

ZAV **die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in**
6 Frankfurt am Main 1, Zeil 57

Bewerbungsvordrucke sind bei allen Arbeitsämtern kostenlos erhältlich

Organisatorische Konsequenzen — Theoretische Analyse 22. o. DK des SDS

Eine der Voraussetzungen zum Verständnis der Situation an der Hochschule ist die Analyse des Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft. Wolfgang Lefèvre wies in seinem hochschulpolitischen Referat während der SDS-Konferenz darauf hin, daß die viel apostrophierte Autonomie und Freiheit der Universität sich erschöpft in der Lehrfreiheit der Lehrstuhlinhaber. Darüberhinaus dient die Berufung auf Hochschulautonomie zur Verschleierung der wahren Verhältnisse. Es ist ein Faktum, daß das Interesse des Staates und der Wirtschaftsverbände an einer Rationalisierung der Hochschule und insofern an Hochschulreform sich in der Disziplinierung der technischen Hochschulen längst schon niedergeschlagen hat, und daß die Rationalisierung der traditionellen Studiengänge an den Universitäten entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen nur noch eine Frage der Zeit ist.

Die Gründe für das wachsende Interesse der „Öffentlichkeit" an der sofortigen Durchführung der „Reform" liegen darin, daß sich die Versäumnisse der staatlichen Institutionen auf dem Gebiet der Infrastruktur und des Ausbildungswesens im ökonomischen Bereich seit einiger Zeit bemerkbar machen. Die Notwendigkeit, unter dem Druck internationaler Konkurrenz die technologische Weiterentwicklung forciert zu betreiben, sowie die Wachstumskrise der Wirtschaft und die Finanzmisere der Regierung werden gegenüber der Hochschule auf den Nenner gebracht, daß verstärkter Druck zur unmittelbaren Leistungssteigerung ausgeübt wird. Das vom Staat geschaffene Ausbildungssystem, das sich gemessen an den Erfordernissen der technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft als unzureichend erweist, wird jetzt vom Staat rationalisiert und „leistungsgerechter" organisiert. — Die Universität spielt innerhalb dieses Formierungsprozesses die Rolle des ausführenden Organs staatlicher Instruktionen, industrieller Interessen.

Die Lage der Studenten nimmt sich desolat aus. Wirkte sich akademische Freiheit im klassischen Sinne dergestalt aus, daß das Interesse der Studenten an den Inhalten der Wissenschaft auf das Erlernen ihm vorgesetzter Stoffquanten begrenzt wurde, ihm aber darüber hinaus die Illusion gelassen wurde, er könne sein Studium nach selbstgewählten Kriterien gestalten, so wird seit einiger Zeit mehr und mehr klar, daß der Staat die Kontrolle über die Hochschulen durch Disziplinierung ausübt. Diese Disziplinierung bezieht sich in großem Maße auf die Struktur der Studiengänge wie auf die politische Aktivität oppositionell eingestellter Studenten.

Der Widerstand der Studenten gegen die Formierungsmaßnahmen und ihre Forderung nach Demokratisierung der Hochschule kann reale Erfolge nur zeitigen, wenn es ihnen gelingt, sich aus der gelehrtenrepublikanischen Isolierung der bisherigen Politik zu befreien und Verbündete bei der Masse der Lohnabhängigen zu finden. Da dies ein Ziel ist, dessen Verwirklichung die Unaufgeklärtheit einer Mehrheit von Studenten über ihre eigene Lage im Wege steht, muß sich die studentische Politik primär darauf konzentrieren, die institutionellen Verhältnisse in Universität und Gesellschaft durchsichtig und transparent zu machen (anti-institutionelle Politik). Diese Politik wird nur dann zur Bildung eines politischen Bewußtseins beitragen können, wenn sie von vornherein sich an die gesamte studentische Öffentlichkeit wendet. Das schließt ein, daß die Arbeit der Studentenvertreter und des SDS als politischer Hochschulgruppe öffentlich sein muß. Das schließt aber auch ein, daß die „praktische Kritik der Institutionen in Universität und Gesellschaft ... sich nur als öffentliche Kritik durch demokratische Massenaktionen vollziehen kann" (Lefèvre). Die öffentliche Diskussion der eigenen Strategie und die öffentliche Kritik an universitären und gesellschaftlichen Institutionen ist zugleich die einzige Möglichkeit, den Versuchen von Seiten der Universität und des Staates zu begegnen, die Studentenschaft zu spalten, „indem sie politische Tätigkeit und Bewußtsein einer „radikalen Minderheit" zuschieben" (Lefèvre). Öffentlichkeit ist zugleich ein unerläßliches Element des Lernprozesses, dessen Resultat die politische Selbsttätigkeit der Studenten über den Rahmen der Hochschule hinaus ist.

Die analytische Reflexion der Hochschulerfahrungen im Referat Lefèvres wurde von den Delegierten als factum brutum hingenommen. Eine systematische Diskussion entwickelte sich nicht — obwohl die Ambivalenz von Kriterien wie ‚Modellhaftigkeit der Studentenbewegung für den Kampf der Arbeiterklasse' offensichtlich war.

Einen wichtigen Beitrag, der für die strukturelle Entwicklung des SDS von Bedeutung werden könnte, lieferten der Berliner Rudi Dutschke — spätestens seit dem zweiten Juni als „Studentenführer" apostrophiert — und der Frankfurter Hans-Jürgen Krahl (beide im Polizeijargon „Rädelsführer"). Ihr ‚Organisationsreferat' war einer der umstrittensten und meistdiskutierten Beiträge auf der Delegiertenkonferenz. Die entscheidenden Auseinandersetzungen über sozialistische Theorie und Strategie fanden an diesem Referat ihre Initialzündung.

Dutschke und Krahl leiteten die Neubestimmung der politischen Position, die nach der Abspaltung des SDS von der SPD notwendig geworden war, aus der historischen Analyse des politisch-ökonomischen Systems in Westdeutschland resp. Westeuropa her. Dabei bezogen sie sich auf die systemökonomische Analyse des ungarischen Wirtschaftstheoretikers Janossy und seiner Theorie von der objektiven Trendlinie eines Wirtschaftssystems. Die Trendlinie konstituiert sich aus dem Zusammenwirken von Arbeitskräftestruktur und des davon abhängigen technologischen Entwicklungsstandes der Produktionsmittel. Sie abstrahiert von den jeweilig real gegebenen Produktionsbedingungen und stellt somit ein objektiv mögliches Wirtschaftspotential dar. Der Begriff ‚Trendlinie' wird als objektives Kriterium verwandt, um historisch-analytische Aussagen zu machen über die Entwicklungsrichtung des ökonomischen Systems.

Natürlich kann die Problematik der Systemanalyse hier nur angedeutet werden. Eine systematische Wiedergabe des Referates müßte eine wissenschaftliche Herleitung dieses Begriffs leisten.

Erläutern läßt sich der Begriff am Beispiel des Krieges, durch den zwar die faktischen Produktionsverhältnisse zerstört werden können, nicht aber die eine objektive Möglichkeit darstellende Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bedingungen für die Möglichkeit eines ungebrochenen wirtschaftlichen Wachstums der Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg konnten aus mehreren Gründen relativ schnell geschaffen werden. Sie bestanden zum einen im quantitativen Ausgleich der qualitativ nicht beeinträchtigten Arbeitskräftestruktur. Auf dieser Grundlage konnte amerikanisches Kapital, das der Nachkriegswirtschaft zugeführt wurde, in gesteigertem Maße wachstumsfördernd wirken. Dieser Aufstieg konnte anhalten bis zur vollen Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräftestruktur und des durch sie realisierten Produktionsprozesses.

Das politische Erscheinungsbild der ökonomischen Entwicklung ist in den Jahren der ‚Aufbauperiode' gekennzeichnet durch den großen Bewegungs- und Verfügungsspielraum, den die Unternehmer gegenüber dem Staat keine ‚Nachtwächterrolle' mehr, doch lag es in der Rekonstruktionsperiode im Interesse der staatlichen Institutionen, der „Unternehmerinitiative" den größtmöglichen Spielraum zu lassen. Dies wiederum gab den Unternehmern die Möglichkeit, den Staat durch Druck von Seiten ökonomischer und politischer Interessenverbände zu Subventionen zu zwingen.

Zu Ende der Rekonstruktionsperiode, d. h. zu der Zeit, als die objektive Trendlinie dem faktischen Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse am nächsten kam, erfüllen staatliche Subventionen nicht mehr die Funktion der Beschleunigung des Entwicklungsprozesses, sondern erscheinen als tote Kosten, die zwar Verfallserscheinungen des ökonomischen Systems vorübergehend beheben können, jedoch andererseits die Gefahr der Stagnation vergrößern. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als festgestellt wurden mußte, daß die Zuwachsrate abnahm, wird das planmäßige Eingreifen des Staates in den ökonomischen Prozeß zur Notwendigkeit. Gleichzeitig aber muß der Staat feststellen, daß das Eigengewicht der Interessenverbände und mächtigen Einzelunternehmen nicht ohne weiteres abgebaut werden kann. So tauchen Begriffe wie ‚Rationalisierung', ‚Formierung' und ‚Konzertierte Aktion' auf. Sie sind zu interpretieren im Rahmen der Versuche des Staatssystems, den Produktionsprozeß als Einheit von Produktion und Zirkulation planmäßig zu beeinflussen.

Die jetzt zunehmende ökonomische Gewaltbefugnis des Staates wird von Dutschke und Krahl als ‚ökonomische Potenz der außerökonomischen Zwangsgewalt' bezeichnet.

Durch die Verflechtung des Wirtschaftsprozesses mit den Staatsinteressen wird dem Produktionsprozeß eine objektive Komponente beigegeben, die ihn als naturgesetzlich und ergo nicht beeinflußbar erscheinen läßt. Diese scheinhafte, durch staatliche Zwangsgewalt geschützte Objektivität vermittelt sich den unmittelbaren Produzenten (Arbeitern) als faktische Objektivität, die eigenen, nicht veränderbaren Naturgesetzen gehorcht. Damit zugleich verflüchtigt sich der ehemals bestehende Anspruch, bewußten Einfluß auf den Produktionsprozeß auszuüben: die außerökonomische Zwangsgewalt wird von den unmittelbaren Produzenten verinnerlicht.

Der Eingriff außerökonomischer Zwangsgewalt in das ökonomische System vollzieht sich freilich nicht mechanisch und nicht unmittelbar. Er wird vermittelt und zugleich manifestiert durch ein gigantisches Manipulationssystem. Dieses Manipulationssystem politischer, juristischer und moralischer Natur sichert die Reproduktion der Zirkulation und Produktion dadurch, daß es die Trennung beider Sphären aufhebt. Zugleich greift das Manipulationssystem die ‚Ware Arbeitskraft an: der technische Fortschritt schafft potentiell die Arbeit ab, faktisch aber die Arbeiter. Die Arbeitskraft als Ware wird zersetzt, wenn die Situation eintritt, daß die Herrschenden die Lohnabhängigen ernähren müssen, da prinzipiell die Möglichkeit, seine Arbeitskraft als Ware auf dem Markt zu verdingen, zerstört ist — weil der Arbeitsmarkt selbst nicht mehr existiert (Horkheimer).

foto: dpa

Die Funktion der im System selbst verankerten Gewalt, die mögliche Zersetzung der Ware Arbeitskraft, die Aufhebung von Produktions- und Zirkulationssphäre schaffen eine vollkommen neue Situation, von der aus eine Neubestimmung sozialistischer Strategie vorgenommen werden muß:

Aus der totalen Manipulation, die sich fortwährend reproduziert, folgt, daß die Individuen die soziale Wirklichkeit nur mit den manipulativ vermittelten Kategorien erfassen können, was zugleich wiederum Voraussetzung für die Reproduktion der Manipulation ist. Daraus läßt sich auch erklären, weshalb ein Großteil der Systemintegrierten sich vollkommen passiv verhält.

Aus dieser veränderten Ausgangsposition, die sich von traditioneller Analyse darin unterscheidet, daß sie von vornherein ein kritisches Bewußtsein der Lohnabhängigen in Frage stellt, ziehen Dutschke und Krahl praktisch-politische Konsequenzen:

Die politische Arbeit hat zwei Funktionen zu erfüllen. Die aufklärerische und die mobilisierende. Beide sind conditio sine qua non einer verbindlichen Arbeit und bedingen sich gegenseitig. Aufklärungsarbeit über die historischen Bedingungen der gegenwärtigen politischen Situation kann niemals abstrakt erfolgen, wenn an der Annahme festgehalten wird, daß die Masse der Lohnabhängigen nicht in der Lage ist, die soziale Wirklichkeit anders als mit akklamatorischen Kategorien zu erfassen.

Krahl und Dutschke bringen die praktisch-politisch zu leistende Arbeit auf den Nenner: „Antiinstitutionell", will heißen: Kampf gegen die Institutionen, die Träger der Manipulation. Dieser Kampf ist — zumindest potentiell — direkt systemgefährdend, weil mit der Manipulation zugleich die Eindimensionalisierung der Gesellschaft fortschritt (Marcuse) und der Kampf gegen Institutionen zugleich die Stützpfeiler des Systems angreift. Er ruft sofort die staatliche Zwangsgewalt auf den Plan.

Durch die Demonstration sinnlicher Gewalt vor den Augen der regungslosen und passiven Massen soll nun das Bedürfnis nach kritischer Aufklärung geweckt werden.

Bei diesem anti-institutionellen Kampf spielt die Universität eine wichtige Rolle. Sie ist — traditionalistisches Relikt — eine Sicherheitszone, in die die staatliche Zwangsgewalt (noch) nicht direkt eingreifen kann. Deshalb kann sie Vorbereitungsfeld für den anti-institutionellen Kampf sein, muß aber gleichzeitig mit darin einbezogen werden.

Die theoretische Neubestimmung der praktischen Arbeit hat Konsequenzen für die Struktur des SDS. Die neuen Arbeitsformen, wie Dutschke und Krahl sie vorschlagen, erfordern eine unbürokratische, bewegliche Struktur, nicht mehr zu vergleichen mit der traditionellen Struktur von sozialistischen Verbänden.

So ist etwa die Forderung nach politischer Organisierung der wissenschaftlichen Arbeiten von SDS-Mitgliedern, die dem Anspruch der ‚Kritischen Universität' folgt, nicht realisierbar in der bisherigen Struktur des Studentenverbandes. Deshalb schlagen Dutschke und Krahl die seit langem schon diskutierten Projektgruppen vor, die vermittelnde Instanzen zwischen theoretischer und praktisch-politischer Arbeit sein sollen. Die Verbindlichkeit der Projektgruppen soll sich darin manifestieren, daß sie selbst sich noch gliedern in Zweier- oder Dreier-Gruppen, die die Kontinuität der Arbeit und Kommunikation innerhalb der Projektgruppen garantieren sollen: „Die Notwendigkeit der Einheit von Theorie, Taktik und Organisation ließe sich so unserer Meinung nach vermitteln."

Eine der praktischen Konsequenzen, die aus der Strategiediskussion hervorgingen, ist die Enteignet-Springer-Kampagne. Die sogenannte ‚Springer-Resolution' der SDS-DK leitet ihr Aktionsprogramm aus der gesellschaftlich-ökonomischen Analyse der letzten zwanzig Jahre ab. Diese deckt sich weitgehend mit der des Organisationsreferates. Exemplarisch wird hier analysiert, was im Referat allgemein als Manipulationssystem bezeichnet wurde. Am Beispiel der ‚Öffentlichkeit' und ihrer fortwährenden Entmündigung sowie am Begriff der ‚öffentlichen Meinung' und dessen faktischer Bedeutung, läßt sich erweisen, welche Einflußnahme Pressemonopole auf das politische Bewußtsein der Mehrheit haben.

Die Funktion der Öffentlichkeit „besteht heute längst nicht mehr in der Widerspiegelung des grundlegenden gesellschaftlichen Konflikts (nämlich der Trennung von Arbeit und Kapital), sondern in der funktionalen Beherrschung der Massen, in ihrer Ausrichtung auf die Disziplin kapitalistischer Produktion."

„Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Die ökonomische Konzentration, Oligopolbildung und Monopolisierungstendenzen in der Presse machen das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit zum Exklusivrecht weniger privater Großverleger."

„Das Interesse (der ‚Öffentlichkeit') an den öffentlichen Angelegenheiten wird zum Vehikel der Entmündigung verkehrt."

Die Funktion der Kritik an der Monopolisierung der Meinungsbildungsinstitutionen soll sein, strukturelle Veränderungsmöglichkeiten aufzuweisen. Dies sind:

— „Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Diktat des Profitinteresses durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
— Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
— Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturelle relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren."

Der Aktionsrahmen der Kampagne verdeutlicht sich in dem Sechs-Punkte-Programm der Resolution, von dem hier nur einige angeführt werden sollen:

— „Diese Kampagne wird das Grundrecht auf Freiheit und der Information und Meinungsäußerung demonstrativ über das private Interesse des Springer-Konzerns stellen. Sie wird den realdemokratischen Widerstand gegen das Manipulationswesen organisieren.
— Im Rahmen dieser Kampagne wird der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion demonstrativen Verhinderung der Auslieferung zur Durchbrechung der Manipulation und demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen.
— Zur Vorbereitung wird der Bundesvorstand (des SDS) eine zentrale Aktionskonferenz gemeinsam mit anderen oppositionellen Organisationen einberufen."

Andere praktisch-politische Konsequenzen aus der theoretischen Diskussion waren die Notstandsresolution und der offene Brief des SDS an den Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem zur Notstandsopposition der Gewerkschaften kritisch Stellung genommen wird.

Die resolutive Unterstützung der Black-Power-Bewegung in den USA und der dritten Welt sind als Anzeichen dafür zu nehmen, daß der SDS eine konsequente sozialistische Politik betreiben wird.

Die Neuwahlen der beiden Bundesvorsitzenden am letzten Tag der Delegiertenkonferenz brachten folgendes Ergebnis:

1. Bundesvorsitzender: Karl-Dietrich Wolff (Freiburg)
2. Bundesvorsitzender: Frank Wolff (Frankfurt), Bruder von K.-D. Wolff.

Außerdem wurde, erstmalig in der Geschichte des SDS ein „Politkomittee" gegründet und gewählt, dessen Funktion allgemein in der Diskussion und Festlegung der politischen Linie besteht.

Die Amerikahaus - Demonstranten und die „Teufel-Demonstration" waren für den SDS wichtige Ereignisse außerhalb der DK, doch hatten sie von vornherein nicht die Funktion der Erfolgskontrolle.

Vielleicht muß noch hinzugefügt werden, daß diese Konferenz, im Unterschied zu manchen vorhergehenden, von den Diskussionen politisch bewußter junger Mitglieder bestimmt wurde.

Friederike Luxemburg

Reichen journalistische Objektivität und liberales Engagement aus?

In der Presse nichts über die Presse, von diesem Grundsatz lebt die deutsche Presse, die darüber berichtet, daß es kaum noch Opposition gebe, selbst aber in eine immer zahmere und verständnislosere Öffentlichkeit sich hineinwirtschaftet.

Am Beispiel der in Frankfurt versammelten Delegiertenkonferenz des SDS konnten die meisten Zeitungen ihr Selbstverständnis und ihre Objektivitätskriterien präsentieren. Vorbildlich demonstrierte die „Zeit" eigenes Machtgefühl, nachdem der Berichterstatter seine angekratzte Würde wiederhergeschrieben hatte, sie druckte die bequeme Unterstellung von der „Arroganz der Gewalt", von „Zuhören gilt nicht, Aktion ist alles", weil sie den Protest gegen die 5000. Diskussion, die vorsichtige und höchstens scharf- in einem Satz- im Feuilleton schreibende Leute zu dem unverfrorenen Thema „Vietnam — reicht das amerikanische Engagement aus?" im Amerikahaus mitmachen. Reporter wie Herr Gresmann von der „Zeit" haben genau gemerkt, daß der Hausfriedensbruch im CIA-Institut ein lächerlicher Witz war gegen ihr und anderer Leute liberales und tolerantes Mitplappern und Mitmachen. Welch verlogenes Unternehmen, daß liberal Marcuses „Repressive Toleranz" rezensiert und die Probleme, die es selbst mitschafft (Personenkult, Forderung rationaler Kritik, die es selbst nicht leistet) höchstens als studentische Sache im Feuilleton!) als Publizitätssucht und pure Polizeiprovokation wegdiffamiert. Dem Happening kann es zur Ehre gereichen, solch unverhoffte inhaltliche Bestimmung zu bekommen, denn die „Protesthorden" gegen einen stumpfsinnigen Liberalismus haben außer ihren anarchistischen, gewaltlosen Mitteln andere interessante Tätigkeit. Vorstellungen, Argumente, Ziele, die auf der Delegiertenkonferenz u. a. zur Sprache kamen, kaum in der Presse . . . Hier nur einige Stichproben, aus Frankfurter Zeitungen vor allem (FR: Frankfurter Rundschau, FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung). Sie sollen die Berichttechniken der Personalisierung, des Argumentersatzes (durch Verdrehung zu purer Provokation ohne Grund, Diskussionsfeindschaft, zu Ideologie usw.), der Exotisierung (durch Berichten von Nebensachen) und der schlichten Verdrehung von Ereignissen andeuten. Die Zitate stammen aus FR, FAZ und der „Welt" vom 5. bis 9. September, der „Zeit" und „Christ und Welt" vom 15. 9. 1967.

Die stockkonservativen Blätter neigen zum Führeridol, zum negativen Ideal, verständlich, am meisten „Christ und Welt", „Die Welt" z. B. pflegen es ausdauernd. „Dutschke ist . . ." „Dutschke gegen . . ." („Die Welt"), „Dutschke erobert . . ." (Christ und Welt), die Konferenz spielt sich nur als Heldenfigur ab. Aber auch die „Zeit" redet nicht weniger ärmlich von „Dutschkismus". Und wenn die bloße Erscheinung mormabweichender Kommunarden oder SDS-Mitglieder nicht ablenkt, sieht die Personalisierung mal so aus; schlicht verleumderisch: „. . . genauso fassungslos wie sie steht der Berliner Chefideologe . . ." nämlich vorm Spätkapitalismus, diesem Sieben-Siegel-Buch, von dem einige Studenten da respektlos reden. Christ und Welt-Liberalismus drückt sich jovial dennoch aus: „. . . unbestritten ein Mann mit Führerqualitäten . . .".

Die Druckerschwärze fast aller Zeitungen übersteigt, daß der „Chefideologe" nicht allein ein Referat hielt, sondern er mit einem anderen zusammen, der noch keine Idolisierung erfuhr. Symptomatisch wieder die „Zeit"-Rede vom „ideologischen Wunderprediger"; verletzte Würde eines Journalisten, der nachweislich nur die Hälfte theoretisch und faktisch mitbekommen hat, aber mit Springer-Brustton: nun reicht es aber sehr genau weiß, daß „eine nüchterne, scharfe, schonungslose Diskussion" von der er faselt, sein altbekanntes Blabla ist mit dem eigenen nüchternen Zynismus von den vertretbaren Bomben, den er diesmal lieber verschweigt, um sich dafür den dümmlichen Vergleich mit „Braunhemden" nicht entgehen zu lassen. Alles ist dem dem von bloßer Respektlosigkeit erschreckten ein „Radikaler" „der die erste Geige spielen will". „Glutäugig" (Zeit), „stechender Blick" (FR) — das gehört zum Arsenal der ehrlicheren Trivialliteratur.

Wenn die Sache, die Argumente nicht mehr verstanden werden, schäumt die Sensation. FR am Abend, mit der die FR am Tage sich selbst immer widerlegt, brachte ihre Konferenzsensation — mehr war nicht drin. Dafür Zeile für Zeile falsche Zitate, Verdrehen der Ereignisse. Vor allem *pauschales* Ableugnen von Diskussionsbereitschaft, Abstellen auf Führeraktion des Chefideologen, Polizeiprovokation — ruhige Suche nach Motiven, Bericht wie die „Ideologen" ihre Aktion noch vor dem Amerikahaus präzis rechtfertigten — nichts. Draußen vor der Tür wurde sehr wohl diskutiert. Aber die FR hatte ihren Horrorbericht, die FAZ ihren Polizeitantenbericht. FAZ-Ergebnis: Polizeipersonalisierung, Rädelsführer heraussuchen (das unterliefen die Demonstranten durch Selbstanzeige — schwerer Hausfriedensbruch — die Polizei nestelte derweil noch an Konstruktion eines klassischen Anarchistenkomplott). Auch der FAZ wie der Zeit wurde die Aktion zur Diskussionsverweigerung schlechthin, zum Führervortrag. Die Diskussion im Amerikahaus und die Berichte rechtfertigten die Aktion fast selbsttätig. Die FR kann stolz schreiben, es sei gesagt worden, das militärische Engagement in Vietnam gehe zu weit . . . die Störung der Untertanengebetsmühle wird zur Sensation.

Es stimmt einfach nicht, daß — wie nach allen Berichten ähnlich — der Leiter des Kränzchens „sich zur Diskussion mit ihnen (den Demonstranten) bereit erklärt hatte" (FR). Aber man war von den fixierten Ideologen „enttäuscht". Auseinandersetzung „zwischen Polizei und den jungen Leuten" sah die FAZ; daran stimmte daß einige sich hingesetzt hatten und die Polizei die Wartenden auseinandersetzte. Die FR schwelgte mit falschem Zitat: „Es ist uns nicht gelungen, die Polizei ins Unrecht zu setzen". Die „Zeit" schäumte gleichfalls „. . . die Polizei . . . endlich . . . zu reizen sein . . .". Was niemand sehen wollte, war die Angst, ohne Polizei nun wirklich diskutieren zu müssen, ein Vorschlag, den trotz Ruhe Journalisten und Amerikahaus nicht aufnahmen. Vor der Tür standen aber zahlreiche grüne Minnas und zwei hübsche Wasserwerfer.

Die Demonstranten, eine radikale Minderheit — gewiß, die These nutzt trotz wahrer Dummheit nicht ab — lasen dann dafür FR und „Zeit". Flach von der FR gab einen Kommentar zum Besten, von Springerpresse-Qualität (vergleiche etwa Berliner Morgenpost über Aktionen, 27. 8. 1967). Der Redakteur redete von „Schlagzeilen in Verbindung mit Protest, Busen, Filmstars, er erkannte Show-Methoden von Politikern, bei denen die „Kraft ihrer Argumente kein ausreichendes Echo findet", nun gut, Kraft hat tatsächlich kein Echo, aber trotzdem, den Demonstranten, die wissen, daß ihre kräftigen oder schwachen Argumente seit Jahren ein Echo finden, das deformiert ist durch die Macht der Presse, die wie viele — auch Liberale — wissen, daß Opposition ein schlechtes Geschäft ist und Originalitätswert hat, wird das genau noch einmal um die Ohren gehauen; es ist leicht, sich über eigene, wie auch immer begründete Duckerei — die FR ist noch manchmal eine relativ erstaunliche Ausnahme — SPD-Opportunismus und Schweigen wegzusetzen und den Demonstranten dann Artikulationsschwächen vorzuwerfen. Flach redet Unsinn, wenn er den Demonstranten vorwirft, die „Staatsautorität in Gestalt der Polizei planmäßig zu provozieren", weil das eine Halbwahrheit ist. Die Diskussionkbereitschaft wird dann einfacher zu „Philosophie eines SA-Strums". Die Diskussion à la Flach mit der Erfindung von „Aktion um ihrer selbst willen", „Elitetheorie" — woher hat der Mann das? — „Terror provozieren" — wo hat er physische Gewalt und Tod gesehen? — wollen offensichtlich die Demonstranten nicht. Die FR hat nicht geholfen, so wenig wie die liberale „Zeit", durchschaubar auch für Zeitungsleser zu machen, daß gerade die Amerikahäuser und zahllose Vietnamdiskussionen nüchternes, scharfes, schonungsloses Herumreden liefern: dabei werden nüchtern, scharf, schonungslos gerade immer die verurteilt, die auch Folgerungen fürs Opponieren, fürs Aufklären der Zeitungen und viel wichtiger: in der Politik radikal verlangen. Hauptsache SPD-parlamentarischer Pressedienst, Springers Berliner Morgenpost, die kritische FR schimpfen auf dem Kampf gegen das „demokratische Staatswesen" — aber: wie wahr hat die Morgenpost (27. 8. 1967) nicht nur für Berlin erkannt, daß das ein „Treiben von Gruppen ist, die sich als außerparlamentarische Opposition bezeichnen und die den Kampf gegen das demokratische Staatswesen mit Waffen führen, die sie DEM DEMOKRATISCHEN ARSENAL ENTLEIHEN". Es gibt diesen Kampf gegen das demokratische Staatswesen nicht, es gibt nur eine systematische Jagd, die Kritiker am Funktionieren dieser Demokratie in die Illegalität zu treiben, in die sie administrativ — auf dem Verordnungswege schon getrieben worden sind.

Neben „Aktionen" erregen „abstrakte" Diskussionen Unwillen. Völlig schockiert erzählen die Berichte immer wieder von „einer ziemlich abstrakten Analyse" (so FR typisch). Es sollte „der SDS . . . eine politische Organisation von ständigen Guerillakämpfern sein" (FR). Dieses Wort eines Journalisten faßt niemand mehr abstrakt auf; die FAZ erläutert noch: „Propaganda der Aktion", aber dafür wird rasch eine unwichtige FDJ-Botschaft zitiert, länger als alles andere. Launig nudelt die FAZ dann daneben — entsprechend zur politischen Nudelei der FR — ihre langen Berichte mit exotischen Bildern, verwandt den Aktionsbildern der FR am Abend, — ob jemand „raus" schrie oder das Licht funktionierte. Der Ersatz für Argumente wird bei der FAZ ein Index unverständlichen Redens und wie der SDS — so auch „Zeit"-Tenor: „Organisation stabilisieren" — „aus dem internen Dilemma" kommen wolle, d. h. er benehme sich gegenüber der Mehrheit komisch, lasse ein „Chaos von Bier- und Cocaflaschen, Scherben und Pfützen von Getränken, die am Vortag im Eifer der Diskussionen verschüttet worden waren. Drin schwammen leere Zigarettenschachteln, vorwiegend die blauen und dunkelroten der „schwarzen" Sorte. Der Fußboden war ein einziger Aschenbecher. Von einem Stuhl hing, o Schmach, allen provokativ am Revers getragenen Forderungen „Enteignet Springer" zum Trotz, ein Exemplar der Bild-Zeitung. Das Podium im Hintergrund umgab ein Antependium mit der Aufschrift „SDS", und über allem hing, blau-rot, die Fahne des Vietcong". O Schreck, auch die „Tagesordnung war geändert worden". Dann stammelt die FAZ einige Satzfetzen vor sich hin — ihre bevorzugte Art, Bericht zu ersetzen, und glaubt dann einen Witz über einen „Mann im blauen Monteuranzug" und Entfremdung gemacht zu haben. So verdreht man die eigene Entfernung vom sachlichen Bericht in Nähe zum Argument. Die FAZ lebt ansonsten wie die FR davon, statt Bericht auch Fotos stammeln zu lassen. Der bemühte Bericht (FAZ) über Fraktionen im SDS stammelt weiter: von Aktionen, Bewußtsein irgendwo irgendwie — der Berichterstatter lügt das ebenso wie den Quatsch vom „ideologische Positionen" erarbeiten. Aber: Ideologie, das zieht immer, das heißt doch irgendwo irgendwie falsch, so der Sprachgebrauch bei FR, Zeit, Welt, usw. „Dabei berauschen sich die Disputanten im wesentlichen an abstrakten Denkmodellen". Peng FAZ. Im wesentlichen, an abstrakten; es muß ein Wort wie „Bourgeois" oder „Integraler Etatismus" den Berichter ungeheuer erschreckt haben. Das Vorurteil, die wollen ein „sozialistisches Wunderland schaffen", „ich finde aber", es wird „immer wieder spürbar" — fühlen muß mans — der persönliche Ehrgeiz und das Streben nach Macht, einer beschränkten Macht . . . über zweitausend Mitglieder". Die Verdächtigung erst einmal hinschreiben, erst mal von Ideologen reden.

Nicht nur die Rolle einer diskutierenden, auf Praxis gerichteten Minderheit zu begreifen und halbwegs wiederzugeben, gelingt den Berichten, sie nehmen mit Vorurteil und Liberalität noch jegliche Phantasie zu allerdings unkonventioneller Opposition in einem Land mit konventionellen Politikern und Zeitungen. Die Schwierigkeiten politischer Kritik in diesem Staatswesen, das Demokratie für grundsätzlich gesichert hält, solange nur darüber diskutiert werden darf, was gegen sie spricht, sind auch nicht einmal als Problem gestellt worden. Die Presse mit ihrem Minderheiten- und Radikalenrausch ist eine Menge sich verfielfältigender grüner Heinrichs mit dem Motto: „Aber die Mehrheit, rief er vor sich her, ist die einzige wirkliche und notwendige Macht im Lande, so greifbar und fühlbar wie die körperliche Natur selbst, an die wir gefesselt sind. Sie ist der einzige Halt, immer jung und immer gleich mächtig; daher gilt es, unvermerkt sie vernünftig und klar zu machen, wo sie es nicht ist. Dies ist das höchste und schönste Ziel. Weil sie notwendig und unausweichlich ist, so kehren sich die übermütigen und verkehrten Köpfe aller Extreme gegen sie in unvermögender Wut, indessen sie sich sets abschließt und selbst den Unterlegenen sicher und ha[illegible] ruhigt macht, während ihr ewig jugendlicher Reiz ihn zu neuem Ringen mit ihr lockt und so sein geistiges Leben erhält und nährt . . . er (der einzelne) ist ein Teil von ihr, welchen sie sich gegenüberstellt, um mit ihm, ihrem KIND UND EIGENTUM, EIN ERBAULICHES SELBSTGESPRÄCH ZU FÜHREN. Jede wahre Volksrede ist nur ein Monolog, den das Volk selber hält. Glücklich aber, wer in seinem Lande ein Spiegel seines Volkes sein kann, der nichts widerspiegelt als dies Volk, indessen diese selbst nur ein kleiner heller Spiegel der weiten lebendigen Welt ist". Von dieser Biedermeier-Phantasie nährt sich die Zeitungswelt während ihres Kampfes um Marktanteile, dem Kampf als Selbstgespräche der Menge mit sich selbst. Vielleicht, so Kiesinger, hat man nur noch das Alphabet gemeinsam." (nach liberal 9, 1967)

Fritz Teufel, die Kommune I und die Frankfurter Obrigkeit

Zur 22. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) vom 4. bis 9. September in Frankfurt reiste auch die Kommune I aus Berlin an. Die Spannungen zwischen dem Verband und den vom ihm ausgeschlossenen Kommunarden zeigte sich recht augenfällig schon darin, daß die Kommune sich nicht im Tagungsraum (im ersten Stock der Mensa), sondern vor der Tür im weitläufigen Flur- und Garderobenraum niederließ, wo sie fremde (u. a. von H. Regius und Wilhelm Reich) und eigene Werke zum Kauf anbot und sich und andern die Zeit mit Beat verkürzte. Wenn am Ende der DK Fritz Teufel im Konferenzpräsidium saß, so verdankte er diesen Platz ausschließlich der Berliner Justiz, die, einer angemessenen Reaktion nicht fähig oder willig, neuerlich Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte, weil er, in Frankfurt weilend, seiner Meldepflicht in Berlin nicht nachgekommen war. Die Frankfurter Polizei, deren Aufgabe es war, den Haftbefehl zu vollstrecken, rückte am Freitag gegen Abend vor der Mensa an. Die Delegierten und die große Mehrzahl der Gäste kamen rasch darin überein, daß, wenn Teufel mit der Verhaftung neues Unrecht zugefügt werde, so solle die Verhaftung wenigstens nicht am Rande, mehr oder weniger unbemerkt von der Konferenz, sondern mitten aus ihr heraus und unter ihrem Protest gegen eine Berliner Justiz, die im Falle Teufel rechtsstaatliche Normen mehrfach verletzt hatte, erfolgen: Fritz Teufel bekam seinen Platz im Präsidium.

Im Verlauf der nächsten Stunden wechselte das Polizeiaufgebot mehrfach die Stärke (auch Mannschaftswagen wurden zeitweilig beobachtet), die beiden offenen Seiten der Mensa zur Senckenberganlage und zur Bockenheimer Landstraße hin wurden besetzt und (leicht erkennbare) Kripobeamte drangen bis in die Mensa vor. Ein direkter Versuch, Teufel festzunehmen, unterblieb jedoch. Wahrscheinlich scheute man einfach die Öffentlichkeit (mindestens 300 Personen und die Kameras des Fernsehens) und war sicher wenig glücklich darüber, eine weitere fragwürdige Entscheidung der Berliner Justiz vollziehen zu müssen. Oberbürgermeister Brundert motivierte später die Zurückhaltung damit, daß man die Konferenz nicht habe stören wollen. Spät abends beschloß die DK dann, Fritz Teufel in einer Protestdemonstration selbst zum Polizeipräsidium zu geleiten. Der noch amtierende Bundesvorsitzende Reimut Reiche teilte diesen Beschluß der Polizei mit, die keine Einwände erhob. Weil jedoch eine Demonstration um Mitternacht nicht sinnvoll schien, kam die Konferenz überein, sie auf Samstagvormittag zu verschieben und die Nacht mit Fritz Teufel in der Mensa zu verbringen. Um 8 Uhr morgens mußte die Mensa geräumt werden, man zog ins Studentenhaus um und formierte sich um 10 Uhr in der Jügelstraße. Die Demonstration, Fritz Teufel in ihrer Mitte („Mit Blumen geschmückt und einer Kommunardin im Arm", wie die Tagespresse genüßlich zu berichten wußte), nahm den Weg über den Opernplatz und den Platz der Republik in die Ludwigstraße vor das Polizeipräsidium, wo die hohen und höchsten Herren der Frankfurter Polizei in der Einfahrt und im Pförtnerhäuschen sie schon erwarteten. Der Demonstrationszug wurde von der Polizei weder eingeengt noch behindert, obwohl er sich auf der Mainzer Landstraße auf gut Zweidrittel der Fahrbahnbreite geweitet hatte. Nur einige wenige Beamte auf Motorrädern lenkten den Verkehr sehr geschickt an ihm vorbei. Die Demonstranten ließen sich auf Bürgersteig und Straße vor dem Präsidium nieder und harrten dessen, was sie sich gar nicht anders vorstellen konnten: daß ein Beamter hervortrete, den Haftbefehl zeige und Fritz Teufel bitte, ihm zu folgen. Doch nichts dergleichen geschah. Die zunehmende Ratlosigkeit unter den Demonstranten zeigte sich in recht hilflosen Diskussionen darüber, was nun zu tun sei, und schließlich debattierten die in der Öffentlichkeit so gern als Anarchisten bezeichneten SDS-Studenten die juristische Frage, ob sich Teufel, nachdem er sich geraume Zeit der Polizei zur Verfügung gehalten hatte, nun nicht entfernen dürfe. Der Beweis der Ernsthaftigkeit wurde sogleich dadurch erbracht, daß, nachdem man zu keinem Ergebnis kam, beschlossen wurde, einen Volljuristen herbeizuholen, um sich beraten zu lassen. Nach einiger Zeit traf der Akademische Rat Dr. Jürgen Seifert ein, besprach sich kurz mit den Demonstranten und Teufel und begab sich ins Präsidium. Daß der Polizei kaum an einer Lösung gelegen war, zeigte sich schon daran, daß sie ihm bornierte, formalistische Schwierigkeiten machte, ihn unter anderem aufforderte, sich erst einmal als Volljurist auszuweisen. Die Polizeiführung wollte nicht begreifen, daß Seifert einfach zwischen zwei sich hilflos gegenüberstehenden Parteien vermitteln wollte. Seifert verhandelte im Pförtnerhäuschen mit dem Polizeipräsidenten Dr. Littmann selber und schlug vor, Teufel von einem Beamten und einer Vertrauensperson zum Flugzeug nach Berlin bringen zu lassen. Littmann ließ sich darauf nicht ein und schlug vor, Teufel solle sich mit Seifert zu einem Haftrichter ins Präsidium begeben. Davon jedoch versprach sich Teufel nichts, weil eine Aufhebung des Haftbefehls gänzlich unwahrscheinlich schien und der gängigen Praxis widersprochen hätte. Er, Teufel, habe sich der Polizei zur Verfügung gehalten, die Entscheidung aber, ob sie ihn verhaften wolle oder nicht, habe sie selbst zu treffen. Daß er nach der Haft, die er auf sich zu nehmen bereit sei, auch noch dränge, sei ein perfides Verlangen.

Mit dem Eintreffen Seiferts hatte sich die Ratlosigkeit und Spannung unter den Demonstranten sichtlich vermindert; man war erleichtert, mit der anderen Seite nun wenigstens im Gespräch zu sein. Während Seifert noch von seiner Unterredung berichtete, zerplatzte plötzlich mit großer Wucht auf dem Bürgersteig, direkt neben dem Haupteingang des Präsidiums, zwischen den Demonstranten ein mit circa 3 Liter Dieselbenzin gefüllter Plastikbeutel. Bislang ist nicht eindeutig geklärt, von wem und woher der Beutel geworfen wurde. Zunächst sprachen alle Anzeichen dafür, daß der Beutel aus dem Präsidium selbst geflogen sei; auch die Polizei schloß das nicht aus und bestärkte selber den Verdacht dadurch, daß ein Beamter in Zivil sich den Beutel griff und damit ins Präsidium stürzte. Der Verdacht, ein Beweismittel solle beseitigt werden, lag auf der Hand. Nachdem die Vermittlung Seiferts fehlgeschlagen war und die Polizei Fritz Teufel nach nunmehr fast 2 Stunden (!) immer noch nicht festnehmen wollte, fühlten die Studenten sich nun durch die „Benzinbombe" bedroht. Noch etwa eine Viertelstunde wurde der Vorfall erregt diskutiert, dann zogen sie in kleinen Gruppen in Richtung Universität davon. Unter ihnen auch Fritz Teufel.

(Fortsetzung nächste Seite)

Fritz Teufel, die Kommune I und die Frankfurter Obrigkeit

(Fortsetzung von Seite 11)

Nun provozierte die Polizei die Tumulte, die sie verhindert haben will, als sie Teufel vor dem Präsidium nicht aus der Masse der Demonstranten herausgeholt habe. Jetzt plötzlich lösten die Polizei-Oberen Alarm aus und schickten PKWs und Mannschaftswagen hinter den Demonstranten her, die sich daraufhin wieder enger zusammenschlossen, soweit dies noch möglich war. Was sich auf der Friedrich-Ebert-Anlage vor der Bundesbahndirektion dann abspielte, läßt sich kaum anders denn als Überfall der Polizei auf eine auf dem Bürgersteig gehende Menschengruppe bezeichnen, in der sie offensichtlich Fritz Teufel vermutete. Ohne jede Ankündigung, ohne Lautsprecheranforderung an Teufel, sich zu stellen, formierte sich die Polizei (laut FAZ 40 Mann) und stürmte auf die Gruppe los. Wenig später hatte das Polizeiaufgebot etwa 60 bis 70 Mann erreicht. „Es gab verschiedentlich Verstauchungen, blaue Flecken, Schürfwunden und zerrissene Kleider" (FAZ). Mit roher Gewalt griff sich die Polizei 2 Studenten, darunter einen bärtigen, den sie möglicherweise für Fritz Teufel hielt, und stieß sie in einen ihrer Wagen. Daraufhin setzte sich eine Reihe von Studenten auf die Fahrbahn und blockierten die Fahrzeuge der Polizei und eine weitere Fahrbahn; es kam zu beträchtlichen Verkehrsstauungen. Die Polizisten bemühten sich nun, die Sitzenden von der Fahrbahn wegzuschleppen. Unterdessen machte sich der von der Gruppe abgedrängte und nicht weiter behelligte Fritz Teufel mit einigen andern zu Fuß(!) in Richtung Universität auf den Weg, nach Aussagen von Zeugen in ständiger Begleitung von mindestens einem Kriminalbeamten.

Nachdem Littmann, der sich selber am Ort des Geschehens aufhielt, die Aktion der Uniformierten abgeblasen hatte, sprach er zu einem Journalisten von einer „Blamage für die Polizei"; in erster Linie der Polizeiführung und auch der politischen Führung (OB Brundert stand mit dem Präsidium in Verbindung), wäre zu ergänzen. Die uniformierten Vollzugsbeamten, die, das sei vermerkt, ohne Knüppel eingesetzt worden waren, verhielten sich, von einigen und einem Schläger in Zivil abgesehen, relativ korrekt. Bemerkenswert, daß einige sehr aggressive junge Polizisten (z. B.: „Halt's Maul, sonst schlag ich Dir die Brille aus der Fresse") nicht von nur wenigen Metern entfernt stehenden Polizeioffizieren bzw. Einsatzleitern, sondern von einem älteren Kollegen zurückgehalten und beruhigt wurden.

Zwei Tage später, am Montag, erklärte OB Brundert auf einer Pressekonferenz, Fritz Teufel sei vor dem Präsidium nicht festgenommen worden, weil eine empfindliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten gewesen sei. Ein Bürger, der von seiner Unschuld überzeugt sei, und sich stellen wolle, tue dies nicht in dieser Form. (Daß man sich demonstrativ und unter Protest der Polizei stellt, gerade weil man von seiner Unschuld überzeugt ist, liegt offenbar jenseits der demokratischen Vorstellungswelt des Frankfurter Stadtoberhauptes.) Wenig später kümmerte sich die Polizei keinen Deut mehr um die Störung von Ruhe und Ordnung, sie startete ihre Aktion unbekümmert auf einer Hauptverkehrsstraße. Die Aktion, so OB Brundert, sei nicht vom Präsidium aus geleitet worden. Das Polizeikommando kam demnach mehr oder weniger zufällig in der Friedrich-Ebert-Anlage vorbei. Sein Einsatzleiter habe Teufel in der Gruppe vermutet und den Haftbefehl vollstrecken wollen. Das Polizeifahrzeug, das auf der Trasse der Straßenbahn dahergebraust kam, der stattliche Wasserwerfer usw. — alles so ganz zufällig. Dazu fällt einem nichts mehr ein, wo man sich doch bloß die Nummern der das Polizeipräsidium verlassenden Fahrzeuge zu merken brauchte, um sie am Einsatzort wiederzufinden. Ein weiteres Beispiel dafür, wie schwer sich die Obrigkeit mit den simpelsten Fakten tat: noch am Montag sprach der Oberbürgermeister von einem Rechtsvertreter *und* von einem Akademischen Rat, die sich um eine Lösung bemüht hätten. Tatsächlich gab es immer nur den von den Demonstranten herbeigeholten Akademischen Rat Dr. Seifert, der sich niemals als Rechtsvertreter oder Anwalt Teufels ausgegeben hat.

Zwar wollte man in Frankfurt, darauf deutet einiges hin, Fritz Teufel mit weicher Welle fangen. Es scheint aber, als habe man nicht nur in Berlin, sondern auch hier das Verhalten und die Strategie der Kommune in den letzten Monaten bestenfalls halb begriffen. Wie ließe sich sonst die Begründung für die Nicht-Verhaftung vor dem Präsidium verstehen. In der Begründung heißt es deutlich genug, man habe nicht daran geglaubt, daß er sich wirklich stellen wolle und von den Demonstranten erwartet, daß sie seine Verhaftung zu verhindern suchen würden. Man muß nun wahrlich kein Freund der Kommune sein, um inzwischen begriffen zu haben, daß ihr Verhalten und ihre Strategie nie darin bestanden hat, sich der Staatsgewalt zu entziehen, sondern gerade darin der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß die staatlichen Institutionen aus nichtigstem Anlaß Großeinsatz befehlen und mit der ganzen physischen Gewalt ihres autoritären Apparates gegen ein Häuflein unbewaffneter Andersdenkender vorgehen. Konnte man anfangs noch den Eindruck gewinnen, die Frankfurter Behörden hätten verstanden, so zeigte der Großeinsatz in der Friedrich-Ebert-Anlage, daß auch sie, befangen in Kategorien wie „Rädelsführerschaft", „Verschwörung", „straffe Organisation" usw., nicht angemessen reagieren konnten. Fritz Teufel aber kehrte nach Berlin zurück, und als anläßlich der Sitzung des Abgeordnetenhauses sich im Rathaus Schöneberg wahrscheinlich mehr Polizisten als andere Bürger aufhielten, begab er sich eben dort hinein und wurde später vor dem Rathaus festgenommen. Währenddessen noch lag bei allen Flugplätzen und Grenzübergängen der Fahndungsbefehl gegen ihn. AS

Schläger in Zivil

Auf Grund von Vorfällen nach der Demonstration für Fritz Teufel erstattete Hartmut Mörschel am 11. September Strafanzeige gegen unbekannt. Um den Namen des Beschuldigten festzustellen, begab er sich zur 1. Polizeibereitschaft, weil ihm ein uniformierter Beamter gesagt hatte, er könne dort den Namen erfahren. Auf der Polizeibereitschaft wurden zunächst seine Personalien aufgenommen und ihm erklärt, er müsse selbst mit einer Strafanzeige rechnen, wenn er an seinem Vorhaben festhalte. H. Mörschel ließ sich durch diese „Drohung mit einem empfindlichen Übel" nicht zur Unterlassung nötigen (§ 240 StGB). Er begab sich am folgenden Tag mit einigen Bildern erneut zur Polizeibereitschaft.

Der der Anzeige zugrunde liegende Sachverhalt scheint uns deshalb besondere Beachtung zu verdienen, weil der hessische Innenminister erst im August noch in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des SPD-Abgeordneten Schäfer (Darmstadt) dazu Stellung genommen hatte: „Wenn es im Verlauf von Demonstrationen zu Verstößen gegen das Versammlungsgesetz oder zu anderen strafbaren Handlungen kommt, sollen polizeiliche Maßnahmen gegen Demonstranten grundsätzlich nur von uniformierten und in Gruppen auftretenden Beamten der Schutzpolizei vorgenommen werden". (zitiert nach der „Frankfurter Rundschau" vom 16. Aug. 1967). Es wird sich zeigen, ob die Worte des Ministers nur ein Lippenbekenntnis sind, oder ob er gewillt ist, ihnen Geltung zu verschaffen.

Nun der Tatbestand wie ihn H. Mörschel in seiner Strafanzeige darstellt:

„Am letzten Samstag gegen 13 Uhr ging ich in einer größeren Menschengruppe auf dem Gehsteig der Friedrich-Ebert-Anlage vom Polizeipräsidium in Richtung Messegelände. Plötzlich wurde uniformierte Polizei gegen uns eingesetzt, die — wie ich vermute — Herrn Fritz Teufel festnehmen wollte. Bei den sich anbahnenden Auseinandersetzungen zwischen Passanten und uniformierter Polizei erhielt ich plötzlich einen heftigen Boxhieb in die linke Nierengegend; diese Körperstelle war noch mehrere Stunden schmerzhaft.

Ich beobachtete daraufhin den Mann, von dem ich den Schlag erhalten hatte, für die Dauer von einigen Minuten. Er war circa 2 Meter groß und trug ein hellgraues Jackett und einen roten Rollkragenpullover. Er ging während dieser Zeit gegen etwa 8 weitere Studenten tätlich vor, indem er sie — ohne vorherige Warnung — mit der Faust von der Seite her oder von hinten in die Lendengegend schlug, ihnen von hinten her die Arme verrenkte oder sie zu Boden warf. Dabei schrieen sie oft vor Schmerzen laut auf.

Zunächst nahm ich an, daß es sich bei diesem Schläger um einen Provokateur handele, der die Studenten zu tätlichem Vorgehen gegen die uniformierte Polizei aufzureizen versuchte. Nachdem ich jedoch festgestellt hatte, daß das Gebahren dieses Mannes von der uniformierten Polizei bewußt toleriert und widerspruchslos akzeptiert wurde, gewann ich die Auffassung, daß es sich nur um einen Polizeibeamten in Zivil gehandelt haben kann. Ich fragte ihn daraufhin nach seiner Dienstnummer; er dementierte nicht, daß er von der Polizei sei, sondern sagte mir nur mit zynischem Lächeln: „Ich trage keine Nummer". Meine Auffassung, daß es sich um einen Polizisten in Zivil gehandelt hat, wurde ferner bekräftigt durch die Antwort eines uniformierten Polizeibeamten, den ich gebeten hatte, die Personalien des Schlägers festzustellen. Er antwortete mir: Dieser Herr ist der Polizei wohlbekannt. Seine Personalien kann ich ihnen jetzt nicht nennen, sie können sie aber jederzeit auf der 1. Polizeibereitschaft erfahren".

Das Ermittlungsverfahren wird zu klären haben, ob es sich um einen Kriminalbeamten handelt, oder wie H. Mörschel meint um einen Schutzpolizisten, der in Zivil eingesetzt wurde. Da H. Mörschel am 11. 9. erklärt wurde, es seien keine Schutzpolizisten in Zivil eingesetzt gewesen, besteht auch die Möglichkeit, daß der Beschuldigte ohne Einsatzbefehl, also „privat" auf die Studenten eingeschlagen hat. AS

Wahl-Gang

Am 14. Juni dieses Jahres wurde unser amtierender Rektor zum zweitenmal für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt. Da die zweite Wiederwahl in der alten Satzung nicht vorgesehen war, wurde sie zuvor vom Wahl-Konzil entsprechend mit Mehrheit geändert — eine Prozedur, die nicht in der angekündigten Tagesordnung erwähnt war. Damit hat sich das Konzil über den Vorschlag des Rektorwahlausschusses hinweggesetzt, des Konzilausschusses, der die Aufgabe hat den Vorschlag der Fakultät, die turnusgemäß einen Kandidaten aus ihrem Lehrkörper vorgeschlagen hat, zu prüfen und die Meinung der Konzilsmitglieder zu sondieren. Diese Prozedur stellt eine Vorentscheidung dar, die es nützlicherweise dem Konzil, dem alle Ordinarien angehören und deren halbe Zahl Nichtordinarien, gestattet ohne lange Debatten und häufige Wahlgänge sich auf einen Rektor zu einigen. Diesesmal hatte die Juristische Fakultät Professor Jaenicke als einzigen Kandidaten vorgeschlagen. Auf den Vorschlag eines sonst üblichen Alternativkandidaten hatten die Juristen verzichtet, wofür häufig nur zum Schein ein Professor, der nahe der Altersgrenze ist, herhalten muß. Schon einmal wurde ein Rektor zum zweitenmal wiedergewählt. Damals, 1951, beschloß das Konzil wie 1967 in der gleichen Sitzung beides, Satzungsänderung und Wiederwahl. Da der damalige Rektor, Professor Razewski, jedoch ablehnte und beim Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung sowohl den Antrag auf Genehmigung der Satzungsänderung als auch den Antrag seine Gründe für die Ablehnung der Wiederwahl anzuerkennen, einreichte, und dem letzten Antrag stattgegeben wurde, schlief die Satzungsänderung damals ein. Nun hat der Kultusminister 1967 zwar die Satzungsänderung akzeptiert, jedoch wird sie nach seiner Auffassung nicht rückwirkend für die Rektorwahl wirksam. Damit hat er die Angelegenheit noch einmal dem Konzil zurückgegeben. Zu diesen Vorgängen schrieb der Dekan der Juristischen Fakultät, Geerds, in einem Leserbrief noch vor der Entscheidung des Kultusministers: „Ob Ihre Behauptung, es sei einmalig in der Geschichte der deutschen Universitäten, daß ein Rektor drei Jahre im Amt bleibe, wirklich zutrifft, wird sich erst beurteilen lassen, wenn die auch von Ihnen als erforderlich bezeichnete Bestätigung der Wahl durch den Hessischen Kultusminister erfolgt ist . . ." Einmalig ist insoweit in der Geschichte der Johann Wolfgang Goethe-Universität bisher lediglich, daß der derzeitige Rektor, Professor Rüegg, die entgegen dem geltenden Universitätsrecht vorgenommene Wahl, die zumindest, bis zur Genehmigung der Satzungsänderung als nur wirksam angesehen werden muß, *sofort* angenommen hat." Gerade weil Justitiar Assessor Weise in einer antwortenden Stellungnahme berichtigt, daß die Annahme Rüeggs nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Satzungsänderung durch den Kultusminister erfolgt sei, ist der unbefangene Zeitungsleser geneigt Geerds Vorwurf zu interpretieren:

Rüegg habe allzu schnell, allzu entschlossen angenommen, so als sei er garnicht überrascht gewesen. Es sei nicht ein spontanes Votum des Konzils gewesen — wie es aussah, nachdem lange vor der Wahl der Kandidat der Juristen als zukünftiger Rektor angesehen wurde und die Satzungsänderung ohne die übliche Ankündigung vorgenommen wurden — sondern eine geschickt eingefädelte Überrumpelungsaktion, die vermutlich auf eine knappe Mehrheit im uninformierten Konzil spekulierte, denn zu einer angekündigten Satzungsänderung wären vermutlich mehr Professoren erschienen. Wenn diese Interpretation und Spekulation stimmt (leider ist die Berichterstattung auf Spekulationen beschränkt, da die studentischen Vertreter in akademischen Gremien zum Schweigen verpflichtet sind, eine Beschränkung die angeblich die neue Satzung nicht aufheben wird), dann muß man sich weiter fragen welche Gruppen aus dem Lehrkörper und der Verwaltung sich wohl so engagiert hatten, daß sie mittels der „Überrumpelungsaktion" einen Wechsel vermeiden wollten (es lag offensichtlich nicht am Kandidaten der juristischen Fakultät, denn Bedenken gegen diesen wären üblicherweise dem Rektorwahlausschuß vorgetragen word). Ist die Zusammenarbeit zwischen Kurator und Rektor schon so „harmonisch" geworden, daß sie Teile des Lehrkörpers begünstigt? Wer war es, der hinter den Kulissen die Satzungsädnerung vorbereitet hat? Ob die Uneinigkeit, die diese Vorgänge spiegelt, tiefer liegt, wird erst die Zukunft zeigen. Sie hat zumindest gezeigt, welchen starken Trend die Bürokratie der Universität hat, sich gegenüber turnusmäßigen Amtszeiten im Sinne der Selbstverwaltung zu verselbständigen und einmal erreichte Machtpositionen zu halten. Hoffentlich gibt es Kräfte an der Universität — und damit sind auch die Studentenvertreter gemeint — die solchen Tendenzen entgegenwirken und nicht einer Hochschulverfassung zustimmen, die eine langjährige Rektoratszeit vorsieht. H.

Have a „Brecht"

Für Brecht brauchte nicht mehr geworben werden, wohl aber für die neue zwanzigbändige Gesamtausgabe, die der Suhrkamp-Verlag bislang größtenteils häppchenweise anbot und nun als großen Happen auf einmal verkaufen will. Denn: Brecht zu lesen ist lobenswert, noch lobenswerter ist, „den ganzen Brecht" zuhause zu haben.

Die Werbung für einen Autor, dem man den politischen Inhalt seiner Stücke und Schriften noch nicht ganz wegstilisieren konnte, ist dem „Milieu" des Käuferkreises angepaßt aufgeschlossene (meist junge) Leute, Intellektuelle.

So erhielten Inskribenten für einen Werbemarsch (beachtliches Honorar: eine Gesamtausgabe) denn bald einen frischen, dynamischen Brief: „Freunde! Brecht-Fans! Wir freuen uns, daß auch Sie Initiative ergreifen wollen, wenn es um Brecht geht". Wer ausgelost wird, hieß es, darf „für Brecht etwas tun", „darf für Brecht auf die Straße gehen".

Die feine Selbstironie, die fester Bestandteil der Werbung für intellektuelle Käuferkreise ist, legt nahe, daß es natürlich nicht um das geht, was behauptet wird. In der Tat, ehe Brecht noch ungehindert auf die Spielpläne gesetzt werden könnte, ehe noch die leidige Diskussion darüber aufgehört hätte, wie man den echten, mehr menschlichen Brecht vom politischen zu trennen habe, ist er schon als Avantgarde-Klassiker in aller Bücherschränke. Wie es einst zum guten Ton gehörte, seinen Goethe Schiller etc. zu haben — „ganz" zu haben! — und zu zitieren, so ist heute Brecht Kennzeichen für aufgeschlossene, kritische Bildungsbürger. Die Brecht-Gemeinde ist etwas moderner im Image als das würdige Bürgertum, sie hat ihren Brecht nicht nur im Regal und auf der Platte, sondern auch auf dem Pullover.

Nun tut es einem guten Autor keinen Abbruch, wenn er viel gelesen wird, und den Lesern nicht, wenn sie gute Autoren lesen. Die Fan-Werbung trifft aber, so augenzwinkernd sie gemeint ist, durchaus ins Schwarze: Bildungsprozesse und Kritik werden ersetzt durch Bildungsrituale und den Konsum kritischer Autoren, die zur Markenware werden.

Konsequenterweise und sehr gelungen wurde dann im 2. Brief, den die glücklich Auserwählten (20 unter 200) erhielten, Brecht nur noch in Anführungszeichen genannt: „Die Entscheidung ist gefallen . . . *Sie* dürfen für „Brecht" marschieren!"

Außer „Brecht"-Begeisterung war festes Schuhwerk mitzubringen. Das übrige brachten die Veranstalter mit: weibliche „Brecht"-Fans im Fan-Pullover, „Brecht"-Musik für den heiserauthentischen Hintergrund, „Brecht"-Bücher gar, einen großen Stapel, und die Presse.

Die war dabei, wie dann ein Brecht-Fan vormachte, wie man mit „Brecht" umgeht: man klettert auf eine Leiter, greift eine „Brecht"-Gesamtausgabe, entnimmt ihr einen Band, klettert wieder runter, dann setzt man sich in ein Schaufenster und liest (versunken).

Be happy too! Have a "Brecht"! U. R.

Präzedenzfälle

So ganz sind sich die WiSo-Soziologen nicht einig, wievieler Unterschriften es eigentlich bedarf, um eine außerordentliche Fachschaftsvollversammlung einzuberufen. Einig sind sie sich ferner nicht darüber, was eigentlich als Verfahrensgrundlage zu dienen habe: eine gültige Fachschaftsordnung existiert nicht und jede der beiden sich gegenseitig beargwöhnenden Gruppen rekurriert nach Bedarf auf genehme Präzedenzfälle. Einig ist man sich noch nicht einmal, wer denn nun eigentlich Mitglied der Fachschaftsvertretung sei; mit Sicherheit steht das nur von zweien der im Juni Gewählten fest. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das „Soziologen Informations Bulletin" ist zuerst Hugo Jung zurückgetreten, sodann der neue Fachschaftssprecher Rainer Dombois — von einem amtswaltenden Fachschaftssprecher der WiSo-Soziologen ist seitdem nichts mehr bekannt geworden — und sein Associé Peter Klein. Übrig waren somit noch zwei Fachschaftsvertreter — beide Jung-Fans. Zudem hörte man bald die gar absonderliche Mär, der zurückgetretene Fachschaftsvertreter Jung wäre gar kein zurückgetretener sondern ein tatsächlicher — sein Rücktritt sei kein echter, sondern nur ein „vorläufiger" gewesen . . .

Dem Antrag auf eine außerordentliche Fachschaftsvollversammlung eines Studenten, der naiv genug war, noch an die Möglichkeit einer rationalen Diskussion der Streitfragen und deren vernünftige Beilegung mit Jung & Co. zu glauben, schloß sich eine ganze Reihe Studenten an — weitaus mehr als dann tatsächlich kamen, vor allem des ungünstigen Datums (kurz vor Semesterschluß Mitte Juli) wegen. Jedoch: weder die beiden verbliebenen immerhin allseitig als Fachschaftsvertreter anerkannten Anhänger des „jn."-Kolumnisten & Publizisten noch der sich selbst als Fachschaftsvertreter anerkannt habene Jungjournalist erschienen! -vw

DISSERTATIONEN

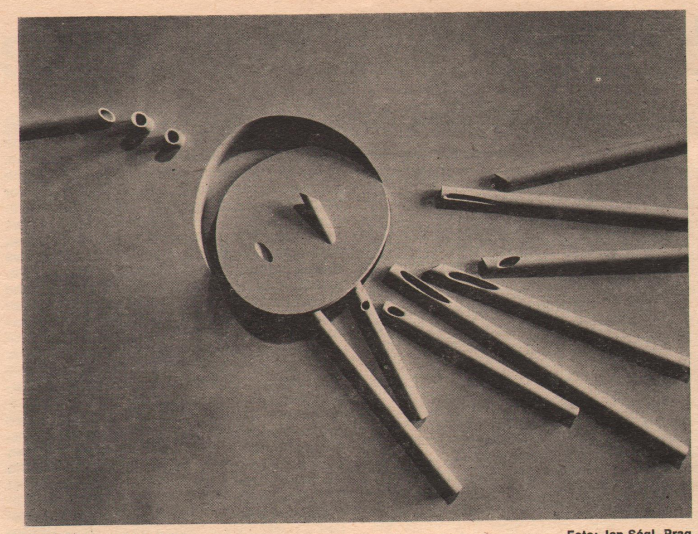
Wir drucken
Ihre Dissertation sorgfältig und schnell im Offset.

Wir schreiben
Ihre Dissertation gestochen scharf mit der neuesten IBM-Exekutive.

Verlangen Sie unverbindlich ein spezielles Angebot von

pendelprint
heinz lacroix kg.
63 Gießen · Ludwigstr. 8

Formale Operationen mit industriellem Material



Karel Malich Relief II, 1967 — Foto: Jan Sägl, Prag

Die Idee des Konstruktivismus verlangte in ihrer klassischen Phase der Revolution in Rußland die Wandlung von der individuellen Kultur in eine kollektive, die dem Stand der industrialisierten Gesellschaft entsprach. Die Apologeten wandten sich treu ihren ideologischen Zielen von der reinen Kunst zur Anwendung ihrer Thesen in der revolutionären Praxis. Statt Malerei und Plastik, dem Ausgangspunkt ihrer Konzeption, sahen sie das Ziel in der Gestaltung der Umwelt wie es schon die Generation von Henry van de Velde um die Jahrhundertwende beispielhaft vorexerzierte. Von dem umfassenden Begriff „Konstruktivismus" blieb bis heute nur das Wort „konstruk- ode der Kunst der zwanziger Jahre fixiert, die im Schatten der großen Erfinder mit der Philosophie des rechten Winkels nach einer ästhetisch konstruierten Harmonie suchten. Die Ergebnisse dieser kurzen Zeit bilden noch heute die Basis für alle formalen Experimente, die global mit „Neue Tendenzen" am geeignetsten bezeichnet werden, ohne allzufest auf die namengebenden Ausstellungen hinzuweisen. Die Sehnsucht der Alten nach einer mechanisierten, reproduzierbaren Bildgestaltung entwickelte neue Formeln, wie Struktur und Raster, zwang zur Verwendung von Werkzeugen wie Zirkel und Lineal, zum Experiment mit neuem Material, führte zur Arbeit mit Licht und Bewegung (heute = Kinetik), zur Analyse der Farbe und zur mathematischen Berechenbarkeit (= Kontrolle) der Komposition.

Für Mondrian war die Harmonie ganz selbstverständlich die erste Forderung seiner künstlerischen Überlegungen und der Weg für ihn war die Vereinfachung der Darstellungsmittel. Aber der Maßstab blieb sein individuelles Empfinden. Erst die Generation der „Konkreten Kunst", und hier in ersterlinie die schweizer Maler wie Bill, Lohse und Graeser gehen in den späten 40er Jahren, den Schritt über diese Erfahrungsstufe der optischen Harmonie hinaus, indem sie die emotionelle Ungegenständlichkeit durch eine rationelle ersetzen. Karl Gerstner sagt zu diesem Prozeß, daß die Bildelemente das Denken in kontrollierbaren Systemen zu neuen Einheiten integriert werden. „Damit tritt als schöpferischer Faktor nicht etwa die Mathematik selbst, aber die mathematische Denkweise in das Geschehen der Komposition. Jedes Werk ist nicht nur eine stets neu variierte Konstellation der Bildmittel, sondern durch das Gesetz ihrer Beziehungen von Grund auf original" (Karl Gerstner, in „kalte kunst?" 1957).

Die junge Kunst des Nachkriegseuropas, die auf dem skizzierten Entwicklungsprozeß aufbaut, ist immer in Gefahr durch einen Vergleich mit den Vorläufern, allzu kritisch betrachtet zu werden, wie es auch durch diese Einleitung geschieht. Der Vergleich wird besonders dort provoziert, wo die Bezeichnungen und die Erscheinungsbilder ähnlich sind. Von dem Ausgangspunkt „Konstruktivismus" ist in der Gegenwart nur noch die Bezeichnung des methodischen Verfahrens, nämlich des „Konstruieren" gültig geblieben. Anstelle der Systematisierung des neuen Formalphabetes ist die Kunst unserer Generation in zwei deutlich unterscheidbare Gruppen geteilt, einmal in die Material-Kunst, die das Medium verselbständigt und in die traditionell zweidimensionale Bildgestaltung, in der die Betonung auf einer ästhetischen Organisation der Fläche liegt.

Diese Spaltung der Interessen ist auch bei den 6 tschechischen Künstlern sichtbar, die hier erstmals als eine geschlossene Gruppe im Ausland ausstellen. Dr. Zdenek Fetix, Kunsthistoriker aus Prag, sprach in einem interessanten Vortrag in der Galerie Loehr über die Situation der gegenwärtigen Kunst in der Tschechoslowakei und markierte das Jahr 1963 als eine Wende, bei der die „administrativen Eingriffe in die öffentliche Kulturpolitik ausgeschlossen waren". So muß man den Beitrag der Tschechen zu den neuen Tendenzen unter etwas anderen Gesichtspunkten sehen, als wir es in Europa zu sehen gewohnt sind. Nachdem das Dogma des Sozialistischen Realismus seine Macht ausgespielt hatte, mußte es zu einer Neuorientierung an der Kunst des Westens kommen, eben an der Realität der Industriellen Welt, zu der die Revolution den größten Beitrag geliefert hatte. Die Tschechoslowakei ist zwar hier nur, und das soll nicht einschränkend klingen, mit Kupka beteiligt, denn die andere Entwicklung der Kunst in der ersten Hälfte des Jahrhunderts wurde dort durch Variationen des Kubismus und Surrealismus bestritten, die International wenig Beachtung fand.

Dr. Felix beschreibt die Kunst der Tschechen mit zwei großen Begriffen „Neue Sensitivität und neuer Idealismus", womit eine starke Orienctierung an der Philosophie Pienes und seiner Freunde zu erkennen ist. Aber hierin ist ja kein Nachteil zu sehen, sondern ein Anknüpfen an Ereignisse, die auch an anderen Orten wirksam waren. Nur die Resultate müssen durch die Adaption einfacher sein als die Vorbilder, ohne den zeitlichen Abstand zu berücksichtigen. Die berühmte Forderung von Josef Albers, „das Ziel der Kunst ist die Wekkung von Vision", wird nicht erfüllt. Vielleicht am ehesten bei Jan Kubicek, dessen „Konkrete Kombinationen" eine formale Kraft haben, die das Bild zu einer Einheit binden und nicht in der Verspieltheit von Material und Methode enden, wie es bei den Material-Fetischisten Hugo Demartini und Milan Dobes zum Ausdruck kommt. Verchromtes Blech, Spiegel, Glas, dazu Beleuchtung und etwas Bewegung produzieren keine Visionen, sondern sind zu stark von der Zufälligkeit der industriellen Halb- und Fertigteile abhängig, deren gestalterische Möglichkeiten durch sich selbst limitiert sind. Die „Kunst der Assemblage" wird dadurch um formale Arrangements erweitert, die zu keinen neuen Erkenntnissen führen. Die ästhetische Konzeption ist äußerlich, ihr fehlt das System, die Reinheit, die Sauberkeit und die Ordnung, ihr Prinzip bleibt „Anordnung". Den Weg einer Mechanisierung des Gestaltungsprozesses geht Zdenek Sykora, sein Werkzeug ist der modernste Fetisch der Gegenwart, der Computer, aber die Vergrößerung von endlosen Raporten, die mit alten Methoden auf Leinwand übertragen sind, verdichtet diese Strukturen nicht zu Bildern, macht aus den vielen, sich nicht wiederholenden Einzelformen keine Form, die als Ganzes bedeutsam ist. Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „The responsive Eye" in New York, sagte Albers, entrüstet über den Titel der Op-Art-Show, „die neue Bewegung ist keine Malerei, solange sie nur optisch bleibt". Nach der Proportion von Aufwand und Wirkung überzeugen auch die Bilder von Milos Urbasek nicht hundertprozentig, denn seine Ausschnitte „Thema ‚O'", sind auch von der geschmäcklerischen Zufälligkeit diktiert, die es gerade im Bereich der „Konkreten Kunst" zu verhindern gilt. Aber der Kontrast von Schwarz und Weiß und die Großzügigkeit der Form selbst geben ihnen eine Attraktivität, die die Anklänge an Vorbilder übersehen lassen. In einer Mappe zeigte der Künstler eine Serie von Serigraphien, die ornamentale Zeichen aus Halbkreisen enthielten und wo eine Möglichkeit der Fortsetzung zu sehen ist, in der das Denken gegenüber dem Empfinden einer „schönen" Formulierung ausgetauscht wird. Fast ein Außenseiter in diesem Kreis ist der Plastiker Karel Malich, er versucht in seinen Reliefs eine räumliche Gestaltung, mit einer Vielseitigkeit von Formen, auf monochromen Gründen, die eine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit beweisen. Allerdings kann man dazu nicht „konstruktiv" sagen, denn es sind eindeutig Abstraktionen von Fläche und Raum, auch wenn die Mittel anders aussehen.

Es wird die Tschechen nicht freuen, wenn man ihre Ausstellung von dieser Seite betrachtet, es wird sicher auch die Veranstalter der Ausstellung nicht freuen, einen solchen Analyse-Versuch zu lesen. Die Begegnung mit diesem Ausschnitt aus dem Kunstleben aus dem ebenso nahen wie fernen Prag ist allesinallem nützlich und von großem Interesse, aber nur, wenn wir versuchen Kunst nicht nur unter dem bequemen Gesichtspunkt der sogenannten „Schönheit" zu sehen, sondern wenn die Präsentation über das bloße Ansehen von Bildern und Objekten, zu einer Diskussion führt, welchen Beitrag die Kunst der Gegenwart der Gesellschaft bieten kann. Die Tschechen sind hier nur ein Beispiel, die Problematik des „Formalismus", oder mit dem Begriff von Bense, der „Gefallens-Ästhetik", ist in dieser Form international die gleiche Gefahr, aber ihr Idealismus und ihre Informationen sind jünger und eventuell werden sie früher als wir ein zeitgemäßes Konzept der Kunst aufstellen als wir.

Eckhard Neumann

Mani fest

Manifest gegen den blinden Humanismus

ALLERWELTSPROTESTE FÜR MENSCHLICHKEIT IN ALLER WELT · LIBERALE PHRASEN

Man protestiert! Aber für was und für wen? In letzter Zeit werden Versuche unternommen, politische und gesellschaftliche Gegensätze, die zwischen den Ländern des Ostens und z. B. Griechenland bestehen, zu verwischen und zwar durch eine antitotalitäre Protestwelle. Liberale Kritik an dem, was die Sowjetunion und die CSSR ihren Schriftstellern antun, wendet sich mit dem gleichen Pathos gegen die griechischen Faschisten. Da stimmt auch die autoritäre Springerjournaille in den Chor der Liberalen mit ein. Auch sie vermißt in Griechenland „das Eintreten für Freiheit und Menschenrechte, wenn schon Demokratie nicht ausdrücklich erwähnt werden soll" (Die Welt vom 5. 10.).

Daß sie den Prozeß gegen Sinjawskij und Danielj als totalitäre Praxis bestimmte, versteht sich von selbst. Auch für die kurzgeschlossene liberale Kritik ist der Fall klar. Die Arbeitslager, in denen das Essen schlecht und die Leitung unbeugsam bürokratisch ist, seien die lebendige Widerlegung der sowjetischen Liberalisierung, die verzeichnete Willkür Restitution des Stalinismus. „Die Zeit" saß mit dem Abdruck des Briefes von Frau Danielj der kurzsichtigen Humanität auf, für die es gleiches Unrecht überall gibt, sei es in Vietnam oder in der Sowjetunion, überall Willkür gegen einzelne.

Günter Grass z. B. forderte vom CSSR-Staatspräsidenten Novotny offen und mutig: „Herr Staatspräsident, geben Sie Gedankenfreiheit!", als ob Marquis Grass mit König Novotny Theater spiele. Grass setzt sich gegen die Extremisten von rechts und links ein. So wirft er Springer „faschistische Methoden" vor, weil dieser durch fahrlässige Nachrichtenübermittlung Arnold Zweig geschadet habe. Faschistische Methoden der Springer-Presse hätte man an anderer Stelle (etwa bezüglich des 2. Juni) besser nachweisen können. Aber da mußte Grass die Studenten zum Maßhalten aufrufen. Günter Grass warf sich auch in die Bresche für die unterdrückten tschechoslowakischen Schriftsteller, obwohl er nicht einmal ihre Namen kannte. Ihr Hilferuf war eine Falschmeldung.

Angesichts des systematisierten Verbrechens in Vietnam ist jeder stereotype Hinweis auf das bürokratisierte Unrecht im Osten eine Verschleierung. Was Danielj angetan wurde, ist mit dem institutionalisierten Verbrechen in Vietnam nicht zu vergleichen. Hier ist die Kritik der Liberalen von Augstein bis Grass der der herrschenden Politik gleich, der das Unrecht in den kommunistischen Ländern zur Kaschierung ihres eigenen dient. Heute jedoch, wo die freie Welt den Terror zum System zu machen droht, ist die Kritik am individuellen Unrecht dünn und unpolitisch. Literarische Solidarität mit verfolgten Schriftstellern und Künstlern von Danielj bis Theodorakis begreift die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Organisation in Griechenland und der Sowjetunion nicht, ja die Verdrängung der gesellschaftlichen Dimension ist die Bedingung der Solidarität von Literaten mit Literaten. Die saubere Solidarität des Standes, die PEN-Solidarität, verstreut hier ein Wort für Arrabal, hier ein Wort für Sinjawskij und womöglich noch für die literarische Freiheit auf den Galapagos-Inseln.

Wer verliert mehr als ein Wort über die ungebrochenen ökonomischen und militärischen Beziehungen der USA und der europäischen Länder zu Griechenland? Wer analysiert die Gründe der nur zögernden formalen Verurteilung des griechischen Faschismus? Wer wehrt sich gegen die Kollaboration deutscher Bürokratie und griechischer Faschisten in Deutschland selbst?

Wenn noch Tsakirides rausgehauen werden konnte, weil er ein Intellektueller ist — wer kümmert sich um die griechischen Arbeiter, die hier bespitzelt und unter Druck gesetzt werden, wenn sie nicht schon nach Griechenland abgeschoben sind? Und wer analysiert die Identität sowjetischer und amerikanischer Interessen gegenüber den revolutionären Bewegungen der Dritten Welt? Wer die Ursachen des repressiven Bürokratismus und wer die Möglichkeiten seiner Abschaffung in Ost und West? Wer die konterrevolutionäre Unterstützung der Ostblockländer für das persische Regime?

So hält auch „Die Zeit", das Gewissen der Welt, in der Grass nicht umsonst schreibt, den amerikanischen Bombern eine „Verantwortungsethik" (Dr. Theo Sommer) zugute, ohne sich das individuelle Grauen nehmen zu lassen. Liberal: das heißt für sie, alles zulassen und dann noch kritische Haltung bewahren. Die liberale Kritik an Griechenland und der Sowjetunion, die einen unreflektierten Totalitarismusbegriff unterstellt, ist so lange blinde Humanität, wie sie nicht die Herrschaftsinteressen derer entlarvt, die mit ihr in den Chor einfallen. Springer und die liberalen Kritiker haben gleich gut reden, doch sie haben nicht die gleichen Interessen, wie die jüngste Kontroverse von Grass und Springer um journalistische Sorgfalt zeigt. Springer, der — allzu spät und recht lau — die Menschenrechte von griechischen Zeitungsverlegern verteidigt, macht seine Geschäfte im eigenen Land mit der systematischen Diffamierung der Opposition und der totalitären Gleichschaltung des Denkens, die der Konzern gegen jede Abweichung aufzubringen versteht — also auch gegen Grass. Die Menschlichkeit verteidigt er nur zum Schein, um die Unmenschlichkeit, die er unterstützt, zu kaschieren.

Die Liberalen leben auf ihre Weise vom Establishment, dessen Denkstrukturen sie im großen übernehmen, um sie im kleinen zu humanisieren. Ihre Verschleierung ist subtiler, ähnlich der von der SPD mitverantworteten Außenpolitik. Ein Protest, wie ihn skandinavische Staaten vorgebracht haben (gegen das faschistische Regime in Griechenland, Anm. der Red.), erscheine der Bundesregierung „verfrüht", Jahn (SPD, Staatssekretär, Anm. der Red.) betonte, die griechische Regierung habe für Anfang 1968 eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in Griechenland angekündigt. Diese gelte es abzuwarten. (Frankfurter Rundschau vom 6. 10.)

Grass und seinesgleichen wollen im Gegensatz zu Springer überall Menschlichkeit, ob in der Sowjetunion oder sonstwo. Aber heute, angesichts der Politik der universalen Zerstörung und Unterdrückung, die das globale System des amerikanischen Kapitalismus im eigenen Land und in aller Welt praktiziert, ist diese unbestimmte Objektivität falsch geworden. Die literarische Verbrüderung mit dem Menschen an sich erlaubt es nicht, zwischen den Verbrechen als System und der historisch überflüssigen individuellen Unterdrückung in der Sowjetunion zu unterscheiden. Darin besteht die objektive Schranke der internationalen Solidarität von Intellektuellen.

Nur eine bestimmte Stellungnahme gegen das System der Unterdrückung selbst hält die Möglichkeit offen, nicht zum Komplicen zu werden. Die liberalen Phrasen verhelfen dieser Unterdrückung nur noch zu einem demokratischen Schein, bald wird man wohl auf diesen auch verzichten können.

Allgemeiner Studentenausschuß (AStA)
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)
Humanistische Studentenunion (HSU)
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung

Wir — meine Frau und ich — haben die kleinste Töpferwerkstatt im Lande. Wo? Mitten in Frankfurt zwischen Holzhausenpark u. Eschersheimer Landstraße. Wir fertigen nur Einzelstücke und wiederholen uns fast garnicht.

Wir haben von 10–20 Uhr geöffnet.

keramisches atelier sorembe
Vogtstraße 70 · Telefon 554683

kluge kinder sterben früh

literaturhack

oder: schwarze messen im roten hessen

oder: glückliche bücher von glücklichen autoren

oder: jeder ist so wichtig wie er sich wichtig nimmt

p. g. hübsch

(selten so'n gewinn geschachert — auf dieser mammon-fairsten aller BOOK-FAIRS, potz-blitz: wie der plunder klunckert!)

(. . . zum kotzen ist's — murmelt ein unbeweibter junger mann, als er nach 3 ständen schon den 10. ständer hatt —: hamse nich n nagel inner tasche, freu-lein, 'chhab n hammer inner hose, — sprachs, schluckte 1 mal kurz — und ließ den sabber rinnen . . .)

— sone sauerei, ham doch auch andres (meinte wohl ANDERS) —, süffelnd muckt's 1 unter vielen: — verse verpackt in gedichte, verpackt in dosen: sterilität läßt sich gut bezahlen und zu saufen (jule) hammer genuch . . . (brummt der erhebungsbogen dazwischn: dre IMMUNnitätsfaktor bundeseigener fleischtöpfe braver tetra-tundra-täterä-romane beträgt: SV minus SF gleich RW . . .)

und hinein mit sonnigem gemüt in das ausverkaufte bücher-gebrutzel, in den pseudalen maul-schellen-salat: in die futterkrippen für dauer-leser abgekauter LONGLIFE-SPEARMINTS. und . . .

ACH-JA: ein buch ist gleich leben / wir weben wir weben / hinein in das buch / den best-seller-fluch/: BAI&RIED . . .

und haben gesessen gesoffen gelacht / und verleger xz um den schlaf gebracht — haben in koje bumms-dings dem dings-bumms den neusten bank-aus-fluch ausm hohlen zahn der eitelfreudigkeit gefischt, haben dem literatur-geil-hannes vom dienst den POP-umschlag von M.X. um die hoden gebatscht, haben den sanften klage-ton des herrn absatz-unter-aller-sau in den TOM-MIX-becher von Dante's HELL ge-puttet . . . (put-put-

put mein sellerchen / bringste mir bald hellerchen / kriegste auch ge-miese / von der literaturpreiswiese), haben an die alten zeiten gedacht, re-aktion-är gespielt (die einzgen aktien, die wir noch anzubieten ham) und den

PROTEST auf die geröllhalden der leseringe geschmettert, den letzten bescheidenen rest 1 guten buches in die nacht-tisch-töpfchen der abend-studios gepißt, waren uns einig: ??? (fragezeichen),

haben also um uns gelinst: (ach, sagen sie, sind sie auch berühmt?) . . . ?: und die leiche vom protestler ala carte mit innigem vergnügen betatscht: wohl genuch geld aufm konto; schreibn wir mal was beruhigendes (LOT'S OF MONEY ham eh nur die UPPER-TEN-THOUSAND —: schon maln kumpel beim empfang vom sowieso sekt schlürfen gesehn? ‚freilich, als reklamefigur'.)

. . . und die sprachlose intelligenz latscht rum und gorkst: NUNC&NOW, anbetrachts, angesichts, unter einbeziehung des tatbestandes daß, wenn wir mal festhalten und konzidieren und parlieren und scharmützieren und fisematentieren und maulhaltieren wollen, ich meine es ließe sich durchaus die notwendigkeit herauskristallisieren und kastrieren und castroieren,

jaja, so ist der lauf der welt, einmal oben einmal unten: kehrtwendung: 1 blick in die WELT und dir

wirds sterbens-öbel, (wennde de-chiffrieren kannst): und das gerade jetzt, wo die dritte auflage schon in druck, sieh mal da den super-scharfen puppen-schenkel, das sind sachen, das sind dinger: BABY!!

dann, den überbleibselnden pickel einer vergasten vergangenheit ausgedrückt, der konjunktur-talsohle ein hämisches grinsen geschenkt, die zornige os-BORNE-stimme für immer&ewig zu den requisiten gestoppt, ratlos sachverhalte der dritten welt konstatierend, mauschel-mauschel, die whisky-marke als mammut-button aufn arsch geklebt: wohlan, freunde, laßt uns wahrhaft revolutionär werden.

VORLÄUFIGES ENDE.

BERUHIGUNGSVERSUCHE eines roman-ver-fabrizierers (ich schreib grad was über die li-hie-be, das läuft grad so gut: knötchen in der arschfalte- plumb-puddingbusen, und stellungen, sag ich dir, das haste noch nich gesehn, geschweige denn gelesen!! — kommste mit, den neuen SCHMIDT befingern?): soweit sogut, aber

nein, aber nein wer wird denn gleich die flinte ins nur nicht so robert-wolfgang-vor-schnell böse werden lohnt nicht so hastig immerhin das ist doch alles nicht so schlimm wie sie vielleicht wie andere leute mein-glauben-denken-sagen im gegenteil sie können vertrauen es ist doch wirklich schließlich ist das was sie wollen schließ-endlich niemals unmodern im eigentlichen sinne des wortes jedoch bedenken sie es ist ja und einfach noch dazu wenn auch momentan sie müssen bedenken verstehen die zeit das kaufbedürfnis die marktlage die massenkommunikationsmittel absatz mensch und so weiter all die dinge dochglauben sie im ernst und ohne flachs die zeit wird wieder verlieren sie nur nicht das hatten wir schon öfters:

COME ON SHOPPING! HEY, GUY / kauf dir einen SUPER-SCHREI / HI-FI; den protestler des jahres, den revoluzzer der saison, garantiert pubertär, das beste vom dienst, extra-extrakt, der maschen-schrei, der misch-masch-protest, die FIVE-a-CLOCK-demonstration ist schon eingekellert, heute noch BIBLIOPHIL, morgen schon ALLGEMEINGUT von alphabethen und dichterlingen: JEDEM DAS SEINE (stand einst schon über buchenwald).

Requisiten

Wie die Garderobemarke pflegt das Programmheft seine Existenz als zugehöriges Requisit jedes Theaterabends. Ist die Eintrittskarte Signum der vom Tauschprinzip assimilierten Kultur, so das Programmheft dasjenige eines Bildungsanspruchs, welcher das auf der Bühne Dargebotene zu ‚vertiefen' hat und es doch nur zur Digest-Kompilation noch bringen kann. Nicht mehr haben Programmhefte mit den Aufführungen zu tun, als daß sie faksimilierte historische Dokumente und Abbildungen zum Thema des Abends, d. h. des Stückes beischaffen. Mehr als die Namen der Schauspieler, Regisseure usw. läßt sich aus solchen Publikationen über die aktuelle Inszenierung nicht erfahren.

Ausnahmen gibt es allerdings. Wie in Westberlin bereits die Schaubühne am Halleschen Ufer, so nun auch in Frankfurt das Theater am Turm. Ausdrücklich verlangt in einem Editorial die Theaterleitung vom Zuschauer und Programmheft-Leser, „er soll sich mit unserer Absicht auseinandersetzen und die Inszenierung an der Absicht messen", denn „mit diesem Programmheft wollen wir den Zuschauer an unseren Überlegungen teilnehmen lassen und ihm Unterlagen über unsere Arbeitsmethode liefern."

Wissenschaftliches oder bescheidener, kritisches Theater bilateral zu praktizieren ist also die Absicht. Die Inszenierung, an der dies neuartig in Frankfurt versucht wird, ist (des Suhrkamp-Cheflektors) Walter Boehlichs Übersetzung der Komödie von Lope de Vaga „Die Irren von Valencia". Ein historisches Stück also, welche durch die unweigerliche Frage, ob es „getreu" oder „aktualisiert" zu inszenieren sei, der Intention des TAT-Programmheftes ziemlich entspricht.

Thema und Fabel der „Irren von Valencia" ist die barocke (im Stück einmal ausgesprochene) Redewendung von der Welt als Irrenhaus, d. h. die schier unabsehbar sich reproduzierende Verwirrung der Begriffe Irrsinn und Vernunft, sobald sie miteinander in Verbindung treten, hier dargestellt am Irrenhaus, in welches aus verschiedenen Gründen, teils freiwillig teils wider Willen, einige Vernünftige eintreten. Das Thema bietet sich — so Regisseur Peymann im Programmheft — als zeitgemäß an: „Die Physiker" und „Marat/Sade" lassen grüßen. Und das war wohl auch der Grund für die Wahl des Stücks. Weiter jedoch auf dem Weg des Zeitgemäßen, gar Aktuellen wollte Peymann sich nicht einlassen. Seine erklärte Absicht ist, „Lope realistisch darzustellen, d. h. sich auf das Stück, auf seine Fabel zu beschränken." Die Rückkehr zum unverfälschten Vega geschah zunächst durch den Text Boehlichs, kurzerhand eine Prosafassung, gestraffter als alle bisherigen deutschen Versübersetzungen (das spanische Original kann ich nicht beurteilen), volkstümlicher und mehr Raum gebend für Gestik, Mimik, kurz die Inszenierung. Die Inszenierung selbst: vor weißem Horizont das realistisch aufgebaute Portal des Irrenhauses, sonst nichts; vorn eine Brecht-Gardine, welche die hintere Szene abschließt, wenn eine Einzelszene oder ein Monolog mit Überleitungs- oder Hinweis-Funktion an der Reihe ist.

Die Einfachheit des Bühnenbildes betont die Bedeutung des Darstellens. Realistisch und episch werden Vorgänge gezeigt, die keinesfalls als z. B. „Lieben" oder „Einen-Freund-bitten" schlechthin zeitlos verstanden werden sollen, sondern eben als Lieben und einen-Freund-bitten im 16. Jahrhundert in Adelskreisen in einem Irrenhaus.

So sagte es das Programmheft; so ist es auch durchweg, soweit die schauspielerischen Kräfte reichen, realisiert worden. Und doch ist etwas von der Trockenheit, mit der ich das Wenige referiert habe, in der Inszenierung auch zu spüren. Das Referieren ist unvollständig ohne die Schlußfolgerung und -forderung, daß, indem die Vorgänge und Verhaltensweisen als gesellschaftsbedingte demonstriert und verstanden werden, sie auch als veränderbar erkannt werden. Usw. Wer diesen marxistischen Einfall fürs Theater fruchtbar gemacht und ausgebaut hat, ist bekannt. Daß am Ostberliner Deutschen Theater, seit letzten Jahr auch am Berliner Ensemble, die Zwecke nicht mehr nur mit den überlieferten Methoden zu realisieren gesucht, sondern enwickelt werden, zeigt, daß es für diese Zwecke nicht eines relativ fixierten Mittel-Kanons bedarf.

Zur Rechtfertigung der modellhaften epischen Inszenierungsmethode ließe sich anführen, daß es eine solche Tradition in Westdeutschland noch überhaupt nicht gibt. Daß es also notwendig ist, sie endlich, und dies meine ich drastisch: zu etablieren. Was im „Ostbereich" (Adorno) lange nichts Neues mehr ist, hat hierzulande eine objektive fortschrittliche weil aufklärerische Funktion. Übrigens sind sich wie niemand sonst die TAT-Leute hierüber im klaren. Ein im Programmheft abgedrucktes Interview mit Peymann endet lakonisch-ironisch: „Ist die Methode, die ihr für die Inszenierung benutzt habt, neu?" — „Nein".

Dennoch bleibt, zumal beim Lesen des Programmheftes, ein Gefühl, daß hier auf puristischem Altar geopfert wurde, was reichlich komprimitiert „Einfälle" geheißen werden könnte. Als Beispiel diene das Bühnenbild. Der Regisseur Peymann berichtet im Programmheft von Überlegungen, die man dazu angestellt hätte. Darunter befand sich die, ein großes Mäuserad, „das ja im Mittelalter zur Beruhigung der Irren verwendet wurde", dominierend auf die Bühne zu bringen. Dieser Gedanke wurde fallengelassen, weil er in Konflikt geraten sei „mit der ursprünglichen Absicht, Lope realistisch darzustellen".

Man versteht die Furcht vor der Verführung, die von solch einem Bühnenbild ausgeht, da diese dazu führen könnte, einen nun wirklich unrealistischen Theaterzirkus zu inszenieren. Solchem mag ein Swinarski erliegen. Aber Realismus heißt ja nicht, wie es von Peymann selbst zitiert wird, „naturalistische Vollkommenheit, sondern Auswahl des Wichtigen", welches „dann für die Bühne vergrößert" wird. Die unerbittlich-automatische Mechanik eines Mäuserads, welches ja doch tatsächlich Bestandteil früherer Irrenhäuser war — vergrößert und in den Mittelpunkt gestellt: das wäre realistisch und gleichzeitig auch womöglich enthüllender als das realistisch-konventionelle Bühnenbild, welches schließlich gewählt wurde.

Es ist zwar, das räume ich ein, ein Unterschied, ob ein Mäuserad oder ein Stadttor die Bühne dominieren. Aber die Berliner „Coriolan"-Inszenierung verdankt ihre Wirkung nun einmal zum guten Teil jenem inzwischen berühmt gewordenen Tor. Dies ist kein Argument für das Mäuserad. Vielleicht aber ein Hinweis in Richtung eines Realismus, der ein anderer ist, als der historischer Getreuheit. Ihn zu realisieren, wäre es vielleicht nicht mehr notwendig, Verwittertheit einer Tür per Sandstrahl herbeizuführen, sondern tatsächlich einfach aufzumalen.

W. Schivelbusch

Abdeckerromantik

Stimmung! Die Tragödie geht weiter. Es ist die Tragödie der Städtischen Bühnen Frankfurt; diesmal in der Inszenierung von Reibl, begrifflos mit wenigen Klamaukeinfällen, in der Konzeption von Friede, Freude, Eierkuchen. Im zweiten Weltkrieg — so die Handlung — schafft eine Abdeckerfamilie alle auftauchenden Kriegsfiguren in die Grube, sich selbst hinterher. Die Tochter wird mit Bums verheiratet, man tauscht Uniformen, man singt Verbrüderung. Die Türen gehen auf und zu. Jeder Soldat wird zur Nationaltype — der Klamauk ist da.

Die Inszenierung hat mit falsch montiertem Pop noch den Rest literarischen Anarchismus aus den Resten der Pataphysik bei Vian ausgetrieben. Auf dem Theater geht es heiter in die Grube, aus der die ganze heitere Theateranarchistentruppe ganz im Sinne der symbolisch nett-bösartigen Abdeckerromantik wieder aufsteigt. Den Schauspielern, die fallen, geilen, schnoddern sollen, bekommt das nicht gut. Zu sehr, wieder symptomatisch für den sich selbst aushöhlenden Unterhaltungsapparat, strapazieren sie sich mit Spielen in der Art verhunzter Nestroy-Adaptionen. Damit nähert sich die Grube, ehemals bei ubu roi in Ehren allzusehr dem Gegenstand ihrer Kritik.

Falsch, so wäre einzuwenden, ist bei diesem Vuadeville über nicht komödiantische Verhältnisse, kaum etwas zu machen. So wenig falsch wie beim „Zigeunerbaron", der wahrscheinlich dankbarer mit gleichguten Intentionen zu bringen wäre. Die ehrenwerten Reminiszenzen an den netten Autor Boris Vian und an abstrakten Pazifismus können kaum wieder wettmachen, den Theaterbesuchern die besessen noch auf Ausnahmen lauern, eine Form wie diese auch noch verkrampft zu haben. Die müden Possen haben höchstens dankbares antiklerikales Gelächter ausgelöst. Eine Inszenierung, die auf Kosten einer berechtigten Kirchenkritik, berechtigter Staats- und Restaurationskritik dümmlichen Antiklerikalismus, billige Rebellenverhöhnung betreibt, frönt dem allerdings angelegten bürgerlichen Rigorismus im Stück, nimmt aber dem schwarzen Humor noch seine Frische mit dem Mief der Klamotte. Die Humanität und der Antimilitarismus werden zur Komödie ihrer selbst, die guten Absichten werden Opfer ihrer selbst. Mit solchem schwarzen Humor könnten die Theaterfreunde, die bessere kritischere Unterhaltung verdient hätten, nur noch schwarz sehen. Die neue Intendanz wird allen Anzeichen nach, wohl ebenso lichtlos die Hypothek übernehmen. Der Inneren Führung der Bundeswehr, Oberlehrern und Germanisten mit gehaltvollem Dekorationssinn sei der Besuch der Aufführung empfohlen.

D. H. Wittenberg

Fahrschule E+E Hanslik
Civil-Ing.
6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 725983
6451 Dörnigheim am Main
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9843091

buchkritik

Romantische Urbanität

Marianne Thalmann: Romantiker entdecken die Stadt. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1965. (Sammlung Dialog 6.) 146 Seiten. DM 9,80.

Marianne Thalmanns Thesen zur deutschen Frühromantik als entscheidenden Schnittpunkt zwischen europäischem Manierismus des siebzehnten und europäischer Moderne des späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts sind bekannt; in solch einem großen Bogen ist die Autorin auch in ihrer jüngsten Publikation zuhaus. Selbst den nur oberflächlichen Kenner der Epoche der Tieck, Schlegel, Wackenroder, Novalis, Brentano und Hoffmann dürfte jedoch der Titel dieser Arbeit — *Romantiker entdecken die Stadt* — überraschen, war man doch bis jetzt mit Renè Trautmann (*Die Stadt in der deutschen Erzählkunst des 19. Jahrhunderts,* Winterthur 1957) der Meinung, von einer deutschen Stadt- und Städterpoesie im modernen Sinn könne erst im Jungen Deutschland, erst im Biedermeier und Realismus die Rede sein. Auch für Georg Lukács gerann ja die Entdeckung der „neuen Großstadtwirklichkeit", deren „immanente Poesie" erst mit Heinrich Heine und Theodor Fontane zu „neuer Form".

Schon in früheren Zusammenhängen hatte Marianne Thalmann gelegentlich von den Romantikern als modernen Stadtmenschen gesprochen; so lag es nah, das Verstreute zu sammeln und zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung zu machen. „Die Romantiker der ersten Generation sind keine Provinzler, sondern bewußte Städter", heißt es da etwa im Nachwort zum ersten Band der von Marianne Thalmann bei Winkler veranstalteten Ausgabe der Werke Ludwig Tiecks; und von Tieck wird gesagt, daß er „bis in die Fingerspitzen Städter ist" und „etwas von den *Fleurs du mal* ahnt, die im Nächtlichen und Künstlichen der Stadt aufschießen". Dieses neue, im Erlebnis der Stadt gründende Lebensgefühl der romantischen Generation, das zunächst in einer gewissen Naturfremdheit und einer bestimmten antiprovinziellen Haltung zum Ausdruck kommen soll, gipfelt dann in E. T. A. Hoffmann, der vom Dichter fordert, er müsse seine Anregungen „im bunten Gewühl der Stadt" finden: „hier ist mir", liest man in der Erzählung *Des Vetters Eckfenster,* „das bunte Leben aufs neue aufgegangen". — — „Ein aufgeschlagenes Buch ist Paris zu nennen, durch seine Straßen wandern heißt lesen", wird Börne später schreiben; als ein „ungeheurer, dem Rahmen des Buches entsprungener Plutarch" stellt sich Grillparzer später der Menschenstrom in den Straßen Wiens dar.

Die Fäden, die sich von diesem neuen, nach den beigebrachten Lebenszeugnissen vor allem am emporwachsenden Berlin gewonnenen Lebensgefühl zu den Erzählstoffen romantischer Romane und Novellen ziehen lassen, werden von Marianne Thalmann mit sicherer Hand geprüft. Der biographische Ansatz, wie ihn das einleitende Kapitel *Akzente* gibt, erscheint dabei zweckmäßiger als die starren politisch-soziologischen Kategorien der *biedermeierlichen Phantasiestadt* und der *vormärzlichen Kleinstadt,* wie sie Trautmann konstruierte und von außen an die Dichtung herantrug. Im Gegensatz zu Lukács, der mit „immanenter Poesie" der Großstadt offenbar eine objektive, der Wirklichkeit selbst innewohnende Poesie gemeint hatte, zielt Thalmann weniger auf diese Realität als vielmehr auf ein Bewußtsein, das deren Struktur eben erahnt, erstmals erkennt und dichterisch verifiziert; so wird verständlich, daß die Autorin von Großstadt und Großstadterfahrungen sprechen kann, bevor es in Deutschland — anders als in England und Frankreich — eine Großstadt im heutigen Sinn gegeben hat. Dem entspricht methodisch, daß Marianne Thalmann Worte wie *Straße* und *Haus*, die zunächst der Realsphäre entstammen, in den Begriff zu erheben versucht; so soll sich zum Beispiel das *Labyrinthische* — das Schlüsselwort der ersten Hälfte des Buches — nicht nur als Moment städtischer Wirklichkeit um 1800, nicht nur als frühe Großstadterfahrung romantischer Dichter oder als inhaltliches Moment romantischer Poesie, sondern vor allem als eine spezifisch romantische Poesiestruktur, als Bauprinzip romantischer Erzählkunst erweisen.

Diese Integration verschiedenster literaturwissenschaftlicher Betrachtungsweisen, dieser doppelte Blick auf Stoffe und Formen zeigt, welches die Richtung ist, in welcher heute allein eine Stoff- und Motivgeschichte der Literatur, wie sie in literaturgeschichtlichen Zusammenhängen erstmals auch für das Großstadtmotiv — von Max Koch und seiner Breslauer Schule — gefordert wurde, möglich scheint. Bei aller methodischen Sicherheit und aller faszinierenden wissenschaftlichen Diktion lassen sich jedoch gerade literaturhistorische Einwände gegen Marianne Thalmanns Studie nicht ganz von der Hand weisen. Schon in *Manierismus und Romantik* waren ihr die beiden im Titel bezeichneten Epochen allzu nah zusammengerückt, war die Romantik allzu widerstandslos in eine Gegenbewegung gerutscht, wie sie zu allen Zeiten klassische Perioden der Literatur abzulösen hat. In *Romantiker entdecken die Stadt* tritt nun eine ähnliche Grenzverwischung zwischen Romantik und Moderne ein; bei dem Versuch, die Romantik als Aufbruch der Moderne zu deuten, kommt die Moderne der Romantik auf mehr als halbem Weg entgegen. Die „schweigsamen Gärten von Novalis" sind „Beschwörungsformeln des Landschaftlichen, wie sie Paul Klee wieder versucht"; das Buch schließt mit einem Zitat aus Hans Magnus Enzensbergers *Verteidigung der Wölfe.*

Die hier drohende Gefahr gilt, so scheint es, vor allem für den Begriff der *Urbanität,* der neben dem *Labyrithischen* einer der wichtigsten Begriffe in Marianne Thalmanns Abhandlung ist, zumal er — zusammen mit der manieristischen Komponente — letztlich dazu dient, den entscheidenden, mit der Romantik gegebenen Wendepunkt der Literatur- und Geistesgeschichte zu markieren. Dazu heißt es auf Seite 113: „Eine europäische Religion vom Artisten als Schöpfer der Welt löst das Dogma der Humanität ab. An ihre Stelle tritt die Urbanität des modernen Menschen". Nebenbei: die Unterscheidung von *Religion* und *Dogma* zeigt, für welche Seite sich die Autorin auch persönlich entscheidet; aber sehen wir davon ab. An weiteren Zitaten wäre zu zeigen, daß der Begriff, wie er hier gemeint ist, nicht der der Romantik ist, sondern ein späteres, wohl existenzphilosophisch gefärbtes, die *Unbehaustheit* beschwörendes Verständnis rezipiert. Dagegen sei an Friedrich Schlegel erinnert, in dessen *Geschichte der europäischen Literatur* etwa der für sein Denken so bedeutsame Urbanitätsbegriff zunächst über die römische Antike, also historisch und nicht unmittelbar durch die Erfahrung gegenwärtigen Lebens, über das Erlebnis der modernen Stadt vermittelt ist. Bedenken, wie sie aus solcher Diskrepanz sich ergeben, verlieren auch dann nur einen Teil ihres Gewichts, wenn man in Rechnung setzt, daß es Marianne Thalmann weniger um die Darstellung der romantischen Ideenwelt als um das Erfassen der romantischen Erzählwelt, ihrer Gestalten, Stoffe und Formen geht. — Für umfassendere Motivzusammenhänge in einem größeren literaturgeschichtlichen, dichtungswissenschaftlichen und dichtungstheoretischen Rahmen macht sich die Autorin in den Schlußkapiteln *Die unvergnügte Seele* und *Lachen und Weinen* die bekannten Vorarbeiten Heinz Otto Burgers und Walter Höllerers zunutze, deren zunächst für den Umbruch vom Barock zur Aufklärung und für den Umbruch von der Klassik zur Moderne getroffene Ergebnisse für die Romantik modifiziert werden.

Karl Riha

Erzählvorhaben

Marie Luise Kaschnitz: Beschreibung eines Dorfes. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1966; 73 Seiten, DM 3,—.

Marie Luise Kaschnitz hat einen neuen Erzählband vorgelegt. Was den Leser erwartet, verrät der Titel. Überraschung gibt lediglich der kompositorische Einfall: was zur Schilderung ansteht, erscheint als erst zu lösende Aufgabe, als Erzählvorhaben. Völlig untraditionell wird das blaue Büchlein vom Futur aufgebaut. Durchgängig herrscht das „Ich werde beschreiben, werde sagen, werde erzählen, werde mich zuwenden" als rhetorischer Kniff. Monotonie entsteht durch das Mitteilen bestimmter Details des Erzählplans keine. Da Bewegung und Anschaulichkeit in diesen Berichten liegt, ist der Weg frei: das zukünftige Erzählen wird gleichzeitig zur gegenwärtigen Erzählung.

„Eines Tages, vielleicht sehr bald schon, werde ich den Versuch machen, das Dorf zu beschreiben. Ich werde überlegen, womit anfangen, mit dem Oberdorf, mit dem Unterdorf, mit dem Wald", verkündet denn die Literatur-Lady in den ersten beiden Sätzen, geschickt mit dem Futur die bekannten Anfangsschwierigkeiten des Erzählens und deren Formeln überspielend. Ihr Dorf heißt Bollschweil, liegt im Schwarzwälder Hexental und ist zugleich ihre Familienheimat. Von diesem Weiler berichtet die Kaschnitz und von seinen Einwohnern und legt dabei Wirklichkeit bloß, die sich in die Lebensläufe und in das Inventar der täglichen Gewohnheiten einnistet, sich in Konventionen und dem menschlichen Miteinander niederschlägt.

Das dünne Seitenbündel verrät die Auseinandersetzung mit der Verbindung von Erzählung und Meditation. Gesehene Landschaft und Landschaft der Reflexion bilden denn auch eine Einheit. Unmittelbare Augenschau-Resultate, sinnlich registrierte Einzelheiten werden so angeordnet, daß sie ihre greifbare Nachbarschaft nicht verlieren, dabei aber, des durchgeführten Reflexionsvorganges wegen, wie Zusammenfassungen erscheinen.

Die Mitteilungen sind vielfältig, erinnernd, hinweisend, beschreibend, erklärend. Bei aller Detailfülle fällt nur auf, daß die Erzählerin vor der Beschreibung des Inneren von Haus Nr. 84 zurückschreckt. Das Haus wird öfters in der Arbeit genannt, dergestalt, daß es den Anschein erweckt, für die Erzählerin von herausgehobener Bedeutung zu sein. Am Ende der Erzählung schwebt dann der verdrängte Schrecken.

An meinem einundzwanzigsten und wahrscheinlich letzten Arbeitstag werde ich mich besinnen, warum ich das alles angefangen habe, diese Schilderung eines Dorfes, doch nur um Ruhe zu finden, um entlassen zu werden aus der furchtbaren Beschleunigung, aber hier wird man nicht entlassen, auch hier nicht, gerade hier nicht, Veränderung über Veränderung . . .

Diese Aussage gibt alles preis: Sie ist mehr als Rechtfertigung der Beschreibung. Dahinter steht die Erkenntnis, daß der Schrecken, die Unsicherheit nur kurze Zeit durch die Arbeit scheinbesiegt werden konnte. Der Schmerz geistert weiter. — Hier wird bedeutungsvoll, was anfangs nur rhetorischer Kniff war: Auch das Futur schafft eine scheinbare Gegenwart und meint doch in Wirklichkeit das noch Kommende. Die Eile der Dinge, nach der Blütenentfaltung wieder zur dunklen Wurzel zurückzukehren, scheint zunächst nur objektiver Sachverhalt zu sein, präsentiert sich dann aber noch als Denk-Kombination, die die Schwierigkeit der Unterscheidung von Anfang und Ende registriert. Die lyrische Entwicklung von Marie Luise Kaschnitz hält dazu Parallelen bereit. **Heinz-Rudi Brunner**

Kritische Fabulierkunst

Christoph Meckel, Die Noticen des Feuerwerkers Christopher Magalan, Briefe Zeichnungen Dokumente. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966 (Quarthefte 12). 72 Seiten, DM 5,80.

Schon in seinem letzten Gedichtband *Wildnisse* sowie in der Erzählung *Tullipan* zeigte sich Meckels Hang zur Groteske, seine Freude am Fabulieren und am Spiel mit dem Wort, der das vorliegende Bändchen sich nun ganz verschreibt.

Eine Mode der Literaturwissenschaft persiflierend, die sich mit unberechtigtem Hang zur Vollständigkeit Brief- und Tagebuchausgaben und Biographien mehr oder minder peripherer Erscheinungen der Dichtung widmet, erfindet Meckel einen Professor Kuchenfuchs, der das leider leider nur spärlich erhaltene und zu Unrecht vergessene literarische und zeichnerische Werk des Feuerwerkers Magalan, eines seinerzeit berühmten Zeitgenossen Goethes, „bruch- und stückweise anonymen Archivaren, überklebten Buchdeckeln, verstaubten Literaturregalen" entriß und nun der Nachwelt „buchförmlich" vorsetzt.

Stärker noch als auf philiströses Philologentum, das ja keine Erscheinung nur unserer Gegenwart ist, zielt die Ironie der *Noticen* auf den ‚Jargon der Eigentlichkeit', der sich in vielen geisteswissenschaftlichen, populären und feuilletonistischen Publikationen und Interpretationen darbietet, wie auch auf die mechanische Verwendung an sich brauchbarer Fachbegriffe, die aber durch ihren häufig unvermittelten Gebrauch zu Scheinbegriffen, Etiketts erstarren und dann natürlich keine Auskunft über das zu interpretierende Werk geben können.

Sein Leben lang beschäftigte ihn (Magalan) aufs Durchdringlichste die kosmische Frage, die er in manchen Blattfolgen von terminologisch zugespitzter, geradezu zyklischer Wucht zu gültiger Abwicklung bringt. Die Denunziation des Weltinnenraumes gerinnt ihm zur unübersehbaren Metapher. In explosiven Aufschwüngen, . . ., bei aller nebulosen Divergenz strukturell vehement gestaffelten Lichterscheinungen verallgemeinert er das Rätsel der menschlichen Existenz.

Dieses Zitat, aus einem Interview mit Kuchenfuchs, in dessen Verlauf die Peinlichkeit dieser so leichtfertig von Rundfunk und Fernsehen gehandhabten Informationsmethode offenkundig wrid, bezieht seine Komik aus der Spannung zwischen kritisiertem, vorgegebenem Stil und dessen grotesker Übertreibung. Im Hauptteil, den Zeichnungen mit Kommentar, entwickelt sich die Bewegung der Ironie aus der „nebulosen Divergenz" von Kommentar und Zeichnung. Da Sprache hier nicht eng an einen zu parodierenden Stil gebunden ist, gewinnt das Spiel mit dem Wort größere Freiheit, die zu stärkerer Deformation des Textes genutzt wird. Die Deformationen — ungewöhnliche oder unexakte Wortbildungen bei Wahrung des syntaktischen Rahmens — werden aber nur so weit getrieben, als sie den Leser mit der Möglichkeit einer sinnvollen Deutung narren. Meckels sprachliche Verformungen machen so aufmerksam auf den sprachlichen Vorgang überhaupt und wirken damit zuletzt sprachkritisch.

Eingepackt ist die angedeutete Kritik in ein Feuerwerk von „randalierenden Blattläusen", „funkelnden Furzen eines Erzengels" und „Jungfernschüssen", alles natürlich schön „verdatet", „vertagebucht" und „verzeichnet". Das Spiel mit dem Wort wirkt auf den 68 Seiten niemals langweilig, da die sinnvolle Gliederung in kurze Abschnitte und die kräftigen schwarzweißen Graphiken, die ein wesentlicher Bestandteil des kleinen Buches sind, für die dieser Gattung nötige Abwechslung sorgen.

Im Blick auf eine Literatur, die sich vorwiegend als Dokumentation außerkünstlerischer Realität versteht, wird auch die äußere Gestalt der *Noticen*, die im Titel als „Dokumente" ausgegeben werden, parodistisch wirksam. Die Vorstellung der Biographie, des Lebens als Kunst wird ironisiert, d. h. in Frage gestellt, allerdings nur, um dann unbefangener wieder mit ihr operieren zu können. Als in romantischer Tradition stehend erweist sich Meckels „scherzliche Leistung" mit dieser immer aktuellen Dialektik, die in der zu dokumentarisch-biographischem Leben erweckten Jeanpaulschen Figur Fibel noch deutlicher exemplifiziert wird, und Magalan spricht dann auch nicht ohne Grund vom Dichter des *Kater Murr* als seinem „guten Hoffmann". Diese Nachbarschaft und im Formalen die Verwandtschaft mit der Sprachgroteske eines Morgenstern werden Meckel bei allem Abscheu vor „kunsthistoriellen Einordnungen" ertragbar sein. **Gert R. Stehling**

Alltag der DDR-Literatur

Nachrichten aus Deutschland. Eine Anthologie der neueren DDR-Literatur. Herausgegeben und eingeleitet von Hildegard Brenner. Rowohlt 1967. 412 Seiten.

Die Intention der Herausgeberin dieser Anthologie, die Beiträge von 42 DDR-Autoren enthält, war es offenbar, das hiesige Interesse an östlicher Literatur, das sich zumeist auf nonkonformistische Einzelgänger (Biermann, Mnacko) beschränkt, endlich einmal auf die breite Basis der literarischen Produktion in der DDR zu lenken, um die Zweckpropaganda von der dort geknebelten künstlerischen Freiheit in ein richtiges Verhältnis zu den Tatsachen zu bringen. Unter dem Alibi, repräsentativen Querschnitt zu dokumentieren ist auch Belangloses mitabgedruckt worden, aber die annähernd 100 Texte enthalten doch genügend Material, westdeutsche DDR-Klischees zu korrigieren.

Die nüchtern-eindringliche Erinnerungsskizze Stephan Hermlins über die Zeit des deutschen Faschismus „In einer dunklen Welt" und ein Ausschnitt aus Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen" bringen in Erinnerung, daß durch die physische Vernichtung großer Teile der klassenbewußten Arbeiterschaft durch den Faschismus eine Grundbedingung für einen sozialistischen Neuanfang nach 1945 bedroht war. Als Gemeinsamkeit aller Autoren, die sich in dieser Anthologie mit der DDR-Wirklichkeit auseinandersetzen, läßt sich konstatieren, daß sie der westlichen Freiheit, die notwendigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus nicht zu ziehen, die erzwungene Änderung im Osten Deutschland vorziehen, ohne deshalb, im Gegensatz zu manchen Funktionären, die Spuren dieses Zwanges zu verschweigen.

Auch eine Idealisierung der Arbeit, wie sie der offiziell propagierte Wettbewerbssozialismus mit seinem Produktivitätsfetichismus zu betreiben sucht, wird, so etwa in Werner Bräunigs Romanausschnitt „Rummelplatz", durch eine unpathetische, ehrliche Beschreibung der Arbeitswelt torpediert, damit eine Vorstufe nicht als bereits erreichter Sozialismus ausgegeben werden kann. Die Bewußtmachung des Widerspruchs zwischen Utopie und Wirklichkeit ist Motor gesellschaftlichen Fortschreitens; da Staat und Partei in der DDR die Verkündigung der sozialistischen Utopie übernommen haben, stellt sich der Literatur die Aufgabe, auf den Widersprüchen der Gegenwart zu beharren, mit gezieltem Understatement „Vorläufiges", so der Titel eines Gedichtbandes von Volker Braun, zu schreiben, statt Zukunft zu besingen. Dadurch kommt dieDDR-Literatur von heute in einen scheinbaren Widerspruch zu der Konzeption einer optimistischen, sozialistischen Kunst, wie sie Peter Hacks in seinem Essay „Versuch über ein Theaterstück von morgen", dem einzigen theoretischen Beitrag des Bandes, formuliert: „Das Morgen übt größere Wirkung auf den Künstler als das Gestern, das doch die meisten Leute für das Heute halten. Die Zukunft ist sein wahres Vaterland! Ein anderer Grund für die in dieser Anthologie erkennbare Selbstbeschränkung der Autoren in Richtung auf einen Altagsrealismus drängt sich freilich auch auf, wenn man bedenkt, daß die einzige konsequente Stalinismuskritik in diesem Buch von dem seit 1965 in West-Berlin lebenden Hartmut Lange stammt (Ausschnitte aus seiner 1964 geschriebenen Farce „Der Hundsprozeß"), daß Gedichte Wolf Biermanns aus nicht endgültig geklärten Gründen nicht abgedruckt worden sind, daß Ansätze zu einer Bürokratismuskritik, wie sie etwa in den Satiren des tschechischen Dramatikers Vaclav Havel geübt wird, nicht zu sehen sind, das schließlich auch Peter Hacks' Stück „Moritz Tassow" 1965 vom Ostberlin Spielplan abgesetzt wurde. Aus alledem läßt sich schließen, daß die offizielle Kulturpolitik der DDR eher noch im Sinne der Koexistenzideologie bürgerlichen Tendenzen Raum läßt, als daß sie diejenige notwendige Kritik von links zuließe, die bürokratische Erstarrung, unnötige Repression, unnötige Engstirnigkeit durch ihren Kampf gegen das gegenwärtige DDR-Establishement abbauen möchte. **Klaus Goldeck**

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Klassenkampf auf dem geteilten Parnaß

Industrie-Beletristik in beiden Teilen Restdeutschlands

Man könnte Autoren wie Max von der Grün oder Erwin Strittmacher Arbeiterdichter nennen. Haben nicht beide Schriftsteller, ehe sie über die Welt der Arbeit zu schreiben begannen, ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdient? „Dichter" allein wäre ohnehin eine abgestandene bourgoise Klassifizierung, die den welken Duft preußischer Salons oder altösterreichischer Kaffeehäuser ausströmen würde. „Arbeiterdichter" hingegen zeigt Verbundenheit mit dem werktätigen Volke und fortschrittlichen Geist an. Oder nicht? Unglücklicherweise sind indessen die Dichter Legion, die in verworrenen Jugendjahren ihren Lebensunterhalt mit der Arbeit fristeten. Bleiben wir also besser bei den wertneutralen Bezeichnungen „Autor" und „Schriftsteller".

Wie nennt man jedoch die ganze Richtung? Fritz Hüser, der fleißige spiritus rector der Dortmunder GRUPPE 61, gab Arbeiten der Autoren Klas Ewert Everwyn, Wolfgang Körner, Günter Wallraf, Max von der Grün und anderer unter der Klassifizierung „Neue Industriedichtung" heraus. Leider erfüllen diese Arbeiten jedoch auch formal nicht die literarischen Maßstäbe, welche das schmückende Epithephon Dichtung rechtfertigen könnten. In diesem Punkt (und nicht nur in diesem) gleichen sei dem Teil der belletristischen DDR-Literatur, der speziell Themen der Arbeitswelt behandelt.

Marx und Engels als posthume Taten

Zu den frappierenden Erlebnismöglichkeiten eines zeitgenössischen deutschen Lesers gehört die Gelegenheit, eine vergleichende Lektüre der vielleicht Industrie-Belletristik zu nennenden Literatur beider Teile Restdeutschlands zu betreiben. Denn ähnliche Sujets, Sentenzen und Tendenzen prägen diese Industrie-Belletristik — hüben wie drüben! Marx und Engels standen Pate bei vielen Schilderungen der beiden deutschen Arbeitswelten, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden sind. Nur mit dem kleinen Unterschied, daß auf dem Bitterfelder Weg Arbeiter für die Gesellschaft und gegen die (westdeutschen) Ausbeuter arbeiten, während sie an der Ruhr die (westdeutschen) Ausbeuter und nolens volens gegen die Gesellschaft zu arbeiten scheinen. Drüben bauen sie eine sozialistische Gesellschaft, hüben sind sie Objekte einer kapitalistischen — so einfach malen deutsche Autoren zwei Arbeitswelten in einem Lande. Ein so prominenter Autor wie Strittmatter und selbst ein so begabter wie Neutsch mögen für die sozialistische Version, Max von der Grün und Günter Wallraff für die kapitalistische zeugen . . .

Die Kaninchen der Angst

„. . . um Gottes willen, haltet den Handel hoch, der Handel ist unser Wunder, und ohne Wunder können wir in unserer Zeit nicht mehr existieren. Aber wir Arbeiter zahlen dafür, wir zahlen den Preis in Blut. Was soll es, die Zeit der Blutzölle hat nie aufgehört, sie ging 1945 nicht zu Ende. Wir sind die Kaninchen in den von Angst umbauten Labors Exportwirtschaft"; meint Max von der Grün in seinem zweiten Roman „Irrlicht und Feuer", den die Ostberliner DEFA verfilmte. Kritik übt auch Wallraff als Arbeiter in deutschen Industriebetrieben: „Auf fast allen Arbeitern lastet Unzufriedenheit. Ich kenne keinen, der seine Arbeit als ‚Beruf' ansieht und sich mit ihr identifiziert. Viele haben bei der Arbeit einen nervösen, gereizten Ausdruck im Gesicht. Oder einen starren Blick. Das sind diejenigen, die meist schon jahrelang dabei und inzwischen abgestumpft sind . . . Auch in der halbstündigen Pause ist Thema Nr. 1 die Unzufriedenheit mit der Arbeit. Und daß sich die Arbeiter betrogen fühlen. ‚Wir sind doch nur Handlanger der Maschine. Hauptsache, die Produktionszahlen stimmen.' " (Wallraff: „Wir brauchen Dich")

Ein entsetzliches Land, diese „Bundesrepublik Deutschland", in der sich die Arbeiter so ausgebeutet fühlen. Wieviel schöner ist demgegenüber doch die „Sozialistische Deutsche Demokratische Republik", in der freilich der annähernd gleiche technologische Status ähnliche Arbeiten wie hier oder in anderen Industriestaaten erfordert. Aber, seltsam, ganz anders malt sich diese Welt dennoch im Kopf von Neutsch (DDR): „Hast du eigentlich noch nie daran gedacht, dein Vaterland zu finden? Wenn man dich manchmal reden hört, könnte man meinen, es ist für dich dort, wo du Geld machen kannst wie Heu" („Spur der Steine"). Hier wird also gearbeitet, um ein sozialistisches Vaterland zu finden, über dem das Motto steht: „Der Sozialismus erobert das Weltall.

Er siegt auch in Deutschland. Es lebe die Republik!" Und an anderer Stelle des Buches von Neutsch wird das Stichwort ausgesprochen: „Ein Mensch in unserer Republik muß begreifen, wofür er arbeitet, daß er mit seiner Arbeit sich und seine Klasse stärkt." Die Arbeiter- und Bauernmacht hat auch Strittmatter (DDR) im Sinn, wenn er in seinem „Schulzenhofer Kramkalender" konstatiert: „Den Käfig hatte Ghrista gebaut, die als Kind schon Bauernmagd gewesen war, aber später die Möglichkeiten unserer Republik genutzt hatte, um zu studieren und Kindergärtnerin zu werden."

Der Klassenkampf findet im Saale statt

So weit die DDR-Autoren die Bundesrepublik schildern, wird ein wirklichkeitsfernes Bild gezeichnet, in dem nur negative Akzente zu finden sind. Umgekehrt schreiben schriftstellernde bundesrepublikanische Autoren, die Kumpel der GRUPPE 61 eingeschlossen, selten über die DDR — obgleich durch Begegnungen hüben wie drüben genügend Gelegenheiten zu gegenseitigem Kennenlernen gegeben waren. Der Klassenkampf findet gewissermaßen im Saale statt, jeder ist mehr mit sich selbst als mit dem anderen beschäftigt: zwei Variationen des deutschen Sozialismus divergieren auch in der Industrie-Belletristik immer weiter voneinander: der demokratische Sozialismus der Bundesrepublik und der marxistisch-leninistische der Deutschen Demokratischen Republik. Daß trotzdem auf beiden Seiten noch Raum für einen gehörigen Schuß blubbernder Sozial- und Heimatromantik ist, kann nicht darüber täuschen, wie stark Klassenbewußtsein und klassenkämpferische Gesellschaftskritik die literarischen Arbeiten der GRUPPE 61 und der DDR-Autoren überwuchern. Sozialromantik und Heimatkunst ist in dem naiven Realismus von Erwin Strittmatters auch im Westen verlegten Roman „Ole Bienkopp" über weite Passagen stilbildend. Indessen enthalten auch Arbeiten der Dortmunder Industrie-Belletristiker ein reichliches Maß an plüschener Sozialidylle — in schwarz natürlich.

Wie ein halbflügger Vogel

„Ole, dem die Sicht in die Zukunft sonst nötig wie Butter zum Trockenbrot war, schlappte um die Zeit der Parteikonferenz umher wie ein halbflügger Vogel, der zu zeitig aus dem Nest fiel: Noch immer hatte sich kein Rädchen von einem Traktor auf den Erntefeldern der NEUEN BAUERNGEMEINSCHAFT sehen lassen." Nun, Ole oder die Gegenseitige Bauernhilfe oder die SED werden's schon richten, denkt der parteiische Leser. Andere Zeiten sind's als die, in denen Oles Vater Paule, „ein gottesfürchtiger Sozialdemokrat" noch in den Wäldern für den „Baron" schuften mußte mit dem Ergebnis: „Der Himmelsherr und der Gutsherr zeichneten ihn für seine Gottesfurcht mit einem Hausmeisterposten aus."

Überhaupt kommen übrigens Sozialdemokraten trotz der 1946 erfolgten mehr oder minder zwangsweisen Vereinigung von KPD und SPD in DDR-Büchern regelmäßig schlecht weg, um so verblüffender ist dann jedoch, daß auch bei Autoren der Gruppe 61 kein besonderes Zutrauen zur SPD oder zu einer der anderen großen Parteien der Bundesrepublik zu verzeichnet ist. Man habe kleine Parteigenossen (der Hitlerpartei) verurteilt, konstatiert von der Grün, die großen Herren der Zeche aber ganz anders behandelt: „Sie waren keine Parteigenossen und haben trotzdem dem Regime aktiv geholfen. Aber sie sind nicht verurteilt worden, kein Hahn krähte danach, sie haben ihre Pflicht getan, das Volk ist ihnen dankbar, daß es in der schweren Zeit Kohlen bekommen hat . . . Heute sind sie bei der CDU oder SPD, aber innerlich sind sie die Antreiber der braunen Zeit geblieben."

Das Ende der sozialen Literatur

Von der Grün verließ innerhalb eines knappen Jahres nacheinander die SPD (weil er die Bildung der großen Koalition in Bonn mißbilligte) und das PEN ZENTRUM DDR (dessen Umbenennung ihn aufschreckte). Als das DDR PEN noch PEN ZENTRUM OST UND WEST genannt wurde, glaubte von der Grün noch daran, dort geistige „Brücken" bauen zu können. Sagte er jedenfalls. Labil wie sein Verhältnis zu beiden Gesellschaftsformen Restdeutschlands ist auch seine in Büchern niedergelegte Auffassung zu den komplexen Problemen dieser Industriewelt, die ihm doch den literarischen Rohstoff und Werkstoff für seine Arbeit bietet. Insofern ist seine Haltung symptomatisch für die ganze Industrie-Belletristik. So weit sie sich — und nicht nur bei von der Grün — in der Bundesrepublik überhaupt politisch artikuliert, ist sie schlicht antikapitalistisch auf einer Grundlage, die vom historischen Materialismus nicht allzu weit entfernt zu suchen ist. Ihre Kritik nennt zwar Namen und Mißstände, trifft aber nicht den Kern einer gesellschaftlichen Situation, die im Zeichen der zweiten industriellen Revolution und der Koexistenz eine wechselseitige wirkende Abhängigkeit der beiden großen Gesellschaftssysteme auszeichnet.

Für die DDR-Literatur gilt paradoxerweise das Gleiche. Während im ganzen osteuropäischen Bereich Schriftsteller dagegen aufbegehren, den gesellschaftlichen Status Quo der etablierten Neuen Klasse ohne Kritik zu akzeptieren, rührt sich in der DDR wenig: die literarische Prominenz schweigt, die jüngeren Autoren erbauen weiter den „Sozialismus" oder werden unter Duldung — wenn nicht Beteiligung und Billigung — ihrer einflußreicheren Kollegen zur Parteiraison gerufen. Ergebnis: auch dort entsteht unaufhaltsam Industrie-Belletristik minderen Niveaus.

Der Anspruch der Gesellschaft an den Schriftsteller, existenzerhellend ein öffentliches Bewußtsein zu schaffen und der Orientierung in zeitgebundener Wirklichkeit zu dienen, wird nicht mehr erfüllt — in der BRD wie in der DDR. Die tragische Spannung der Spaltung einer großen Industrienation reicht gerade noch zu Kolportage- oder Agitationsschriften. Aber auch sie wird, wie fast alle zeitlich großen Themen, literarisch nicht mehr bewältigt. Dabei ruht der größte Teil der Last, welche die Spaltung Restdeutschlands verursacht, gerade auf der Industriebevölkerung, der doch „Industriedichter" und „sozialistische Schriftsteller" ihre Werke widmen.

Das Ende der sozialen Literatur Deutschlands kommt in Sicht, der einseitige Klassenkampf auf dem geteilten Parnaß gebiert eine ästhetische Sterilität, die kaum ihresgleichen in der Geschichte der realistischen Dichtung dieses Landes hat! Zur „Erneuerung der Seele des deutschen Volkes nach über einem Jahrzehnt Hitlerischer Entstellung" (Lukacs) haben die „sozialistische Literatur" aus Ost-Berlin derzeit nichts beizutragen . . .

Thomas Anspach

Literatur politisch?

Eine sanfte Polemik

Brecht: „Warum ist also nicht Ruhe? Warum stehen die Leute im Hof wie Kehrrichttonnen — wartend, daß man etwas hineingibt? Ich habe zu verstehen gegeben, daß man das Hohelied von mir nicht mehr erwarten darf. Wer immer es ist, den ihr sucht: ich bin es nicht."

Es gibt kaum übersehbare Mengen schon gedruckter Protestlieder, viele Verlage drucken literarischen Protest zur Politik in Deutschland und anderswo. Lachhaft gering ist der Erfolg. Wie und wo wird gelesen und gehört? Schreiben und singen die Adressaten nur zurück? Ist Deutschland in allen Zonen von Rezitieren und Gesang erfüllt? Alle Anzeichen politischer Schriftstellerei sind da, es gibt keine organisierten protestierenden Massen und kein Elend, das direkt provozierte. Es gibt schlechte Arbeit, schlechte Unternehmen, schlechte Politik, schlechte Parteien, schlechte Informationen, schlechte Ministerien, schlechte Behörden. Den Parteien und Gewerkschaften schlugen nicht zuerst, sondern zuletzt Wissenschaftler, Dichter und Künstler bessere Argumente vor, und forderten nicht auf wie Freiligrath in „Wie man's macht!" zur Besetzung von Zeughäusern und zur Bewaffnung der Arbeiter. In Deutschland sucht man heute Informationen zu Vietnam, Lateinamerika, China, Angola usw., die Liste ist lang, die Massenmedien berichten kurz und unpassend während des Streits um Marktanteile. Wir sind eine liberale und ungemein literarische Gesellschaft. In Deutschland schlägt man Argumente vor gegen die Bewaffnung der Industriebetriebe zum Selbstschutz, gegen die Einschränkung autoritärer Behörden und gutgeschulter Polizeimeuten, gegen die Gefährdung der Grundrechte durch den verordneten Notstand, gegen die Militarisierung, gegen die Brutalisierung des öffentlichen Lebens. Wer das Glück und künstlerischen Erfolg hat, möglichst kein Ausländer ist, entkommt der politisierten Administration. Wir nähern uns einem beredten Schweigen, das seit den politisch frohgemuten Elendstagen der Freiligrath, Meissner, Weerth, von Fallersleben versagt hat, und das nicht nur, weil wir fortschrittlich erkannt haben, es sei viel Krimskrams, miese Prosa, miese Verse, mieses Theater und viel schöne Sozialistengesetzgebung gemacht worden, nicht nur weil die engagierte Literatur boshaft in sich selbst verharre. Mit literarischem Erfolg haben Tucholksky, Kästner, Mehring, u. a. geschrieben, Tucholsky u. a. haben darüber geklagt, Benjamin u. a. haben sie gut kritisiert, im Exil haben einige ihr Leben, einige ihren Marktwert und Opportunismus gerettet. Von den Exilierten und vom Kahlschlag der Städte und Schreibtische haben Poeten der Gruppe 47 ihr politisch-antifaschistisches Selbstvertrauen genommen, um nun zu erkennen, daß sie sehr gut investiert haben in einen Staat, dessen lächerliche Betriebsamkeit ihnen Erfolg und Pointen lieferte für eine Gesellschaft, in der sie sich entpolitisiert einer entpolitisierten Untertanenmenge erfolgreich politisches Versagen haben demonstrieren können. Das geschah literarisch immerhin so erfolgreich, daß die Politiker zwar nicht die unbequeme literarische Güte, aber diffamierend die staatsbürgerliche Schlechtigkeit aufbauten. Gedichte, Prosa, Theater übernahmen wieder Information und Urteil, das Lied kam zu Ehren ebenso wie die Klischees von guter und schlechter Literatur gegen die schlechte Politik für die Besserung der Staatsbürger auflebte. Radikale Ästheten scheinen wenigstens den Solipsismus der in ihren Vorstellungen befangenen Kollegen zu leugnen, wenn sie den Verschönerungen und Verschlechterungen in Kunstdingen einige Undinge entgegenhalten. Hülsenbeck sagte vor längerer Zeit: „Das, was uns die Menschen so außerordentlich übelnahmen, war, daß wir nicht mehr an die Kunst glaubten".

Ein Baumgart hat auch Gedichte geschrieben, die ohne den Anspruch Kunst auskommen sollen, quasi einige pie'ce de jour, die zur Gelegenheit reden. Solche regredierte Poesie, die in ihrer eigenen Etablierung mindestens Verständigung zu finden hofft, ähnelt eher dem „Selbstschutz des Verzweifelten".

Es gibt aber nun einmal nicht mehr eine proletarische Massenbasis , organisiert und politisch wie noch in den zwanziger Jahren, kein klassisches Massenelend, aber es gibt unmittelbare Interessen, unartikuliert, deformiert, in einem nach wie vor repressiven, autoritären System, dessen nie realisiertes Funktionieren als parlamentarische Demokratie ebenso repräsentativ erscheint, wie die Amerikaner als Hüter der Freiheit in Vietnam, die Portugiesen in Angola. Hier und jetzt übernehmen Kunst und Literatur anarchische Funktionen der Revolte, die fatal sich der Tradition der inneren Proteste in Deutschland nähern. Die SPD, vornehm mit Schriftstellerbüro versehen für sprachliche Verkehrsregelung, administriert sich als Volkspartei ohne aktives Volk selbst hinweg, um nichts zu tun, fatal ähnlich der KP in den zwanziger Jahren, traumatisch ihr eigenes Versagen paradox genug seit jener Zeit verinnerlichend, angstvoll autoritär nach innen und außen.

Die Germanistik, der man eine Beziehung zur Literatur immerhin nachsagt, steht, wie üblich, unter den Dingen. Gewiß kein unkritischer Hochschullehrer würde solch ein Bändchen „Über politische Lyrik im 20. Jahrhundert" schreiben, wie es Albrecht Schöne verfaßt hat. Wenn ein Germanist bemerkt, 1965, Brecht sei einer der wenigen gewesen, bei denen „die Dichtkunst die mit politischer Tendenz gesetzten Schranken übersteigt", dann zeigt das erstaunlich einfach, wie bei aller richtigen Kritik an politischen Entstellungen in dichterischen Handlangerdiensten nicht nur fast alles die tendenziöse Wahrheit der Germanistik übersteigendes politisches Verständnis paradigmatisch fehlt, sondern auch jegliches kritisches Selbstverständnis der eigenen Arbeit. Zur Beruhigung von Wissenschaftlern und Literaten hat eine Untersuchungskommission der Universität Berlin im September 1967 immerhin verlauten lassen, Wissenschaft sei an sich kritisch. Was eine Arbeit wie die Schönes — noch ein Glanzstück sogar innerhalb der neueren finsteren Germanistik — aber Neues etwa zum Problem der „bedingungslosen Unterwerfung unter das marxistische Dogma" und allgemein zur Erkenntnis von Relationen zwischen Literatur und Politik erbringt, ist nicht zu sehen; ist es nicht auch ein Problem der Wissenschaftler, an Worte und eigene Tendenzen zu glauben wie an Politik, von der sie klagen, daß so viele daran glauben müssen?

Und die Linguistik — glaubt an die Deskription. Gegen die Germanistik wäre sogar Erich Frieds poetisch kalkulierte Naivität zu verteidigen. Seine und die Kalauer vieler anderer wären dennoch literarisch und politisch einer Kritik ausgeliefert, wie sie unter anderen Vorzeichen Oskar Negt in einer Untersuchung 1965 vorlegte: „Auf dem Wege zu einer autoritären Gesellschaft — eine Analyse von Reden und Schriften der führenden Politiker der Regierungsparteien". Ein aufschlußreicher Aufsatz, literarisch und politisch. Für die SPD, auch für „Ich bin die Kultur" — Carlo Schmid, wäre ein ebenso tristes und bedrohliches Ergebnis zu erwarten.

Nichts einfacher, als engagierte und andere mißtönende Literatur, nun auf Stil und Grammatik, auf Sinn und Form hin zu untersuchen; es käme heraus, daß es vielen, allzu vielen offenbar sprachlich schlecht geht, topoi und lächerliche Metaphern, gequält oder gekonnt sich ablösend im immerselben Mief und Muff. Woher sollen solche Schreiber, deren Trivialität oft kaum zu überbieten ist, aber ihr literarisches Naturgenie beziehen? Vom Fließband und vom Neckermann-Katalog? Die neuere Arbeiterliteratur ist einen ehrenvollen poetischen Tod in Ost und West bei Erscheinen gestorben. Von Wallraffs subjektiven, gerade deswegen guten und treffenden Berichten hat sich in diesen Jahren so wenig entscheidend jemand beeindrucken lassen, wie aus dem hervorragenden Buch „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne" seit 1929 wichtige Folgerungen gezogen worden sind. Max Hölz, der erfolgreiche Bürgerschreck, wollte keine erfolgreiche Literatur; welch großartige Lakonismen schrieb er, welche Literatur ist es geworden!

Die Gewerkschaften, die SPD und die Bildungs- und Ausbildungsanstalten, wenn man will auch die so poetischen Kirchen, haben Gelegenheiten und Initiativen verludert oder oft ganz bewußt unterlassen, genaue Überlegungen zur Rehabilitierung von Agitation in Verbindungen zu Ansätzen in der Praxis zu versuchen. Welcher Hilflosigkeit Gewerkschaft wie Arbeiter ausgeliefert sein können, zeigt jeder wilde Streik und mikrologisch noch jede Prosa und Gedichtzeile nicht in der Arbeiterliteratur; Pendant einer Holflosigkeit gegenüber autoritärer Gesellschaftsentwicklung, gegenüber verzweifelten Befreiungskämpfen in der dritten Welt, Hilflosigkeit vom Protestsong bis Baumgart. (Schluß folgt) David H. Wittenberg